

### THEMEN DES MONATS

Erneuerbare Energien

## IRENA kommt!

**Die Bundesregierung will den Ausbau erneuerbarer Energien über eine internationale Agentur fördern**

Seite 2

Bulgarien

## Investorenträume in Grau

**Die Entwicklung der bulgarischen Tourismusgebiete ist aus dem Ruder gelaufen**

Seite 4

Abrüstung

## Vor der eigenen Türe kehren

**Der Abzug der letzten Atombomben aus Deutschland wäre ein Signal für andere Staaten**

Seite 6

Bürgerrechte im Umweltschutz

## Kein Grund zum Feiern

**Die Århus-Konvention ist zehn Jahre alt und wird immer mehr zum ungeliebten Kind**

Seite 7

Interview: Russland

## „Umweltgesetze wurden ruiniert“

**Der Präsident entdeckt den Umweltschutz, die Regierung will den Energieverbrauch verdoppeln**

Seite 11

### SPEZIAL

## Umweltschutz in China

Seite 28 bis 36

### AKTUELL

Abfall, Chemie & Emissionen	9
Globalisierung & Eine Welt	12
Klima & Energie	12
Konsum & Verbraucherschutz	16
Landwirtschaft & Gentechnik	16
Naturschutz & Biodiversität	18
Stadt & Region	19
Tierschutz & Ethik	20
Umweltpolitik & Umweltrecht	20
Verkehr & Tourismus	23
Wasser & Meere	25
Wirtschaft & Unternehmen	27

### VERBÄNDE



DNR intern	37
Aus den Verbänden	37
Ehrenamt	38
Preise & Ausschreibungen	39

### SERVICE

Rezensionen	40
Internet	42
Neu erschienen	43
Impressum	43
Termine	44

### ökopädNEWS

ANU-Informationsdienst	
Umweltbildung	45
Bildungspläne der Länder im Elementarbereich: Potenzial nicht ausgeschöpft	

## Erneuerbare Energien

# IRENA kommt!

Die Bundesregierung will den Ausbau erneuerbarer Energien über eine internationale Agentur fördern

**Der Klimawandel und seine Folgen können nur weltweit bekämpft werden. Sonne, Wind, Wasserkraft, Gezeitenenergie, Erdwärme und Biomasse sollen dazu beitragen, den Energiebedarf dezentral zu decken. Doch das Potenzial der regenerativen Energien wird noch lange nicht ausgeschöpft. Ab Frühjahr 2009 soll eine neue Agentur aktiv werden gegen ineffektive Rahmenbedingungen, Marktverzerrungen und fehlendes Know-how. ■ VON KARSTEN SACH, BMU**

Klimawandel, Energie-sicherheit und Armutsbekämpfung sind Aufgaben, die nur gemeinsam von der Völkergemeinschaft gelöst werden können. Der Ausbau erneuerbarer Energien ist dafür unerlässlich. Die Bundesregierung hat in den vergangenen Jahren den Ausbau der Erneuerbaren national und innerhalb der Europäischen Union erfolgreich vorangebracht. Mit ihrer Initiative zur Gründung einer Internationalen Agentur für Erneuerbare Energien (IRENA) hat sich die Bundesregierung das Ziel gesetzt, den weltweiten Ausbau der regenerativen Energien zu beschleunigen.

Bereits im April dieses Jahres fand im Auswärtigen Amt in Berlin eine Vorbereitungskonferenz für die Gründung von IRENA statt. 170 TeilnehmerInnen aus 60 Ländern diskutierten über Ziele, Aktivitäten, Satzung und Finanzierung der Agentur. Auch der Deutsche Bundestag unterstützt die Initiative: Er stimmte dem von SPD, CDU/CSU und den Grünen gemeinsam eingereichten Antrag zur Gründung von IRENA am 19. Juni mit großer Mehrheit zu.

In Anknüpfung an die Vorbereitungskonferenz lud die Bundesregierung alle interessierten Staaten am 30. Juni und 1. Juli zu einem Arbeitstreffen nach Berlin ein. Während sich eine Arbeitsgruppe mit dem anfänglichen Arbeitsprogramm von IRENA beschäftigte, nahm die zweite Gruppe die einzelnen Artikel der Satzung ins Visier und diskutierte Fragen zur Finanzierung der Agentur. Die gut 100 TeilnehmerInnen aus 40 Staaten waren sich einig, dass ein rascher Start von IRENA erforderlich ist. Konsens wurde auch zu den grundsätzlichen Strukturen von IRENA

erzielt. Ebenso gab es Übereinstimmung zu den Schwerpunkten der Aktivitäten, die IRENA von Beginn an verfolgen soll: Politikberatung, Unterstützung beim Technologie- und Wissenstransfer sowie beim Kompetenzaufbau.

Das Ziel ist nun greifbar nah: Die Satzung soll bereits im Herbst von den teilnehmenden Staaten endgültig formuliert werden, die offizielle Gründungskonferenz ist für Anfang 2009 geplant.

## Höchste Zeit zum Umsteuern

Die Zeit drängt, darüber waren sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Workshops in Berlin einig. Der rasante Anstieg des weltweiten Energiebedarfs und die steigenden Energiepreise zeigen, dass

es höchste Zeit zum Umsteuern ist: Die Energieversorgung mit konventionellen Energieträgern wie Öl und Gas wird immer schwieriger und kostspieliger. Der Ölpreis ist Anfang Juli auf einen neuen Rekord von mehr als 147 Dollar je Barrel geklettert. Wenn die Länder der Erde ihre derzeitige Politik nicht ändern und die Bevölkerung weiter wächst, kann der Energiebedarf der Welt bis 2030 um mehr als 50 Prozent ansteigen. Dabei haben schon heute über 1,6 Milliarden Menschen keinen Zugang zu Elektrizität und sind auf Holz oder Dung als Brennstoff angewiesen.<sup>(1)</sup>

## Ungenutztes Potenzial ausschöpfen

Die Natur bietet uns viele Möglichkeiten – wir müssen nur lernen, sie verantwor-

## Internationale Agentur für Erneuerbare Energien – IRENA

Das vorrangige Ziel der IRENA ist es, eine umfassende und nachhaltige Nutzung erneuerbarer Energien in naher Zukunft weltweit zu beschleunigen. Dieser Anspruch schlägt sich in einer Reihe konkreter Ziele nieder. Hierzu gehört,

- ▶ die politischen Rahmenbedingungen für erneuerbare Energien durch gezielte politische Beratung zu verbessern;
- ▶ den Ausbau des Technologie- und Wissenstransfers im Bereich der erneuerbaren Energien zu fördern und
- ▶ den Kompetenzaufbau (capacity building) im Bereich erneuerbarer Energien zu unterstützen.

Darüber hinaus wird die Agentur die Mitgliedsstaaten zu Finanzierungsmöglichkeiten beraten, unterstützende Öffentlichkeitsarbeit leisten und die angewandte Politikforschung verstärken. Angestrebt wird eine möglichst breit gestreute Mitgliederstruktur, wobei Industrie- und Entwicklungsländer gleichermaßen vertreten sein sollen. IRENA wird außerdem eng mit bestehenden Netzwerken und Organisationen zusammenarbeiten. Satzung und Arbeitsprogramm sollen so gestaltet werden, dass die Agentur so schnell wie möglich effizient und leistungsfähig wird. Die Organisation soll aus einer Generalversammlung, einem Verwaltungsrat und einem Sekretariat bestehen, die bei Bedarf durch zusätzliche Organe unterstützt werden.

tungsvoll zu nutzen: Sonne, Wind, Wasserkraft, Gezeitenenergie, Erdwärme und Biomasse bieten Potenziale, die noch längst nicht ausgeschöpft sind. Die Menge an regenerativen Energien, die mit aktuellen Technologien erschließbar wäre, könnte mehrfach den derzeitigen globalen Energiebedarf decken. Technologischer Fortschritt und Preissenkungen durch größere Absatzmengen werden dazu führen, dass künftig mehr regenerative Energie kosteneffektiv und effizient gewonnen werden kann. Vor allem für abgelegene Regionen bieten erneuerbare Energien Vorteile: Sie ermöglichen eine dezentrale Versorgung ohne kostspielige Stromnetze.

Der enorme Nutzen der Erneuerbaren spiegelt sich auch im aktuellen Marktgeschehen wider. Laut Jahresbericht des UN-Umweltprogramms UNEP haben sich Investitionen in erneuerbare Energien 2007 auf 100 Milliarden Dollar und damit um 40 Prozent im Vergleich zum Vorjahr erhöht. Gleichzeitig betrug die Stromerzeugung aus Erneuerbaren im Jahr 2007 rund 240 Gigawatt, was einem Zuwachs von 50 Prozent gegenüber 2004 entspricht.<sup>(2)</sup>

### Ausbau der Erneuerbaren beschleunigen

Die genaue Analyse ergibt dennoch ein differenzierteres Bild: Trotz der Zuwachsraten wurden erneuerbare Energien im Jahr 2006 im Vergleich zu konventionellen Primärenergieträgern viel zu wenig genutzt. Der Anteil von Solar-, Wind- und Gezeitenenergie an der weltweiten Primärenergieversorgung ist nach wie vor marginal und beläuft sich auf weniger als 0,1 Prozent.<sup>(3)</sup> Die enormen Möglichkeiten erneuerbarer Energien werden gegenwärtig also nur unzureichend genutzt.

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, wie wichtig ein weltweiter Umstieg auf ein nachhaltiges Energiesystem ist. Welche Rahmenbedingungen notwendig sind, wie ein verantwortungsvoller Umgang mit den unterschiedlichen Energieträgern aussieht und welche Technologien weiterentwickelt werden müssen: Das sind die Fragen, mit denen sich IRENA befassen wird.

Es gibt viele Gründe, warum erneuerbare Energien ihr weltweites Potenzial noch

nicht entfaltet haben: Ineffektive politische Rahmenbedingungen, Marktverzerrungen zugunsten bestehender Energiestrukturen, unzureichendes technisches oder administratives Know-how sind nur einige davon.

Viele Organisationen und Netzwerke arbeiten auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene daran, den Ausbau erneuerbarer Energien voranzutreiben. Bislang mangelt es aber an einer internationalen Organisation, deren Hauptziel es ist, Industrie- und Entwicklungsländer beim Ausbau von erneuerbarer Energie konkret und umfassend zu beraten und zu unterstützen. Genau hier setzt IRENA an: Die Agentur wird ihre Mitglieder bei dem Auf- und Ausbau von politischen Rahmenbedingungen beraten, mit denen erneuerbare Energien gefördert werden können.

Ziel ist es, den Erneuerbaren Chancengleichheit beim Wettbewerb der einzelnen Energieträger zu verleihen. Bislang kann davon noch nicht die Rede sein. Erneuerbare Energien haben in vielen Staaten nur wenig Chancen, sich gegen bereits eingeführte und subventionierte Versorgungsstrukturen durchzusetzen.

Gerade das Interesse der Schwellen- und Entwicklungsländer zeigt, welche Bedeutung sie dem Ausbau der erneuerbaren Energien für eine nachhaltige Energieversorgung beimessen. Sie sind handlungsbereit, benötigen aber Unterstützung bei der Umsetzung. Insofern kann IRENA auch einen wichtigen Beitrag für die Einbeziehung dieser Länder in den Klimaschutz leisten.

### Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen

IRENA wird eine Regierungsorganisation, die als Motor für die erneuerbaren Energien wirken und dafür sorgen soll, dass Erneuerbare in internationalen Prozessen eine stärkere Rolle spielen. Dabei wird die Agentur auf die Unterstützung aller Akteure und gesellschaftlicher Gruppen in den einzelnen Mitgliedsstaaten und auf internationaler Ebene angewiesen sein. Die Bundesregierung hat bereits erste Ge-

spräche mit Verbänden aus dem Bereich Umwelt, Entwicklung und Industrie geführt. Es gilt Möglichkeiten der Kooperation auszuloten, um Synergien zu nutzen und eine größtmögliche Wirkung zu erzielen. Die Bundesregierung wird alle Akteure weiter kontinuierlich über den Gründungsprozess informieren und in die Konsultationen vor der abschließenden Vorbereitungs-konferenz im Herbst 2008 einbeziehen.

IRENA kommt! Jetzt gilt es die Aktivitäten und Strukturen der Agentur konkret auszuarbeiten. Angestrebt werden schlanke und effiziente Strukturen sowie transparentes und auf Kooperation mit bestehenden Organisationen ausgerichtetes Handeln. Regierungen, Organisationen und Verbände, die mitgestalten wollen, sind eingeladen sich aktiv an den anstehenden Konsultationen zu beteiligen. Auf der Webseite [www.irena.org](http://www.irena.org) stehen weitere Informationen über die Initiative zur Gründung von IRENA zur Verfügung.

### Anmerkungen

- ▶ (1) IEA (2007): The World Energy Outlook. Executive Summary 2007, S. 4. Download: [www.worldenergyoutlook.org/docs/weo2007/WE0\\_german.pdf](http://www.worldenergyoutlook.org/docs/weo2007/WE0_german.pdf) (PDF, 1 MB)
- ▶ (2) REN21 (2008): Renewables 2007 Global Status Report (Paris: REN21 Secretariat and Washington, DC: Worldwatch Institute). Download: [www.ren21.net/pdf/RE2007\\_Global\\_Status\\_Report.pdf](http://www.ren21.net/pdf/RE2007_Global_Status_Report.pdf) (PDF, 479 kB), S. 6; IEA (2007): Renewables Information (2007 edition). France, S. 6; Bezug: [www.iea.org/textbase/publications/free\\_new\\_Desc.asp?PUBS\\_ID=1108](http://www.iea.org/textbase/publications/free_new_Desc.asp?PUBS_ID=1108)
- ▶ (3) IEA (2007): Renewables Information (2007 edition). France, S. 3–4; Bezug: [www.iea.org/textbase/publications/free\\_new\\_Desc.asp?PUBS\\_ID=1108](http://www.iea.org/textbase/publications/free_new_Desc.asp?PUBS_ID=1108)

Dr. Karsten Sach absolvierte ein Studium der Rechtswissenschaften an der Universität in Freiburg und promovierte im Anschluss. Sein beruflicher Weg im Bundesumweltministerium führte ihn über Bonn und Brüssel wieder zurück nach Berlin, wo er seit 2004 die Unterabteilung „Internationale Zusammenarbeit“ leitet.

Kontakt:  
Tel. +49 (0)30 / 18305-2305,  
Fax -3337, E-Mail:  
[karsten.sach@bmu.bund.de](mailto:karsten.sach@bmu.bund.de),  
[www.bmu.de](http://www.bmu.de),  
[www.irena.org](http://www.irena.org)



## Bulgarien

# Investorenträume in Grau

Die Entwicklung der bulgarischen Tourismusgebiete ist aus dem Ruder gelaufen

**Bulgarien ist ein Land großer Naturschönheiten und außerordentlicher biologischer Vielfalt. Aber es gibt nur wenige Schutzgebiete, und die stehen unter dem Druck ausländischer „Investoren“ und einheimischer Politiker. Statt Arbeitsplätze und regionale Entwicklung bringen ihre Megaprojekte Naturzerstörung und Betonburgen. Viele Urlaubsgebiete sind schon so verbaut, dass Reiseunternehmen sie aus dem Katalog streichen. ■ VON DONKA KALCHEVA, BLUELINK**

Schutzgebiete machen in Bulgarien nur etwa fünf Prozent der Landesfläche aus. Damit liegt das südosteuropäische Land weit unter dem EU-Durchschnitt von zwölf Prozent. Dabei ist Bulgarien für seinen großen Artenreichtum bekannt. Der Strandzha-Nationalpark im Südosten des Landes gehört zu den fünf wertvollsten Naturgebieten in Mittel- und Osteuropa. Es gibt außerdem zwei als sogenannte PAN-Parks<sup>(1)</sup> ausgewiesene Schutzgebiete – Rila und Zentralbalkan – und eines mit einem Platz auf der Unesco-Welterbeliste – Pirin. Vor allem die Hochgebirge Rila und Pirin in Südwestbulgarien waren bisher noch relativ unberührt. Nun sind auch diese Gebiete durch massive Bebauung, Abholzung, Verschmutzung und

andere schädliche menschliche Einwirkungen bedroht.

Alles begann in Bansko, einem kleinen Dorf am Rande des Pirin-Nationalparks. Zehntausende AusländerInnen gerieten in Versuchung und wurden Immobilienbesitzer in Bulgarien. Die massiven Werbekampagnen im Ausland hatten zerstörerische Auswirkungen auf die Umwelt. Einige ausländische JournalistInnen bezeichneten die Bebauung in Pirin als schlimmste aller Bausünden, die einem europäischen Hochgebirge jemals zugefügt wurden. Die angerichteten Schäden in diesem Schutzgebiet sind nicht wiedergutzumachen.

## Nationalparks für illegal erklärt

Eine Erklärung für ein solches Verhalten lässt sich in einem Wort geben: Profit. Versteckt hinter Versprechungen von lokalem Wohlstand, regionaler Entwicklung und Beschäftigung, erobern große Investoren wertvolle Naturgebiete. Die Liste wird immer länger: Pläne für ein neues Skigebiet missachten die Grenzen des Rila-Nationalparks; zu den anhaltenden Gesetzesverstößen im Skigebiet von Bansko im Pirin-Gebirge kommen Pläne für neue Skigebiete innerhalb der Nationalparkgrenzen; neue Wintersportanlagen sollen die Kandidatur Bulgariens für die Olympischen Spiele 2014 unterstützen; das „Super-Perelik“-Projekt sieht den illegalen Ausbau eines gigantischen Skitourismuszentrums im Strandzha-Nationalpark vor.

Der Fall in Strandzha lenkte die Aufmerksamkeit der Medien auch auf die illegale exzessive Bebauung der bulgarischen Schwarzmeerküste. Dreiste Gesetzesverstöße spielen sich dort in aller Öffentlich-

keit ab. Aber der Staat schützt die Belange der Investoren. Der Gipfel war bisher der Spruch eines Gerichts, wonach die Nationalparks illegal errichtet worden seien. Wenigstens diese Gerichtsentscheidung wurde nach heftigen, spontanen Protesten von umweltbewussten BürgerInnen und Organisationen wieder kassiert.

## Gerodete Wälder, zubetonierte Küste

Mit anhaltender Medienaufmerksamkeit gingen die Proteste in der Hoffnung weiter, das öffentliche Bewusstsein über die Zerstörungen besonders in Rila und an der bulgarischen Küste zu erhöhen. Zur selben Zeit schlossen sich die aktivsten bulgarischen Nichtregierungsorganisationen<sup>(2)</sup> und Bürgergruppen zur Koalition „Erhaltet die Natur in Bulgarien“ zusammen. Durch ihre Nachforschungen und durch Medienrecherchen kamen massive Umweltbeeinträchtigungen und Rechtsverletzungen ans Licht.

Allein im Rila-Gebirge führen zwei Drittel der Skilifte durch den Nationalpark. 80 Kilometer Skipiste sind in einem einzigen Projekt in Panichishte geplant. Tausende Hektar Wald werden für die Pisten gerodet. Diese Wälder sind wichtige Ökosysteme für die Trinkwasserversorgung der bulgarischen Hauptstadt Sofia. Für den großen Skilift der Anlage gibt es keine Baugenehmigung – und für die anderen Lifte auch nicht. Die meisten Investoren der großen Projekte sind als Auslandsfirmen registriert. Es ist unklar, wer sich wirklich dahinter verbirgt.

Nicht nur Bulgariens Berge sind bedroht, auch an der bulgarischen Küste feiert der Beton sich selbst. Viele der frü-

## Artenreiches Bulgarien

„Obwohl Bulgarien ein relativ kleines Land ist (110,912 Quadratkilometer), verfügt es wegen der höchst unterschiedlichen klimatischen, geologischen, topografischen und hydrologischen Gegebenheiten über eine reiche biologische Vielfalt. Diese Charakteristika führen zu einer Flora und Fauna mit 94 Säugetier-, 383 Vogel- und 16 Amphibienarten, 207 Schwarzmeer- und Süßwasserfischarten, etwa 27.000 Insekten und anderen Wirbellosen, 3.500 bis 3.750 höheren Pflanzenarten und mehr als 6.500 niederen Pflanzen- und Pilzarten. Somit zählt Bulgarien mit seiner ländlichen Region zu den an biologischer Vielfalt reichsten Ländern Europas.“

Aus Bulgariens Nationaler Strategie zum Erhalt der Biodiversität



heren Urlaubsgebiete sind inzwischen so verbaut, dass die Tourismusunternehmen sie gar nicht mehr anbieten. Die letzten unberührten Naturgebiete an der südlichen Küste werden demnächst in dörfliche Bebauungspläne einbezogen, sodass auch dort gebaut werden darf.

Das Fehlen einer wirksamen Kontrolle im Bausektor und die ausufernden Visionen der Investoren verwandeln die Küste des Schwarzen Meeres in eine Betonmauer. Ökobilanzen sind zwar vorgeschrieben, doch in den letzten zwei Jahren gab es nicht eine einzige negative Umweltverträglichkeitsprüfung für ein Investmentprojekt.

All das geschieht im Namen der Tourismusentwicklung. In Wirklichkeit nimmt die Zahl der aus- und inländischen BesucherInnen ab – sie ziehen andere Länder vor, wo die Urlaubsziele noch grün sind und die Servicequalität höher ist. Prognosen zufolge wird es in fünf Jahren keinen Ort mehr geben, der von der Betoninvasion verschont geblieben ist. Die neuen Grundeigentümer zahlen bereits den Preis dafür: Der Bedarf ist viel geringer als vorhergesagt und seit dem vergangenen Jahr sinken die Grundstückspreise. Nur die Küste im Strandzha-Nationalpark ist bisher vom Beton verschont geblieben. Keiner weiß, wie lange noch.

### Natura-2000-Gebiete geschrumpft

Die ursprüngliche Planung der bulgarischen Natura-2000-Gebiete wurde viele Male überarbeitet, bevor sie von der EU anerkannt wurde. Schließlich wurden die europäischen Schutzgebiete mit einem Jahr Verspätung anerkannt. Wie erwartet, blieben einige wichtige Naturgebiete ungeschützt. Alle sind Teil von Bauprojekten, etwa die Pufferzonen im Rila-Nationalpark sowie an der Küste in Irkali und Kaliakra. Die Europäische Kommission warnte Bulgarien und eröffnete später ein Vertragsverletzungsverfahren, weil das Land die Liste mit den Vorschlägen für die Natura-2000-Gebiete zu spät eingereicht hatte.

Die Verspätung war auch Kalkül. In der Zwischenzeit wurde der Status der meisten geschützten Gebiete geändert, sodass sie praktischerweise als Baugebiete erschlossen

werden konnten. Zwischen Februar und Oktober 2007 wurden die meisten Bebauungspläne angenommen. Auch landwirtschaftliche Flächen wurden von dem Naturschutznetzwerk ausgenommen und zu Bauflächen umgewidmet.

Die Europäische Kommission verhängte auch Sanktionen wegen der ungenügenden Umsetzung der EU-Vogelschutzrichtlinie. Einige der gemeldeten Gebiete sind kleiner als vorgeschrieben. Ein Umweltexperte der EU-Kommission sagte, es gebe ausreichend Beweise für unregelmäßige Bauaktivitäten und die Bevorzugung ökonomischer Interessen in diesen Gebieten. Die Generaldirektion Umwelt forderte im Juni das bulgarische Ministerium für Umwelt und Wasser zu einer Erklärung auf. Die Antwort des Ministeriums wurde als ungenügend angesehen, was wiederum zur Einleitung eines Vertragsverletzungsverfahrens geführt hat.

### Fehlende Balance

Die Entwicklungspotenziale Bulgariens liegen in seiner Natur. Es ist allerdings keine Überraschung, dass große Investoren sich kaum um Sanddünen und Pflanzenarten sorgen. Sie mögen schnelle und große Profite. „Umwelt“ und „Natur“ sind für sie allenfalls irritierende Ausdrücke. Die Tatsache, dass die Feriengebiete halb leer stehen, scheint die Investoren dabei nicht besonders zu beunruhigen. Dies nährte Spekulationen über die Quelle des Geldes. Es gab Bedenken, dass es sich um Geldwäsche handeln könnte. Dennoch wurden keine Untersuchungen eingeleitet. Minister, Parlamentsabgeordnete und Bürgermeister unterstützen die großen Investoren. Die Gerichte reagieren nicht, obwohl die meisten Gesetzesverletzungen mit dem Bausektor zu tun haben.

Niemand scheint die Möglichkeit einer nachhaltigen Tourismusentwicklung in Betracht zu ziehen. Niemand nahm die Warnung aus dem Fall Bansko ernst, der gezeigt hat, dass große Tourismusprojekte lediglich den Baufirmen etwas einbringen und sich dann schnell in eine finanzielle und ökologische Last für die Gesellschaft verwandeln. Die Balance zwischen ökonomischen Interessen und Umweltschutzmaßnahmen ist der Maßstab für verantwortungsbewusstes Verhalten in der Welt, in der wir leben. Aber nach einer solchen Balance ist nicht einmal gesucht worden.

Fortsetzung folgt... diesmal auf EU-Ebene. NGOs reichen Beschwerden und Petitionen ein, die der EU-Kommission die Probleme vor Augen führen. Früher oder später wird die bulgarische Regierung gezwungen sein, die Naturschätze des Landes zu bewahren. Es ist auch möglich, dass die VIP-Festungsbesitzer an der Küste besorgt sein werden über den Wettbewerb und neue Mitspieler ausschalten wollen. Früher oder später wird irgendjemand Nachforschungen anstellen. Früher oder später wird es einen Stopp für das exzessive Bauen geben und wir werden beginnen, das, was übrig geblieben ist, respektvoll zu schützen. Bis dahin werden die Investoren in Luxus leben, stolz ihre Projekte präsentieren und über die wirtschaftliche Entwicklung reden. In ihrer Sicht der Dinge wird die Natur nicht einmal Erwähnung finden.

Übersetzung aus dem Englischen von Isabel Oettinger und Juliane Grüning.

### Anmerkungen

- (1) PAN-Park (Protected Area Network) ist ein vom WWF Niederlande und dem Tourismuskonzern Molecaten entwickeltes Prädikat für Wildnisschutzgebiete, in denen Naturschutz und nachhaltiger Tourismus kombiniert werden. Die intakte Natur soll in diesen Gebieten als Motor für die Wirtschaftsentwicklung wirken. Für die Ausweisung eines PAN-Parks ist eine Mindestgröße von 20.000 Hektar erforderlich. Jährliche Kontrollen sollen gewährleisten, dass Park, Region und Unternehmen die erarbeitete Strategie umsetzen. Das Prädikat wird von der PAN Parks Foundation verliehen und bei Nichterfüllung der Kriterien aberkannt.
- (2) Vgl. DNR (Hrsg.): Umweltschutz in den Beitrittsländern Bulgarien, Rumänien und Kroatien. EUR-Sonderheft 07.06. Download (380 kB): [www.eu-koordination.de/?page=52](http://www.eu-koordination.de/?page=52)

Donka Kalcheva ist Projektkoordinatorin beim BlueLink Information Network in Sofia. Sie arbeitet zu Strukturfonds und EU-Umweltpolitik.

Kontakt:  
Tel. +359 (0)2 / 9532805,  
E-Mail: [doni@bluelink.net](mailto:doni@bluelink.net)  
[www.bluelink.net/en](http://www.bluelink.net/en)



## Abrüstung

# Vor der eigenen Türe kehren

Der Abzug der letzten Atombomben aus Deutschland wäre ein Signal für andere Staaten

**Fast 20 Jahre nach dem Kalten Krieg lagern in Deutschland noch immer US-Atomwaffen. Deutsche Soldaten üben in der Eifel deren Einsatz. Dabei hat die Bundesrepublik keinen erklärten Feind mehr und die Atombomben könnten höchstens EU-Länder erreichen. Ein Bündnis aus 48 Organisationen setzt sich nun für den Abzug der Bomben ein. Ein Höhepunkt ihrer Kampagne ist eine Großdemonstration Ende August. ■ VON XANTHE HALL UND SARA FRENZEN, IPPNW**

„Lasst uns alle die Besen schwingen und die letzten Atomwaffen aus Deutschland symbolisch in die Tonne kehren!“ Mit diesem Slogan meldete sich die Kampagne „unsere zukunfts – atomwaffenfrei“ zu Wort, die von 48 Organisationen aus allen Teilen Deutschlands getragen wird – von der atomkritischen Ärzteorganisation IPPNW bis zu den Christlichen Demokraten gegen Atomkraft. Unterstützt wird die Kampagne unter anderem von Greenpeace sowie von Politikern verschiedener Parteien, Bischöfen und prominenten Künstlern. Ihr Ziel ist der Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland bis spätestens 2010. Damit wollen die Organisationen vor der eigenen Tür zu einer atomwaffenfreien Welt beitragen. Denn obwohl sich 84 Prozent der deutschen Bevölkerung in einer Umfrage für den Abzug der Atomwaffen aus Deutschland aussprechen, beherbergt das Land noch immer ein kleines Atomwaffenarsenal.

Nach der Wiedervereinigung hat Russland seine Atomwaffen vertragsgemäß aus dem Osten Deutschlands abgezogen. Die USA verfügen aber hierzulande immer noch über taktische Atomwaffen. Die genaue Anzahl unterliegt der Geheimhaltung. Schätzungen zufolge befinden sich rund 20 US-Atombomben beim Jagdbombergeschwader 33 im rheinland-pfälzischen Büchel. Bis vor Kurzem lagerten außerdem schätzungsweise 130 Atomwaffen im US-Luftwaffenstützpunkt Ramstein. Sie wurden wegen Bauarbeiten abgezogen und werden vermutlich nicht mehr nach Deutschland zurückgebracht.

Bei den hiesigen Atomwaffen handelt es sich um frei fallende Wasserstoffbomben vom Typ B61 mit „wählbarer“ Sprengkraft.

Je nach Lage und Ort des Ziels kann ausgewählt werden, wie groß die Zerstörungskraft sein soll: von einer „Mininuke“ mit einer Sprengkraft von 300 Tonnen TNT bis zu einer enormen Atomexplosion von 170 Kilotonnen. Zum Vergleich: Die Bombe, die 1945 die japanische Stadt Hiroshima zerstörte und über 140.000 Menschen tötete, hatte etwa 12,5 Kilotonnen Sprengkraft.

## Abwurf aus deutschen Tornados

Am Einsatz dieser Waffen wäre Deutschland im Rahmen der sogenannten Nuklearen Teilhabe auch direkt beteiligt. „Nuklearer Teilhaber“ ist Deutschland seit seinem Eintritt in die NATO 1953. Dahinter verbirgt sich die Mitarbeit in der Nuklearen Planungsgruppe der NATO und damit an Atomwaffenpolitik und -einsatzplänen des Bündnisses. Darüber hinaus ist Deutschland als eines von vier „Gastgeberländern“ verpflichtet, Stützpunkte, Transportsysteme und Personal zur Verfügung zu stellen. Es sind deutsche Soldaten, die den Atombombeneinsatz in Büchel üben und im Ernstfall auch vollziehen würden – mit deutschen Tornado-Kampfflugzeugen. Ehemals waren in Deutschland 7.000 Atomwaffen „zu Gast“, in Büchel gibt es heute für insgesamt 44 Atombomben Platz.

Dabei ist fraglich, ob die Lagerung der Atomwaffen in „Gastgeberländern“ überhaupt rechtmäßig ist. Die Weitergabe von Atomwaffen ist im Atomwaffensperrvertrag, dem alle NATO-Mitglieder angehören, strengstens untersagt. Die NATO argumentiert, dass die Stationierung von US-Atomwaffen bei ihren Mitgliedern

keine „Weitergabe“ bedeute, da sie von US-Personal gewartet werde. Sollte die NATO unter Beteiligung ihrer Mitglieder einen atomaren Einsatz befehlen, werden aber die Deutschen als NATO-Personal über diese Atomwaffen verfügen. Für diese Eventualität gibt es bereits Pläne und Übungen. Das heißt, ein Vertragsbruch ist bereits jetzt Teil der NATO-Strategie. Darüber hinaus hat der Internationale Gerichtshof in Den Haag erklärt, dass der Einsatz oder die Androhung des Einsatzes mit Atomwaffen generell völkerrechtswidrig ist.

Welchen Zweck verfolgt die NATO mit diesen Bomben und wo kämen sie zum Einsatz? Häufig wird argumentiert, dass auch nach dem Kalten Krieg noch ein Restrisiko eines Atomwaffeneinsatzes an der Ost-West-Front bestehe und man die Waffen weiter zur politischen Abschreckung brauche. Da aber die Tornados ohne zu tanken nur bis zu den EU-Grenzen fliegen können und Flugzeuge mit Atomwaffen an Bord aus Sicherheitsgründen nicht in der Luft betankt werden, könnten diese Bomben nicht direkt aus Deutschland ein „feindliches“ Ziel angreifen. Sie könnten aber von den NATO-Atomwaffenstützpunkten in Aviano (Italien) oder Incirlik (Türkei) aus den Nahen und Mittleren Osten erreichen.

## Griechenland ließ Atombomben abziehen

Es ist doppelzünftig, von anderen zu verlangen, auf Atomwaffen zu verzichten, während Deutschland noch immer auf atomare Abschreckung setzt. Deutschland muss den Abzug dieser Waffen veranlassen, wenn es seine Glaubwürdigkeit bewahren will. Verfechter der Nuklearen Teilhabe ar-

gumentieren, dass es nicht möglich sei, sie einseitig aufzukündigen. Doch tatsächlich scheint der Entschluss, sich als NATO-Mitglied gegenüber Atomwaffen nicht gastfreundlich zu zeigen, kein so außergewöhnliches Ereignis zu sein: Andere NATO-Mitglieder wie Norwegen und Kanada haben in der Vergangenheit entschieden, die Lagerung von Atomwaffen auf ihrem Territorium nicht zuzulassen. Auch Griechenland war bis 2001 „Gastgeberland“, ließ jedoch die US-Atomwaffen abziehen. Deutschland könnte es ihm nachtun. Der Abzug der Atomwaffen würde das Bündnis selbst nicht infrage stellen.

Eine Alternative wäre es, einfach abzuwarten, denn mit dem Auslaufen der Tornado-Dienstzeit um das Jahr 2020 müssten die US-Atomwaffen wohl ohnehin abgezogen werden, da der Nachfolger Eurofighter nicht für ihren Transport eingerichtet ist. Es wäre jedoch sinnvoll, den Abzug aus politischer Überzeugung zu veranlassen, um damit anderen Ländern zu signalisieren, dass Deutschland für seine Sicherheit

nicht auf Atomwaffen baut. Einen weiteren Grund, mit dem Abzug der Atomwaffen nicht länger zu warten, liefert eine Studie der US-Luftwaffe vom vergangenen Februar. Sie stellt fest, dass „die meisten“ Atomwaffenlager in Europa die Sicherheitsanforderungen nicht erfüllen. Die Lagerung selbst sei zwar sicher, aber aufgrund von infrastrukturellen Mängeln und ungenügendem Personal sei der Schutz vor Diebstahl und Terrorismus nicht ausreichend. Experten schätzen, dass Büchel einer der kritisierten Orte ist.

### Wichtiger Schritt zur nuklearen Abrüstung

Die Anti-Atomwaffen-Kampagne fordert deshalb den umgehenden Abzug der verbliebenen US-Atomwaffen aus Deutschland und den kompletten Ausstieg der Bundesrepublik aus der Nuklearen Teilhabe. Deutschland hat seit Ende des Kalten Krieges keinen erklärten Feind mehr und mit den hiesigen Atombomben könnte man allenfalls EU-Länder erreichen. Es ist

unmoralisch, deutsche Soldaten für den Massenmord üben zu lassen, und außerdem ist es völkerrechtswidrig. Ein Abzug der Atomwaffen aus Deutschland wäre ein wichtiger Schritt zu der vom Atomwaffensperrvertrag angestrebten vollständigen nuklearen Abrüstung. Eine Großdemonstration am 30. August, zu der die Kampagne bundesweit aufruft, soll ihren Forderungen Nachdruck verleihen.

Xanthe Hall und Sara Frenzen arbeiten für die Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges (IPPNW), die die Kampagne „unsere zukunft – atomwaffenfrei“ mitträgt.

Kontakt:  
Tel. +49 (0)30 / 698074-12,  
E-Mail: kontakt@ippnw.de,  
www.atomwaffenfrei.de



## Bürgerrechte im Umweltschutz

# Kein Grund zum Feiern

Die Århus-Konvention ist zehn Jahre alt und wird immer mehr zum ungeliebten Kind

**Im Juni fand in Riga die dritte Vertragsstaatenkonferenz der Århus-Konvention statt. Das Treffen wurde von der EU dominiert, die eine Weiterentwicklung des bürgerfreundlichen Umweltrechtsabkommens verhindern will. In Deutschland sind die Naturschutzverbände auch von der Umsetzung enttäuscht. ■ VON FRANZISKA MISCHEK, UFU**

An sich ist die Århus-Konvention ein einmaliger völkerrechtlicher Vertrag. Sie verbindet das Recht jedes Einzelnen auf eine intakte Umwelt mit Bürgerrechten beim Engagement für den Umweltschutz. Die vor zehn Jahren unterzeichnete Konvention führt internationale Mindeststandards für den Zugang zu Umweltinformationen, Öffentlichkeitsbeteiligung und den Zugang zu Gerichten ein. Nichtregierungsorganisationen (NGOs) dürfen auf den Vertragsstaatenkonferenzen genauso oft wie die Regierungen sprechen und an allen Verhandlungen

teilnehmen. Und das zu Recht – vertreten sie doch die umweltinteressierte Öffentlichkeit, für die das Abkommen überhaupt geschaffen worden ist.

Allerdings vereint die Europäische Union nunmehr 26 von 40 Mitgliedern der Konvention unter ihrem Dach – Irland hat noch nicht ratifiziert – und hat damit bei allen Entscheidungen eine Mehrheit. Die EU-Staaten sind zudem gehalten, sich in diesem internationalen Rahmen abzustimmen und zu einer gemeinsamen Position zu finden. Und an diesen Verhandlungen nehmen die NGOs nicht teil.

Die europäische Dominanz prägte auch die dritte Vertragsstaatenkonferenz der Århus-Konvention vom 11. bis 13. Juni in der lettischen Hauptstadt Riga. Die EU zeigte sich in den ersten Konferenztagen zäh und war kaum kompromissbereit. Erst am letzten Tag einigte sie sich mit den anderen Parteien über die strittigen Punkte.

### Strategischer Langzeitplan

Im Zentrum der Verhandlungen der Vertragsstaatenkonferenz stand ein strategischer Langzeitplan, der den Rahmen für

zukünftige Entwicklungen der Konvention abstecken soll. Besonders strittig waren hierbei Punkte, die explizit die inhaltliche Weiterentwicklung der Konvention vorsehen. Zum Beispiel die Ausweitung des Umweltinformationsanspruchs gegen Private und zu Produkten sowie die generelle Ausweitung des Gerichtszugangs in Umweltangelegenheiten auf Umweltorganisationen. In beiden Punkten mussten die Umwelt-NGOs hinnehmen, dass Formulierungen so weit abgeschwächt wurden, dass zumindest bis zur nächsten Vertragsstaatenkonferenz keine entscheidenden Entwicklungen zu erwarten sind.

Als einen Erfolg bewerten die NGOs jedoch, dass in Riga eine Arbeitsgruppe zur Öffentlichkeitsbeteiligung eingerichtet wurde, die nun die Umsetzung der damit befassten sogenannten zweiten Säule der Konvention forcieren soll.

Kritisch bleibt der Etat der Århus-Konvention. Bisher leisten alle Mitgliedsstaaten freiwillige Beiträge. Der Vorschlag, dies neu zu regeln, war auf eine Skala der Vereinten Nationen gestützt und hätte deutliche Mehrbelastungen für Deutschland und Großbritannien gebracht. Bereits in den Vorverhandlungen zeichnete sich ab, dass es dafür keine Mehrheit geben würde. Deshalb wurde die Übergangslösung der freiwilligen Beiträge verlängert. Damit verbundene Planungsunsicherheiten für das Sekretariat wurden in Kauf genommen.

### Umweltverbände enttäuscht

Während der Feierlichkeiten zum zehnjährigen Jubiläum wurden die Einzigartigkeit und der progressive Geist der Konvention immer wieder hervorgehoben. Aber die Verhandlungen in Riga zeigten: Sie ist in die Jahre gekommen. Die veränderten politischen Rahmenbedingungen in Europa bedeuten beinahe Stillstand für eine Konvention, die weitere mutige Schritte wagen muss, wenn sie in einer globalisierten Welt bestehen will.

In Deutschland haben die Umweltverbände ein vom Unabhängigen Institut für Umweltfragen (UfU) erarbeitetes Positionspapier verabschiedet, das der Umsetzung der Århus-Konvention

schlechte Noten erteilt. 27 Bundes- und Landesgesetze regeln allein den Zugang zu Umweltinformationen. Diese sowie die Informationsfreiheitsgesetze von Bund und Ländern und das Verbraucherinformationsgesetz bestehen nebeneinander. Von einer klaren und transparenten Umsetzung ist Deutschland hier weit entfernt, zumal einige Landesinformationsgesetze nicht konform mit EU-Recht und der Konvention sind.

Eher einen Schritt zurück hat die Umsetzung der zweiten Säule der Konvention gemacht: Mit dem Öffentlichkeitsbeteiligungsgesetz ist die bislang praktizierte Auslegung der „ortsüblichen“ Bekanntmachung der Planungen, die vielerorts auch die Zusendung der Planungsunterlagen an die Verbände vorsah, nun rigider gefasst worden. Die Verbände, die ihre Kenntnisse der lokalen Ökosysteme uneigennützig in den Stellungnahmen an die Verwaltungen weitergeben, müssen sich die Planungsunterlagen nun selbst beschaffen. Die meist ehrenamtlich arbeitenden Naturschützer sollen damit nur noch die gleichen Rechte wie Betroffene haben. Weiterhin parallel geregelt sind Infrastrukturvorhaben, für die Erörterungstermine nunmehr im Ermessen der Behörde liegen.

Die Umsetzung der Gerichtszugangsrechte in Umweltangelegenheiten hat die Umweltverbände herb enttäuscht: Eine Verletzung von Umweltrecht können die Verbände nur geltend machen, wenn die entsprechenden Bestimmungen auch Rechte Einzelner begründen. Damit sind die einklagbaren Normen auf sogenannte drittschützende Normen begrenzt, das heißt die Verbände sind in ihren Klage-rechten BürgerInnen gleichgestellt.

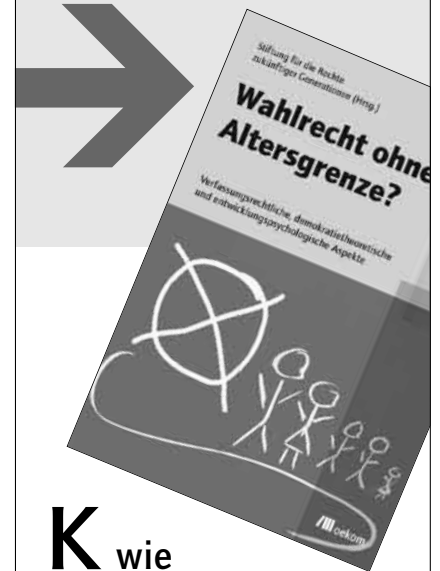
Die Umweltwissenschaftlerin Franziska Mischek arbeitet am Unabhängigen Institut für Umweltfragen in Berlin im Fachgebiet Umweltrecht und Partizipation.

Kontakt:  
Tel. +49 (0)30 / 428499333,  
E-Mail:  
franziska.mischek@ufu.de,  
www.ufu.de,  
www.aarhus-konvention.de



## Nachhaltigkeit

# A-Z



## K wie Kinderwahlrecht

In Deutschland gibt es immer mehr ältere Menschen. Dabei könnten die Interessen der Jüngeren schnell ins Hintertreffen geraten. Doch ist die Einführung eines »Wahlrechts ohne Altersgrenze« der richtige Weg, die Rechte von Kindern und Jugendlichen politisch zu stärken?

Dieses Buch liefert eine vielschichtige, interdisziplinäre und kritische Analyse zu unterschiedlichen Modellen des Kinderwahlrechts.

Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (Hrsg.)

**Wahlrecht ohne Altersgrenze?**

Verfassungsrechtliche, demokratietheoretische und entwicklungspsychologische Aspekte  
oekom verlag, München 2008, 399 Seiten  
39,90 EUR, ISBN 978-3-86581-098-4

Erhältlich bei

www.oekom.de

oekom@de.rhenus.com

Fax +49/(0)81 91/970 00-405

**oekom**  
verlag

Die guten Seiten der Zukunft



Abfallexporte international**Mülltourismus bleibt legal**

■ Ende Juni haben sich auf der indonesischen Insel Bali die Vertragsstaaten der Basler Konvention über die grenzüberschreitende Verbringung gefährlicher Abfälle getroffen. Ursprünglich sollte ein bereits 1995 beschlossenes, aber noch nicht von genügend Staaten ratifiziertes Ausfuhrverbot für gefährliche Abfälle aus den OECD-Ländern in Schwellen- und Entwicklungsländer durchgesetzt werden. Dies scheiterte unter anderem an der Weigerung reicher Industriestaaten wie den USA, Japan und Kanada, aber auch von Indien. Die USA selbst haben das Basel-Übereinkommen von 1989 im Gegensatz zu 170 anderen Staaten nicht ratifiziert.

Die Basler Konvention regelt den Handel mit gefährlichen Abfällen und strebt eine sichere Entsorgung an. Das Übereinkommen schreibt vor, dass Abfälle nicht exportiert werden dürfen, ohne dass die Empfangs-, Ursprungs- und Transitländer über die zum Export vorgesehene Abfallart informiert wurden und dem Vorgang zugestimmt haben.

Auf Bali wurde eine Arbeitsgruppe zum Export von Elektronikschrott nach Afrika und Asien eingesetzt. Außerdem wurde eine Ministerdeklaration verabschiedet, die auf den direkten Zusammenhang von unsachgemäßer Abfallbewirtschaftung und Gesundheitsgefährdung sowie Umweltzerstörung hinweist. Von den Staaten werden konkrete Maßnahmen gefordert. Die Nichtregierungsorganisation Basel Action Network begrüßte die Erklärung als hoffnungsvollen Schritt, um 2011 weitere Verbesserungen zu erreichen. Die ungenügenden Fortschritte beim Verbot gefährlicher Müllexporte bezeichnete die Gruppe als „unmoralisch“. In der EU ist der Export gefährlicher Giftabfälle in Entwicklungsländer seit letztem Jahr verboten. [jg]

- ▶ Basler Konvention: [www.basel.int](http://www.basel.int)
- ▶ Basel Action Network: [www.ban.org](http://www.ban.org)

EU-Abfallexporte**Allein gegen die Müllmafia**

■ Mehr als 15 Prozent der Abfallverbringungen in der EU sind laut einem Ende Mai veröffentlichten Bericht des Netzwerks europäischer Umweltspektoren IMPEL rechtlich mangelhaft. Etwa jeder sechste Mülltransport verstößt demnach gegen EU-Recht. Die Inspektionen fanden von Februar 2007 bis Januar 2008 statt.

Bei der Anzahl der entdeckten Verstöße bestanden europaweit große Unterschiede. So meldeten manche EU-Staaten keinerlei Verletzung. Laut IMPEL hängt dies allerdings eher mit der Häufigkeit und Qualität der Inspektionen zusammen. Bulgariens Müllexporte waren zu 100 Prozent illegal. Auch Schottland, Slowenien und Polen schnitten schlecht ab. Griechenland, Spanien und Italien wollten erst gar nicht an der Untersuchung teilnehmen.

40 Prozent der Verstöße waren illegale Verfrachtungen, meist von gefährlichem Müll in Nicht-OECD-Länder oder von Müll, der unrechtmäßig als „nicht gefährlich“ eingestuft wurde. IMPEL fordert mehr politische Unterstützung, um Gesetze für den Handel mit Abfall in der EU zu harmonisieren und durchzusetzen.

Das europäische Netzwerk IMPEL (Implementation and Enforcement of Environmental Law) ist ein informelles Netz von Umweltbehörden, die für den Vollzug des europäischen Umweltrechts zuständig sind. [io]

- ▶ IMPEL, Hilda Farkas, Brüssel, Tel. +32 (0)2 / 2951376, E-Mail: [hilda.farkas@ec.europa.eu](mailto:hilda.farkas@ec.europa.eu), [www.ec.europa.eu/environment/impel](http://www.ec.europa.eu/environment/impel)

Nanomaterialien I**EU-Umweltrecht soll für Nanoteilchen genügen**

■ Die EU-Kommission hat im Juni eine formelle Mitteilung veröffentlicht, die alle Gesetze auflistet, unter die Nanomaterialien fallen könnten, solange es keine spezifischen Regelungen gibt. Sie sieht „erhö-

ten Forschungsbedarf“ und will zunächst prüfen, welche Modifikationen der Gesetzestexte eventuell notwendig sind. Laut EU-Kommission fallen Nanomaterialien aber bereits unter die Definition „Stoff“ in der EU-Chemikalienverordnung REACH. Das bedeutet, dass Nanomaterialien, die in bestimmten Jahresmengen produziert und vertrieben werden, einer Registrierungspflicht unterliegen. REACH regelt die Registrierung, Zulassung und Genehmigung von chemischen Stoffen. Zurzeit sind etwa 750 Nanotech-Produkte auf dem Markt – bisher ohne explizite Registrierungspflicht.

Weitere Umweltgesetze, die laut Kommission als Regelungsrahmen für Nanomaterialien infrage kommen, sind die Richtlinie zur integrierten Vermeidung und Verminderung von Umweltverschmutzung (IVU), die Seveso-II-Richtlinie, Wasser-, Abfall-, und Luftqualitätsrichtlinie sowie die Vorschriften für Bodenschutz und Umwelthaftung. Für Nanomaterialien gelten außerdem bestimmte Kennzeichnungspflichten. Auch irreführende Werbung ist verboten.

Bis 2011 will die EU-Kommission einen Fortschrittsbericht über die Durchsetzung der vorhandenen Gesetzgebung zur Nanotechnologie vorlegen. [jg]

- ▶ Mitteilung der EU-Kommission: [www.kurzlink.de/kom-nano](http://www.kurzlink.de/kom-nano)

Nanomaterialien II**Gewerkschaften: Ohne Daten kein Marktzugang**

■ Der Dachverband der europäischen Gewerkschaften ETUC hat Ende Juni eine Resolution zu Nanotechnologien und Nanomaterialien veröffentlicht. Die Hauptforderung: Das Vorsorgeprinzip muss gewahrt bleiben. Nanotechnologien boomen laut ETUC in der chemischen, pharmazeutischen und Elektronikindustrie. Daraus folge, dass immer mehr Arbeiter und Angestellte in Kontakt mit Nanopartikeln kommen. Nanotechnologien brächten ▶

durchaus Nutzen für die Gesellschaft, aber noch zu viele Unsicherheiten über die Auswirkungen auf Gesundheit und Umwelt. Nach dem Asbestskandal sei es inakzeptabel, dass Produkte hergestellt würden, deren mögliche Wirkung auf Mensch und Natur man nicht kenne, so der ETUC.

Der Dachverband fordert unter anderem, das REACH-Prinzip „no data, no market“ auch auf Nanotechnologien anzuwenden sowie die Sicherheitsdaten- und die Registrierungspflicht ab einer Tonne Jahresproduktion einzuführen. Solange nicht bewiesen sei, dass ein Produkt harmlos ist, müssten Arbeiter streng geschützt werden. Darüber hinaus verlangt der ETUC ein Mitbestimmungsrecht bei der Bewertung von Risiken sowie bessere Informationen und Ausbildungsprogramme für die Arbeiter. Mindestens 15 Prozent der Mittel für Nanoforschung und -entwicklung müssten für Gesundheits- und Umweltaspekte ausgegeben werden.

Laut Prognosen einer Studie zu den Potenzialen der Nanotechnologie wird ihr Marktanteil bis 2012 auf 263 Milliarden US-Dollar wachsen. Zurzeit werden Nanotechnologien in 40 Ländern staatlich gefördert. [jg]

- ▶ ETUC-Resolution zu Nanotechnologien und Nanomaterialien: [www.etuc.org/a/5163](http://www.etuc.org/a/5163)
- ▶ Nanotechnology Opportunity Report: [www.cientifica.eu](http://www.cientifica.eu)

#### EU-Chemikalienpolitik

### Konsultation zu gefährlichen Chemikalien

■ Die Europäische Chemikalienagentur (ECHA) hat die erste Entwurfsliste mit besonders besorgniserregenden Substanzen veröffentlicht, die unter der neuen EU-Chemikaliengesetzgebung REACH eventuell verboten werden könnten. Die Hersteller müssten beweisen, dass es zwingende Gründe gibt, die Substanzen weiter zu verwenden. Die Liste enthält unter anderem drei Weichmacher und das bromierte Flammschutzmittel HBCDD. Die

ECHA hat eine öffentliche Konsultation ausgeschrieben, die noch bis Mitte August läuft. Im Oktober soll die endgültige Entscheidung getroffen sein.

Umweltverbände rufen ExpertInnen auf, sich an der Befragung zu beteiligen, da davon auszugehen sei, dass die betroffenen Unternehmen diese „zwingenden Gründe“ vorlegen wollten. Zudem müsse die Liste besonders besorgniserregender Substanzen sehr viel länger sein, kritisieren die Verbände. Sie haben zunächst 269 Substanzen aufgelistet, die aus Sicht des Umwelt- und Gesundheitsschutzes mindestens verboten werden müssten. Bisher stehen 16 Wirkstoffe auf der „Kandidatenliste“, darunter Cyclododecan, Cobaltchlorid, kurzkettige chlorierte Paraffine und Moschus-Xylol.

Derweil befürchtet ECHA-Direktor Gert Dancet, dass die Agentur nach Auslaufen der EU-Finanzierung 2011 finanziell zusammenbrechen könnte. Die Unternehmen, so Dancet, seien „sehr kreativ“ bei der Suche nach Schlupflöchern, um sich um die Gebühren zu drücken. [jg]

- ▶ Konsultation: [www.echa.eu/consultations/authorisation/svhc/svhc\\_cons\\_en.asp](http://www.echa.eu/consultations/authorisation/svhc/svhc_cons_en.asp)
- ▶ Liste der Umweltverbände: [www.chemsec.org/list](http://www.chemsec.org/list)

#### Innenraumluftverschmutzung

### Wissenschaftler: Mehr lüften!

■ Der wissenschaftliche Ausschuss „Gesundheits- und Umweltrisiken“ (SCHER) in Brüssel hat eine Stellungnahme zu Gesundheitsrisiken der Innenraumluft abgegeben. Innenraumluft kann über 900 Chemikalien, Feinstaub und biologische Stoffe mit möglicherweise schädlichen Gesundheitsfolgen enthalten. Allerdings, so der Ausschuss, beeinflussen Belüftung, Reinigung, Gebäudemerkmale, kulturelle Gepflogenheiten, Klima und Umwelt die Luftqualität in Innenräumen.

Deshalb schwanken die Werte innerhalb der EU stark. Darüber hinaus fehlt es laut SCHER an Daten über die kombinierte Wirkung von Schadstoffen in Innenräumen. Obwohl allgemeingültige Aussagen dadurch sehr schwierig seien, dürfe das

Risiko gerade für gefährdete Bevölkerungsgruppen nicht unterschätzt werden. Hierzu zählen Kinder, Schwangere, ältere Menschen, Herzkranke und Menschen mit Atemwegsbeschwerden. Zumindest müsse beim Bewerten von Gesundheitsrisiken auch die Innenraumluftverschmutzung einbezogen werden. Besonders bedenklich sind laut SCHER Kohlenmonoxid, Formaldehyd, Benzol, Stickoxide, Naphthalin, Tabakrauch, Radon, Blei und Organophosphorpestizide. Der Ausschuss empfiehlt unter anderem, gesundheitsbezogene Richtwerte für die wichtigsten Schadstoffe festzulegen. Dabei müssten alle möglichen Quellen und sämtliche Eintrittswege in den Körper berücksichtigt werden. [jg]

- ▶ [www.ec.europa.eu/health/opinions/de/innenraum-luftverschmutzung](http://www.ec.europa.eu/health/opinions/de/innenraum-luftverschmutzung)

#### Straßenabgase

### Kinder kriegen Auto-Allergie

■ Kinder, die an viel befahrenen Straßen aufwachsen, leiden häufiger unter Allergien als andere. Das ergab eine Studie unter Leitung des Helmholtz-Zentrums München. Über sechs Jahre verfolgte eine Forschergruppe die Entwicklung von 3.000 Kindern aus München und Umgebung von ihrer Geburt an. Es zeigte sich, dass mit steigenden Feinstaubwerten auch die asthmatische Bronchitis und die Sensibilisierung gegenüber Pollen und anderen häufigen Allergenen zunahm. Erhöhte Stickoxidwerte waren mit der Zunahme von Ekzemen verknüpft. Kinder, die nur 50 Meter oder noch näher neben einer viel befahrenen Hauptstraße wohnen, haben laut der Studie ein bis zu 50 Prozent höheres Risiko, an asthmatischer Bronchitis, Heuschnupfen, Ekzemen oder allergischer Sensibilisierung zu erkranken, als abgechiedener wohnende Altersgenossen. [jg]

- ▶ Helmholtz Zentrum München, Dr. Joachim Heinrich, Tel. +49 (0)89 / 3187-2460, [www.helmholtz-muenchen.de](http://www.helmholtz-muenchen.de)
- ▶ Studie: <http://ajrccm.atsjournals.org/cgi/content/abstract/177/12/1331>

## „Die Vorgängerregierung hat bedeutende Teile der Umweltschutzgesetzgebung ruiniert“

Der neue russische Präsident Dmitri Medwedjew hat Umweltschutz zu einer Frage der nationalen Sicherheit erklärt. Schmelzen die Permafrostböden, könnte der Klimawandel tatsächlich drastische Folgen für Russland haben. Doch inwieweit den Worten Taten folgen, ist unklar. Die Regierung plant erst einmal eine Verdopplung des Energieverbrauchs bis 2020. Und in Sachen Atom bleiben viele ungelöste Probleme. Ein Gespräch mit Iwan Blokow, Kampagnenleiter von Greenpeace Russland.

### Umwelt aktuell: Glauben Sie, dass die neue russische Regierung grüner als die alte sein wird?

Iwan Blokow: Zum jetzigen Zeitpunkt ist das schwer zu beurteilen. Die Vorgängerregierung hat seit 2001 bedeutende Teile der Umweltschutzgesetze ruiniert. Etliche Punkte sind zu erwähnen: Die staatliche Bewertung von Umwelteinflüssen wurde abgeschafft, der Import von Atommüll aus dem Ausland erlaubt, Wasserschutzgebiete wurden verkleinert und die Schutzmaßnahmen geschwächt. Und jetzt ist der ehemalige russische Präsident Wladimir Putin Regierungschef. Gleichzeitig gibt es einige Anzeichen für eine „Vergrünung“ der russischen Behörden. Es gab klare Aussagen des gegenwärtigen Präsidenten Dmitri Medwedjew, dass Umwelt eine der Prioritäten sein muss. Premierminister Putin persönlich hat naturzerstörende Bauten in dem wertvollen Gebiet des Sotschi-Nationalparks verboten. Die Klimapolitik ist noch schwerer zu bewerten. Nach der Kyoto-Ratifizierung dauerte es lange, bis Verordnungen übernommen wurden, die eine gemeinsame Umsetzung von Klimaprojekten mit Partnerstaaten erlauben. Zur selben Zeit erkannten Regierungsvertreter aber den Klimawandel als wichtiges Thema an. Hier müssen wir abwarten. Es gibt positive und negative Tendenzen und es wäre unlogisch, das Verhalten der russischen Obrigkeit vorauszusagen. Ich würde sagen: Lasst uns an bessere Entwicklungen glauben, aber auch auf das Gegenteil vorbereitet sein.

### Westlichen Medien zufolge ist Russland ein schwieriges Pflaster für Umweltverbände.

Es ist nicht leicht für uns, hier zu arbeiten, es gibt viele Hindernisse. Neben einer nicht freien Presse sind öffentliche Demonstrationen als eine Art Verbrechensvorbeugung eingeschränkt, eine harte Bestrafung für friedlichen, gewaltfreien Protest ist möglich, Gerichte sind nicht unabhängig und vieles mehr. Gegen die Positionen der Regierungsvertreter zu sein, kann manchmal zu polizeilichen Übergriffen führen. Obwohl wir noch nicht zu viele Probleme haben, erwarten fast alle meine Kollegen Derartiges zu irgendeinem Zeitpunkt. Doch die Einstellung der Regierung und der Öffentlichkeit gegenüber Green-

peace variiert sehr. Manche Menschen unterstützen uns voll und ganz, manche meinen, dass wir Spione sind. Andere glauben, dass wir irgendwelche wirtschaftlichen Interessen schützen. Die meisten Regierungsvertreter verstehen nicht, dass es Leute gibt, die nur im Interesse der Natur handeln. Weil die Menschen enttäuscht sind und Umweltprobleme nicht als wichtiges Thema ansehen, ist es schwierig Mitglieder zu werben. Es ist traurig, aber man braucht Jahre, bis so eine Haltung verschwindet. Wir glauben, dass die Arbeit von Greenpeace bei der Entwicklung einer Zivilgesellschaft in Russland hilft. Eine unserer Hauptaufgaben ist es, die Menschen in Naturschutzaktivitäten einzubinden.

### Welche Rolle spielt Russland in den bevorstehenden internationalen Klimaverhandlungen?

Russland ist einer der größten Treibhausgasemittenten der Welt. Schon das zeigt deutlich, dass Russland eine bedeutende Rolle in den Post-Kyoto-Verhandlungen haben wird. Wenn man sich die Prognosen der russischen Institutionen anschaut, sieht man aber, dass es keine wirkliche Bewegung in Richtung einer Senkung des Energieverbrauchs auf nationaler Ebene gibt. Zum Beispiel lag nach offiziellen Angaben der Energieverbrauch in Russland 2004 bei 6.600 Kilowattstunden pro Kopf und Jahr. In Deutschland waren es 7.000. Für das Jahr 2020 plant Russland einen Pro-Kopf-Verbrauch von 14.500 Kilowattstunden ein. Ich denke, diese offiziellen Zahlen sprechen für sich. Doch solche deprimierenden Prognosen gelten nur so lange, wie es keine wesentlichen Veränderungen in der Politik gibt. Die werden aber hoffentlich kommen.

### Wie steht es um das öffentliche Bewusstsein angesichts des Klimawandels?

Die Leute verstehen mehr und mehr, was für Auswirkungen der Klimawandel auf sie und auf die ganze Welt haben wird. Gleichzeitig ist dieses Bewusstsein immer noch weniger ausgeprägt als in vielen anderen Ländern. Ungefähr 65 Prozent der Russen glauben, dass Maßnahmen gegen den Klimawandel ergriffen werden müssen.

### Welche Bedrohungen bedeuten die Atomindustrie und das Abkommen zwischen Russland und den USA zur nuklearen Kooperation und dem geplanten internationalen Zentrum zur Wiederaufbereitung von Atommüll?

Das Abkommen mit den USA ist dort noch nicht ratifiziert. Es wird den Import von abgebrannten Kernbrennelementen nach Russland erlauben. Doch Russland kommt nicht einmal mit der Lagerung seiner eigenen abgebrannten Brennelemente richtig klar. Etliche Standorte sind fast voll und es gibt keine sichere Wiederaufbereitungstechnologie. Vor einigen Jahren gab es einen Kriminalfall in der Wiederaufbereitungsanlage Majak im Ural. Deren Direktor war verantwortlich für das Entweichen radioaktiver Substanzen, doch von einer Strafe wurde abgesehen. Innerhalb weniger Tage nach dem Prozess wurde er wieder zum Direktor derselben Anlage ernannt. Unter solchen Umständen – von der extrem hohen Gefahr, die von der Atomenergie für die Welt ausgeht, einmal ganz abgesehen – sehe ich keine Möglichkeit, eine internationale Wiederaufbereitungsanlage in Russland aufzubauen. Die Wiederaufbereitung selbst ist der schlechteste Weg mit Atommüll umzugehen. Sie produziert mehr Probleme als der ursprüngliche Müll. Die ganze Idee scheint nur entwickelt worden zu sein, um ein unlösbares Problem der Atomindustrie zu lösen: Was tun mit dem Atommüll? Der Vorschlag besteht darin, das Problem in ein anderes Land zu verschieben – nach Russland. Dabei sind alle Aussagen der Atomindustrie über den extrem hohen Wert von wiederaufbereitetem Material nichts als Mythen.

[Interview: Maïke Vygen, Isabel Oettinger]

Kampagnendirektor Iwan Blokow arbeitet seit 1994 für Greenpeace.

**Kontakt:**  
Tel. +7 (0)495 /  
9987460,  
E-Mail: [gprussia@ru.greenpeace.org](mailto:gprussia@ru.greenpeace.org),  
[www.greenpeace.ru](http://www.greenpeace.ru)



Schwefeldioxid**Norwegen atmet durch**

■ Die in Norwegen gemessenen Emissionen von Schwefeldioxid (SO<sub>2</sub>) sind auf einem „historischen Tiefstand“, meldete die nationale Statistikbehörde (SSB) Ende Juni. Die Emissionen fielen um sechs Prozent und damit sogar unter den Zielwert des Göteborg-Protokolls. Die norwegischen Kraftwerke seien sauberer geworden und auch aus Großbritannien, Deutschland und Polen komme weniger SO<sub>2</sub>. [jg]

► [www.ssb.no](http://www.ssb.no) (English – Climate – 26.06.2008)

Feinstaub**EU-Staaten drücken sich**

■ Die EU-Kommission hat die Mitgliedstaaten aufgefordert, ihre Maßnahmen zur Reduktion von Feinstaub bis zehn Mikrometer (PM<sub>10</sub>) zu melden. Derzeit werden die PM<sub>10</sub>-Grenzwerte in schätzungsweise 40 Prozent der Luftqualitätsgebiete in der EU nicht eingehalten. 23 Mitgliedstaaten meldeten 2006 eine Überschreitung. Sie müssen nun nachweisen, was sie unternehmen haben, um bei PM<sub>10</sub> die anfängliche Frist 1. Januar 2005 einzuhalten. Die Richtlinie 2008/50/EG setzt Grenzwerte zur Verbesserung der Luftqualität bis 2020. Sie erlaubt jedoch auch eine begrenzte Fristverlängerung – bei PM<sub>10</sub> bis Mitte 2011. Bis Ende Oktober können die EU-Staaten dies beantragen. Die Niederlande haben dies bereits getan. Eine Fristverlängerung ist aber nur für Ausnahmegebiete etwa mit grenzüberschreitender Luftbelastung möglich. Die EU-Kommission kündigte Vertragsverletzungsverfahren an, um die Staaten zum Handeln zu bewegen.

Feinstaub gilt als ernstes Gesundheitsrisiko. Die Weltgesundheitsorganisation WHO hat errechnet, dass nur zehn Mikrogramm Feinstaub pro Kubikmeter Luft die Lebenserwartung der gesamten Bevölkerung um ein halbes Jahr verkürzen. [jg]

► EU-Kommission: [www.europa.eu/rapid/](http://www.europa.eu/rapid/) (Reference IP/08/1112)

## GLOBALISIERUNG &amp; EINE WELT

G8-Gipfel**CO<sub>2</sub>-Ziel wird zur „Vision“**

■ Auf dem Treffen der G8-Staaten im japanischen Toyako haben die Staats- und Regierungschefs nach langem Ringen beschlossen, die globalen Treibhausgasemissionen bis 2050 um 50 Prozent zu reduzieren. Obwohl sie dafür kein Basisjahr angaben und nur von der „Vision eines Ziels“ sprachen, zeigte sich Bundeskanzlerin Angela Merkel sehr erfreut. Beim Gipfel 2007 in Heiligendamm war noch von einer „ernsthaften Prüfung“ von Emissionsreduktionen die Rede gewesen.

Das Bild wurde allerdings am letzten Gipfeltag getrübt, als Indien und China sich weigerten dem Beschluss zuzustimmen. Als Hauptverursacher des Klimawandels müssten die G8-Staaten die Hauptlast tragen. Gastgeber Japan hatte zusätzlich zu den acht Nationen weitere große CO<sub>2</sub>-Emittenten eingeladen. Neben China und Indien nahmen Mexiko, Brasilien und Südafrika sowie erstmals auch Indonesien, Südkorea und Australien am Gipfel teil.

Kritiker der G8 monierten nicht nur die schwachen Ergebnisse des Gipfels, die hinter den Beschlüssen der UN-Klimakonferenz zurückblieben, sondern erklärten gleich den gesamten G8-Prozess für irrelevant. Die internationalen Kräfteverhältnisse hätten sich längst derart verschoben, dass globale Politik nicht mehr ohne die großen Schwellenländer gemacht werden könne.

Tatsächlich brachten auch die anderen Tagesordnungspunkte – Afghanistan, Hungerkrise, Energiepreise und Simbabwe – kaum Ergebnisse. Immerhin einigten sich die G8 auf einen Zeitplan für die finanzielle Unterstützung der afrikanischen Länder. Die 60 Milliarden US-Dollar, die bereits in Heiligendamm zugesagt worden waren, sollen nun innerhalb von fünf Jahren aufgebracht werden. [ms]

► Offizielle Webseite des Gipfels: [www.g8summit.go.jp/eng](http://www.g8summit.go.jp/eng)

Großstaudammprojekt**Scheitert Ilisu endgültig?**

■ Die Zukunft des Staudammprojekts am Ilisu-Fluss im Südosten der Türkei ist ungewisser denn je. Obwohl eine Studie bereits im März massive Versäumnisse in der Planung kritisiert hatte, unternahmen die türkischen Behörden seitdem nicht viel, um internationale Umwelt- und Sozialstandards einzuhalten. Das berichtete die Nichtregierungsorganisation WEED von einem Expertengespräch zur Zukunft des Projekts. Der Staudamm geriet international in die Kritik, weil er Jahrtausende alte Kulturstätten zerstören und zahlreiche Dörfer zur Umsiedlung zwingen würde. Vertreter der deutschen, österreichischen und schweizerischen Regierungen, die Kreditbürgschaften zugesagt haben, forderten erneut Nachbesserungen und drohten mit dem Ausstieg aus dem Projekt. [ms]

► [www.weed-online.de](http://www.weed-online.de)

## KLIMA &amp; ENERGIE

Klimawandel**Weltbank verteilt Geld**

■ Die Weltbank hat zwei Fonds für den Kampf gegen den Klimawandel eingerichtet. Sie will Entwicklungsländer dabei unterstützen, den Treibhausgasausstoß zu senken. Gut 3,2 Milliarden Euro stehen in den nächsten drei Jahren für Projekte in der Land- und Wasserwirtschaft, Technologieentwicklung oder Transportinfrastruktur zur Verfügung. Weltbankdirektor Robert Zoellick erwartet von den Fonds einen „entscheidenden Einfluss“ im Kampf gegen den Klimawandel. Viele Umweltschutzorganisationen aus den Entwicklungsländern sind dagegen skeptisch. Sie würden die Gelder lieber bei den UN-Gremien sehen als bei der von den Industriestaaten dominierten Weltbank. [ms]

► [www.worldbank.org/cif](http://www.worldbank.org/cif)



## Klimaforschung

### 350 statt 450 ppm

■ Wissenschaftler fordern, die Konzentration von Kohlendioxid in der Atmosphäre auf 350 statt 450 ppm zu begrenzen. Das Kürzel ppm steht für „parts per million“ und beschreibt den CO<sub>2</sub>-Anteil in der Atmosphäre. Bisher ging der Weltklimarat IPCC davon aus, dass eine Begrenzung auf 450 ppm einen gefährlichen Klimawandel verhindert. Doch jetzt schlägt eine Gruppe um den führenden Nasa-Klimaforscher James Hansen Alarm: „Ich bin zu der schockierenden Schlussfolgerung gelangt, dass die sichere Grenze (...) nicht über 350 ppm liegt und möglicherweise sogar darunter“, sagte Hansen auf einem Treffen der schwedischen Tällberg-Stiftung. Weitere 170 Forscher unterstützen seine These. Nach neuesten Studien steigt der Meeresspiegel bereits bei 350 ppm in diesem Jahrhundert um einen, vielleicht sogar drei Meter. Der Direktor des Stockholmer Umweltinstituts Johan Rockström forderte neue Reduktionsziele für die Klimapolitik. [ms]

► [www.tallbergforum.org](http://www.tallbergforum.org)

## EU-Energiestrategie

### Mitreden erlaubt

■ Die europäische Energiestrategie soll zum zweiten Mal überprüft werden. Hierzu hat die EU-Kommission am 1. Juli ein öffentliches Konsultationsverfahren gestartet, zu dem BürgerInnen und Organisationen aus allen Bereichen können.

Die sieben Fragen beziehen sich vor allem auf Maßnahmen für eine sichere Energieversorgung in Europa. Diese sollen dann im Rahmen der zweiten Überprüfung der Energiestrategie vorgeschlagen werden und den EU-Staats- und Regierungschefs als Grundlage für ihre Entscheidungen auf dem Frühjahrsgipfel 2009 dienen.

Bis zum 10. September können die Fragen online beantwortet werden. [mv]

► [www.ec.europa.eu/yourvoice](http://www.ec.europa.eu/yourvoice) (Konsultationen – Energie)

## Liberalisierung der Energiemärkte

### Dritter Weg beim Gas

■ Das EU-Parlament hat sich mit großer Mehrheit für den sogenannten Dritten Weg bei der Liberalisierung des Gassektors ausgesprochen. Es folgt damit dem Ministerrat, der den Vorschlag Deutschlands und Frankreichs gutgeheißen hatte. Die großen Energiekonzerne könnten danach sowohl Eigentümer der Gasproduktion als auch der Verteilerstrukturen bleiben. Eine unabhängige Übertragungsgesellschaft soll eine diskriminierungsfreie Stromdurchleitung im Tagesgeschäft sicherstellen.

Im Stromsektor herrscht dagegen weiterhin Uneinigkeit. Während das Parlament im Juni für eine vollständige Entflechtung von Produktion und Netzbetrieb votiert hatte (umwelt aktuell 07.08, S. 15), strebt der Rat eine ähnliche Regelung wie im Gassektor an. [ms]

► [www.europarl.eu](http://www.europarl.eu)

## Emissionshandel

### Kompromiss im Flugverkehr

■ Die EU-Institutionen haben sich darauf geeinigt, den Flugverkehr in das Emissionshandelssystem einzubeziehen. Nach einem Kompromiss zwischen EU-Parlament und Ministerrat müssen ab 2012 auch Fluglinien zum Klimaschutz beitragen.

Alle Flüge, die in der EU beginnen oder enden, sollen erfasst werden. Die Obergrenze für die Gesamtemissionen des Flugsektors wird bei 97 Prozent der durchschnittlichen Werte der Jahre 2004 bis 2006 liegen, ab 2013 soll sie auf 95 Prozent gesenkt werden. 85 Prozent der Emissionszertifikate erhalten die Airlines kostenlos, 15 Prozent sollen sie ersteigern. Die Einnahmen sollen in Klimaschutz, technische Entwicklung oder Waldschutz fließen.

Die EU-Kommission schätzt, dass sich Flüge durch die angepeilten Maßnahmen je nach Länge um fünf bis knapp 40 Euro verteuern. Entsprechend geteilt ist das Echo: Die Vereinigung der Europäischen Fluglinien sieht in der Richtlinie

nur einen Weg, die Steuereinnahmen zu erhöhen, und befürchtet Firmenbankrotte. Die Umweltorganisation Transport & Environment sprach dagegen von einer vertanen Chance. Wichtige Aspekte wie die besondere Klimaschädlichkeit von Emissionen in großer Höhe seien ignoriert worden. [ms]

► Beschluss des EU-Parlaments: [www.europarl.eu](http://www.europarl.eu) (Pressedienst – 08.07.2008)

► Hintergrundseite der EU-Kommission: [www.ec.europa.eu/environment/climat/aviation\\_en.htm](http://www.ec.europa.eu/environment/climat/aviation_en.htm)

## EU-Biokraftstoffpolitik

### Zehn-Prozent-Ziel nur ein Missverständnis?

■ Über wenige Politikbereiche wird derzeit so emotional gestritten wie über den Einsatz von Biokraftstoffen. Vor allem das Ziel der EU, ihren Anteil bis 2020 auf zehn Prozent am Gesamtkraftstoffverbrauch zu steigern, wurde von Umwelt-, Ernährungs- und Entwicklungspolitikern heftig kritisiert. Nun ruderte die EU-Kommission zurück. Energiekommissar Andris Piebalgs sagte Anfang Juli in Brüssel, es sei niemals um zehn Prozent Biokraftstoffe gegangen. Stattdessen habe die Kommission immer gefordert, den Anteil der erneuerbaren Energien im Verkehrssektor auf zehn Prozent bis 2020 zu erhöhen. Dazu könne Biosprit zwar beitragen, aber auch Elektroautos oder Strom aus erneuerbaren Quellen im Bahnbetrieb zählten dazu. Die Fokussierung auf Biokraftstoffe sei vor allem auf mangelhafte Kommunikation zurückzuführen.

Währenddessen sind sich die EU-ParlamentarierInnen uneinig: Einerseits fordert der Umweltausschuss, das Zehn-Prozent-Ziel durch ein Vier-Prozent-Ziel zu ersetzen, das dann aber schon 2015 erreicht werden soll. Auf der anderen Seite will der Industrieausschuss unbedingt an dem Zehn-Prozent-Ziel festhalten. Im September will sich das Parlament auf eine einheitliche Position festlegen. [ms]

Mittelmeerunion**Mare Nostrum solaris?**

■ Eines von sechs konkreten Projekten der neu gegründeten Mittelmeerunion soll der Ausbau der Solarenergie in Nordafrika sein. Darauf einigten sich die 40 Partnerländer beim Gründungstreffen am 13. Juli. Großprojekte in den sonnenreichen Wüstenregionen Nordafrikas stehen im Mittelpunkt. Für den Herbst laden Deutschland und Frankreich zu einer Konferenz ein, um die Pläne zu konkretisieren.

Die Mittelmeerunion wurde nach langen EU-internen Querelen auf Betreiben des französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy ins Leben gerufen. Laut Abschlusskommuniké soll sie mehr Sicherheit, Stabilität und Wirtschaftswachstum bringen. Umweltorganisationen befürchten allerdings, dass Sarkozy auch den Export von Atomenergie nach Nordafrika fördern will. Cyrielle den Hartigh von Les Amis de la Terre verweist darauf, dass Frankreichs Präsident von Mauretanien bis Ägypten massiv Werbung für französische Atommeiler gemacht und mehrere Kooperationsverträge geschlossen habe. Auch preisere Sarkozy Atomenergie immer wieder als Lösung für den Klimawandel an. [ms]

► [www.eu2008.fr/PFUE/lang/de](http://www.eu2008.fr/PFUE/lang/de) (deutsch)

Erneuerbare-Energien-Gesetz**Kein Zuschuss für Palmöl**

■ Der Bundesrat hat das überarbeitete Erneuerbare-Energien-Gesetz mit einer wesentlichen Änderung verabschiedet: Palmöl- und Sojaöl-Blockheizkraftwerke ab 150 Kilowattstunden erhalten keine Zuschüsse mehr. Dies betrifft etwa 40 Prozent der Anlagen. Auch kleinere Anlagen müssen Nachhaltigkeitsauflagen einhalten. Die Organisation Rettet den Regenwald begrüßte die Entscheidung. Jedoch hänge der Erfolg von der Umsetzung ab. [ms]

► [www.eeg-aktuell.de](http://www.eeg-aktuell.de)

► [www.regenwald.org](http://www.regenwald.org)

Energieeffizienz**Ausweispflicht für Altbauten**

■ Seit dem 1. Juli ist der Energieausweis für Altbauten vorgeschrieben. Er gilt zunächst für vor 1965 errichtete Gebäude, ab 2009 für alle. Hauseigentümer, die ihr Haus vermieten oder verkaufen wollen, müssen mit dem Energieausweis Heizbedarf und -kosten dokumentieren. [ms]

► [www.dena-energieausweis.de](http://www.dena-energieausweis.de)

Ökodesignrichtlinie I**Goodbye Stand-by**

■ Die EU-Staaten wollen den Stand-by-Verbrauch elektrischer Haushalts- und Bürogeräte drastisch senken. Sie einigten sich auf eine Verordnung, nach der ab 2010 ein Gerät im Stand-by-Betrieb nur noch ein Watt verbrauchen darf. Geräte mit Displays wie etwa Uhren dürfen zwei Watt verbrauchen. Ab 2013 sollen diese Grenzwerte halbiert werden.

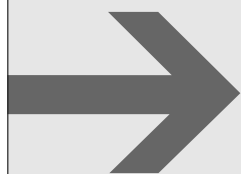
Die Verordnung entstand auf Basis der Ökodesignrichtlinie und tritt voraussichtlich Ende des Jahres in Kraft – sofern das EU-Parlament zustimmt. Sie gilt dann unmittelbar in allen Mitgliedstaaten. Insgesamt können so nach Berechnungen der EU-Kommission mehrere Kraftwerke eingespart werden.

Das Europäische Umweltbüro begrüßte die Entscheidung als späten, aber wichtigen Schritt. Allerdings gelte die Verordnung nicht für den sogenannten Netzwerk- und den aktiven Stand-by-Modus. Damit verschenke man etwa die Hälfte des Einsparpotenzials. Auch wäre eine verbindliche Abschaltvorrichtung sinnvoll gewesen. [ms]

► Ökodesign-Richtlinie: [www.ec.europa.eu/energy/demand/legislation/eco\\_design\\_en.htm](http://www.ec.europa.eu/energy/demand/legislation/eco_design_en.htm)

## Nachhaltigkeit

# A-Z



## E wie Energie der Zukunft

Längst greifen wir mit unserem Hunger nach fossiler Energie spürbar in das System Erde ein. Öl, unser wichtigster Energieträger, heizt das Klima auf – und ist zugleich Krisenfaktor für die Welt. Unsere Abhängigkeit von Energieimporten, der Klimaschutz und der globale sozioökonomische Konfliktlagen sind brisante aktuelle Themen. Experten aus verschiedenen Disziplinen greifen diese auf und zeigen Wege aus der Krise rund ums Öl.

P. Hennicke, N. Supersberger (Hrsg.)

**Krisenfaktor Öl**

Abrüsten mit neuer Energie

oekom verlag, München 2007, 147 Seiten, 19,80 EUR

ISBN 978-3-86581-060-1

Erhältlich bei

[www.oekom.de](http://www.oekom.de)

[oekom@de.rhenus.com](mailto:oekom@de.rhenus.com)

Fax +49/(0)81 91/970 00-405

Die guten Seiten der Zukunft

**oekom**  
verlag

Ökodesignrichtlinie II**EU plant Standards für weitere Produktgruppen**

■ Die EU-Kommission hat eine Neufassung der Ökodesignrichtlinie, die Mindeststandards für den Energieverbrauch von Produkten festlegt, vorgeschlagen. Bisher erfasst die Richtlinie nur energieverbrauchende Produkte wie Fernseher, Straßenbeleuchtung oder Stand-by-Einrichtungen von Elektrogeräten. Nun soll sie alle energieverbrauchsrelevanten Produkte erfassen – etwa auch Fenster, Gebäudeisolierung oder Duschköpfe. Eine vollständige Liste der Produkte existiert noch nicht.

Das Europäische Umweltbüro (EEB) zeigte sich enttäuscht, dass nicht noch weitere Produktgruppen erfasst werden sollten. Dies war am deutschen Industriekommissar Günter Verheugen gescheitert.

Die Ökodesignrichtlinie gibt lediglich den Rahmen für konkrete Vorschriften vor. Für einzelne Produkte müssen die Standards noch in eigenen Verfahren entwickelt werden. Erst kürzlich konnten sich die EU-Institutionen hier auf Standards für das erste Produkt einigen (siehe oben).

Die Überarbeitung der Ökodesignrichtlinie ist ein wesentlicher Bestandteil des EU-Aktionsplans für nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster, der auf einer Vereinbarung des Weltgipfels von Johannesburg 2002 basiert (siehe S. 21). [ms]

► Gesetzgebungsvorschlag: [www.ec.europa.eu/environment/eussd/pdf/com\\_2008\\_399.pdf](http://www.ec.europa.eu/environment/eussd/pdf/com_2008_399.pdf)

CO<sub>2</sub>-Speicherung**Versuchsendlager arbeitet**

■ Das Geoforschungszentrum Potsdam hat bei der brandenburgischen Kleinstadt Ketzin erstmals auf dem europäischen Festland CO<sub>2</sub> unter die Erde gepumpt. Dabei soll getestet werden, ob das klimaschädliche Gas bei der Kohleverstromung abgefangen und langfristig unterirdisch eingelagert werden kann. Eine Versuchsanlage für die Abscheidung von CO<sub>2</sub> ent-

steht derzeit beim Kohlekraftwerk Schwarze Pumpe ebenfalls in Brandenburg.

Im Laufe eines Jahres sollen in Ketzin 60.000 Kubikmeter künstlich hergestelltes CO<sub>2</sub> in 600 bis 800 Meter Tiefe verbracht werden. Anschließend wollen die Forscher beobachten, wie sich das Gas in den porösen Sandsteinformationen verhält.

Die CO<sub>2</sub>-Abscheidung- und -speicherung (CCS) ist in der klimapolitischen Diskussion stark umstritten. Einigen gilt sie als vielversprechende Brückentechnologie, ohne die die notwendigen Emissionsminderungen nicht zu erreichen sind. Andere halten CCS für einen gefährlichen Irrweg, zumal noch unklar ist, wann die Technologie einsetzbar ist und was sie kostet. Die EU will zunächst zwölf Pilotprojekte fördern, bevor über einen systematischen Ausbau entschieden wird. [ms]

► [www.gfz-potsdam.de](http://www.gfz-potsdam.de) (Public Relations – 30.06.2008)

Atom Müll I**Protestwelle gegen Asse 2**

■ Der lokale Widerstand gegen das Atom Mülllager Asse 2 bei Wolfenbüttel wächst. Über 1.000 besorgte Anwohner und Atomkraftgegner protestierten im Juli gegen eine Flutung des Salzstocks, in dem bis 1978 etwa 126.000 Fässer mit schwach und mittelradioaktivem Müll eingelagert wurden (umwelt aktuell 07.08, S. 4).

Nachdem in den letzten Jahren zunehmend Grundwasser in das Bergwerk eingedrungen war, fürchtet der Betreiber, das Helmholtz-Zentrum München, dass die Stollen einstürzen und Radioaktivität entweicht. Um dies zu verhindern, soll das gesamte Lager mit einer Salzlauge geflutet werden. AnwohnerInnen und Bürgerinitiativen halten wenig von dieser Idee. „Die Flutung ist offensichtlicher Unsinn“, sagte BI-Sprecher Peter Dickel gegenüber der Zeitung taz. „Sie macht aus dem Salzstock einen Schwamm und mobilisiert die eingelagerten radioaktiven Stoffe.“ [ms]

► [www.asse2.de](http://www.asse2.de)

Atom Müll II**Tauender Permafrostboden bedroht russische Atomlager**

■ Der russische Präsident Dmitri Medwedjew hat den Kampf gegen den Klimawandel zu einer Frage der nationalen Sicherheit erklärt. Teile des Landes könnten in 20 bis 30 Jahren unbewohnbar sein, sagte er. So taut die globale Erwärmung den Permafrostboden im russischen Norden auf – mit verheerenden Folgen für die Infrastruktur. Straßen bersten, Gebäude stürzen ein, Atom Mülllager drohen die Umgebung zu verstrahlen. In Sibirien ruhen mehrere Millionen Tonnen radioaktiven Materials, alte Atom-U-Boote und -waffen in Lagern, die nun auf unsicherem Boden stehen.

Die Durchschnittstemperatur in Sibirien hat sich im letzten Jahrhundert um etwa ein Grad erhöht. Die seit über 10.000 Jahren gefrorenen Böden tauen daher bereits seit Jahren großflächig auf. KlimaforscherInnen sehen auch das entweichende Methan mit großer Sorge. Die tauenden Böden setzen das Gas frei, das um ein Vielfaches klimaschädlicher ist als CO<sub>2</sub>. (Siehe auch Interview S. 11.) [ms]

Atomwirtschaft**BürgerInnen stoppen Atomwäscherei**

■ Einen unverhofft leichten Sieg konnte eine Bürgerinitiative aus dem niedersächsischen Sandkrug im Landkreis Cuxhaven verbuchen. Nach massiven Protesten gab die Firma Dekonta ihre Pläne für eine Atomwäscherei wieder auf. Das Tochterunternehmen des Energiekonzerns Eon wollte eine Anlage zur Reinigung von radioaktiv belasteter Schutzkleidung errichten. Angesichts der „völlig überzogenen Reaktionen“ habe man das Vorhaben aufgegeben, um wirtschaftliche Nachteile zu vermeiden, sagte ein Sprecher. Während die Bürgerinitiative ihren schnellen Sieg feierte, trauert die Bürgermeisterin 30 Arbeitsplätzen hinterher. [ms]

## KONSUM &amp; VERBRAUCHERSCHUTZ

## Nährwertinformationen

**1 plus 4 statt Ampel**

■ Das Bundesverbraucherministerium (BMELV) hat einen Leitfaden für erweiterte Nährwertinformationen auf Lebensmittelverpackungen entwickelt. VerbraucherInnen sollen damit besser für eine ausgewogene Ernährung sorgen können.

Das „1-plus-4“-Modell gibt den Energiegehalt (Brennwert) sowie die Gehalte an Zucker, Fett, gesättigten Fettsäuren und Salz an. Diese Angaben, bezogen auf die Portion, sollen in einheitlichen und wiedererkennbaren Symbolen auf Lebensmittelpackungen und -etiketten an prominenten Stellen erfolgen. Dabei soll mindestens der Energiewert auf der Schauseite des Etiketts angegeben werden.

Einer Meinungsumfrage im Auftrag des BMELV zufolge sind mehr als 80 Prozent der Deutschen von „1 plus 4“ überzeugt. Sie hielten die Darstellung für informativ, verständlich und übersichtlich, so das Ministerium. Zwei Drittel gaben an, dass sie das Modell beim Lebensmitteleinkauf nutzen würden. 55 Prozent der Befragten würden sich von der farblichen Gestaltung des Modells mit den Farben rot, gelb und grün, die für hohe, mittlere und niedrige Gehalte stehen, beim Einkauf leiten lassen.

Bundesminister Horst Seehofer will sich nun für eine EU-einheitliche Kennzeichnung auf der Grundlage des „1-plus-4“-Modells einsetzen. Bei bestimmten zusammengesetzten Lebensmitteln sollten die Angaben mit den Ampelfarben farblich unterlegt werden. Damit ist aber nicht die sogenannte Ampelkennzeichnung gemeint, wie sie beispielsweise in Großbritannien angewandt wird. Diese rein farbliche Empfehlung, die unter anderem von den Verbraucherzentralen befürwortet wird, lehnt die Lebensmittelindustrie ab. [mbu]

- ▶ BMELV, Berlin, Tel. +49 (0)1888 / 529-3173, Fax -3179, [www.bmelv.de](http://www.bmelv.de)
- ▶ Verbraucherzentrale Bundesverband (VZBV), Berlin, Tel. +49 (0)30 / 25800-0, [www.vzbv.de](http://www.vzbv.de)

## Lebensmittelrisiken

**Bundesbehörde fragt ab**

■ Kommen die Informationen über Gesundheitsrisiken von Lebensmitteln, die das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) regelmäßig veröffentlicht, auch bei den VerbraucherInnen an? Um das herauszufinden, beauftragte das BfR das Berliner Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung (IZT) mit einer Onlineumfrage. Geprüft werden Kenntnisse wie: Wenn beim Grillen Fett in die Glut tropft, können krebsauslösende Stoffe entstehen. Wenn Geflügelfleisch nicht durchgebraten ist, kann man sich mit Salmonellen vergiften. Interessierte können im Internet einen Fragebogen beantworten. [mbu]

- ▶ Fragebogen: [www.izt.de/bfr](http://www.izt.de/bfr)

## EU-Ökolabel

**Euroblume wird geliftet**

■ Die EU-Kommission will Umweltstandards und Kennzeichnungssysteme erweitern und hat dafür zahlreiche Änderungen beim Aktionsplan für nachhaltige Produkte und Technologien vorgeschlagen (siehe S. 21). So soll die Vergabe des EU-Umweltzeichens („Euro-Blume“) erleichtert und das Zeichen selbst modernisiert werden. Bisher wenden es nur wenige Firmen an.

Die Öko-Kennzeichnung soll nun auf nicht energiebetriebene Produkte wie Kleidung, Möbel, Reiniger oder Isoliermaterial ausgedehnt werden. Die Kommission hofft so bis 2015 den Marktanteil solcher Waren auf zehn Prozent zu steigern.

Das Europäische Umweltbüro (EEB) kritisierte unter anderem die Freiwilligkeit vieler vorgeschlagener Regelungen. Dies könne kaum substanzielle Änderungen bewirken. Zudem werde durch den einfacheren Zugang zum Umweltzeichen dessen Glaubwürdigkeit leiden. [mbu]

- ▶ EU-Ökolabel: [www.ec.europa.eu/environment/ecolabel](http://www.ec.europa.eu/environment/ecolabel)
- ▶ EEB, Brüssel, Tel. +32 (0)2 / 28910-90, Fax -99, E-Mail: [info@eeb.org](mailto:info@eeb.org), [www.eeb.org](http://www.eeb.org)

## LANDWIRTSCHAFT &amp; GENTECHNIK

## Landwirtschaftsbudget

**Fünf Milliarden für Agrar- und Verbraucherpolitik**

■ Die Bundesregierung hat im Juli den Entwurf des Bundeshaushalts 2009 beschlossen. Für den Etat des Agrarministeriums (BMELV) sind rund 5,3 Milliarden Euro vorgesehen. Das sei eine gute Basis für eine zuverlässige und nachhaltige Landwirtschafts- und Verbraucherpolitik, sagte der zuständige Minister Horst Seehofer. In einigen Bereichen könnten nun Akzente gesetzt werden, etwa bei der „Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK). Im nächsten Jahr sollen dafür etwa 700 Millionen Euro Bundesmittel zur Verfügung stehen, 40 Millionen mehr als 2008. Damit sollen, ergänzt durch EU- und Landesmittel, Strukturverbesserungen in den Agrarbetrieben und für den ländlichen Raum erreicht werden.

Etwa 3,7 Milliarden Euro, rund 60 Prozent des Etats, werden für Sozialpolitik verwendet. Sie fließen in die landwirtschaftliche Alterssicherung und in die Kranken- und Unfallversicherung.

Für Verbraucherpolitik sind im Regierungsentwurf insgesamt 122 Millionen Euro vorgesehen. Für Verbraucherinformation sollen wie bisher 17 Millionen Euro zur Verfügung stehen, davon fünf Millionen für den Nationalen Aktionsplan Ernährung und Bewegung. Die Zuschüsse an die Verbraucherzentralen (8,7 Millionen Euro) und die Stiftung Warentest (sechs Millionen) bleiben gleich.

Auch das Bundesprogramm Ökologischer Landbau soll weiterhin mit 16 Millionen Euro unterstützt werden. Ein Schwerpunkt der Förderung soll die Forschung sein. Weitere 45 Millionen Euro sind für die Förderung Nachwachsender Rohstoffe eingeplant. [mbu]

- ▶ BMELV, Berlin, Tel. +49 (0)1888-529-3173, Fax -3179, [www.bmelv.de](http://www.bmelv.de)



## Pestizide I

## Gifte sollen vom Acker

■ Die EU-Agrarminister haben sich Ende Juni auf schärfere Kriterien für die Zulassung von Pflanzenschutzmitteln geeinigt. Danach sind Pestizide mit Substanzen, die Krebs erregen, das Erbgut schädigen oder unfruchtbar machen können, grundsätzlich verboten. Für andere gefährliche Stoffe können die Unternehmen Ausnahmegenehmigungen bei der EU-Kommission beantragen. Dafür müssen sie nachweisen, dass es keine Alternativen gibt und dass Schaden verhindert wird.

Der deutsche Industrieverband Agrar bemängelte, mit der Novelle könnten viele Schädlinge kaum noch bekämpft werden. Dem widersprach der Umweltverband BUND. Ökobauern zeigten, dass Lebensmittel ohne Pestizide erzeugt werden können. Das Pestizid-Aktions-Netzwerk PAN Germany hält den Kompromiss der Agrarminister für unzureichend, aber notwendig, um Verbesserungen voranzutreiben. Als nächstes wird die Novelle im EU-Parlament behandelt. Die zweite Lesung wird nach dem Sommer erwartet. [mbu]

► PAN Germany, Hamburg, Tel. +49 (0)40 / 3991910-0, Fax -07520, [www.pan-germany.org](http://www.pan-germany.org)

## Pestizide II

## Imker wollen Bienen retten

■ Umweltverbände und Imker haben im Juli gefordert, alle Pestizide mit den Insektengiften Clothianidin und Imidacloprid der Firma Bayer CropScience sofort zu verbieten. Diese Stoffe sind für Bienen gefährlich und haben im Frühjahr vor allem in Süddeutschland vermutlich den Tod von mehr als 330 Millionen dieser Insekten verursacht. (umwelt aktuell 07.08, S. 18).

Das Pestizid-Aktions-Netzwerk, der Deutsche Berufs- und Erwerbs-Imkerbund (DBIB) und der BUND befürchten, dass sich Ende August das Bienensterben fortsetzt. Dann wird Raps ausgesät, der mit den beiden Insektiziden gebeizt worden ist. Vorübergehend war der Einsatz der Wirk-

## Zukunft gestalten.

Nah dran.



Der Deutsche Entwicklungsdienst (DED) ist der führende europäische Personaldienst für internationale Zusammenarbeit. Wir arbeiten in über 45 Ländern weltweit mit dem Ziel, die Lebensbedingungen der Menschen vor Ort dauerhaft zu verbessern.

In **Haiti** möchte der DED durch die Beratung von zivilgesellschaftlichen Organisationen zur nachhaltigen Nutzung natürlicher Ressourcen und zur Verbesserung der Wertschöpfungsketten im Bereich ländlicher Entwicklung beitragen. Daher suchen wir Sie ab sofort für folgende Aufgaben:

### Berater/in und Ausbilder/in für Molkerei und Fleischerei, PP-Nr: 7432

#### Ihre Aufgaben:

- Identifizierung von lagerbaren Milch- und Fleischprodukten und deren Vermarktungsmöglichkeiten
- Technische Einrichtung von Verarbeitungsstätten
- Herstellung von Prototypen für Milch- und Fleischprodukte
- Ausbildung und Beratung hinsichtlich Herstellung und Vermarktung

#### Ihr Profil:

Neben praktischen Erfahrungen und Kenntnissen in der Verarbeitung von Milch- und Fleischprodukten können Sie ebenfalls Kenntnisse in der Vermarktung von Lebensmitteln nachweisen. Betriebswirtschaftliches Know-how, die Fähigkeit zur Vermittlung von praktischen Sachverhalten, gute Französischkenntnisse sowie Interkulturelle Sensibilität runden Ihr Profil ab.

### Landwirt/in, PP-Nr: 8436

#### Ihre Aufgaben:

- Identifizierung von alternativen land- und forstwirtschaftlichen Produktionsmöglichkeiten
- Unterstützung bei der Umsetzung land- und forstwirtschaftlicher Projekte
- Analyse von Vermarktungsstrategien für diese Produkte
- Fortbildung in Agroforstsystemen, Ressourcenschutz, integrierter Landwirtschaft und Umweltfragen

#### Ihr Profil:

Nach einer landwirtschaftlichen Ausbildung oder einem Studium im Bereich Landwirtschaft haben Sie Erfahrungen in der landwirtschaftlichen Produktion gesammelt. Idealerweise bringen Sie Erfahrungen in der Herstellung von Honig, Blumen oder Früchten mit. Sie besitzen Kenntnisse in der Vermarktung von landwirtschaftlichen Produkten, in Organisationsentwicklung und haben ein ausgeprägtes pädagogisches Geschick. Gute Französischkenntnisse und interkulturelle Sensibilität runden Ihr Profil ab.

Weitere Informationen und die detaillierten Stellenbeschreibungen finden Sie im Internet unter [www.ded.de/stellenmarkt](http://www.ded.de/stellenmarkt) mit Angabe der jeweiligen PP-Nummer. Wir freuen uns auf Ihre Online-Bewerbung.

Für Rückfragen steht Ihnen Frau Tielmann-Khali, Tel: 0228/2434-292 gerne zur Verfügung. Bitte beziehen Sie sich in Ihrem Anschreiben auf die **Kzf: So65**.

Deutscher Entwicklungsdienst gGmbH  
Bewerberauswahl | Tulpenfeld 7 | 53113 Bonn  
[www.ded.de](http://www.ded.de) | Kzf. So65



stoffe, die in den Bayer-Produkten Poncho und Gaucho enthalten sind, verboten. Ende Juni ließ das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit die Gifte aber für Raps wieder zu. Raps werde so tief gesät, dass die Bienen nicht mit dem Gift in Kontakt kämen. Dem widersprachen die Imker. DBIB-Präsident Manfred Hederer kündigte eine Klage an.

In Frankreich und der Schweiz ist Clothianidin verboten. In Deutschland sei die Chemielobby aber stärker, sagte Hederer. Es gehe um „wahnsinnig viel Geld“. [mbu]

- DBIB, Utting, Tel. +49 (0)172 / 8206459, [www.berufsimker.de](http://www.berufsimker.de)

#### Zulassung von Genpflanzen I

### Toleranz für illegale Gene

■ Die EU-Kommission will offenbar die Nulltoleranz für nicht genehmigte gentechnisch veränderte Organismen (GVO) in Lebens- und Futtermitteln aufgeben. Das bedeutet nach Ansicht des Erzeugerverbandes Bioland, dass künftig Soja, Mais oder Reis mit Verunreinigungen durch illegale GVO in die EU importiert werden könnten. Die Kommission plant demnach eine Toleranzschwelle von 0,1 Prozent für GVO-Bestandteile und will den Mitgliedstaaten sogar noch weiteren Spielraum geben. Erst ab 0,2 oder 0,3 Prozent sollen die Länder verpflichtet werden, den Import zu verweigern. Damit reagiert die EU-Kommission auf den Druck von Futtermittelimporteuren und Tiermältern.

Eine grobe Missachtung des Verbraucher- und Umweltschutzes nannte Bioland-Präsident Thomas Dosch die Pläne. In Produkten seien illegale GVO nicht zu erkennen, ihre Sicherheit sei nicht geprüft. In der EU gibt es keine Kennzeichnungspflicht für tierische Produkte, wenn die Tiere Genmais oder Gensoja als Futter erhalten. Diese Kennzeichnungslücke werde noch gravierender, wenn verbotene GVO ins Spiel kämen, sagte Dosch. [mbu]

- Bioland, Mainz, Tel. +49 (0)6131 / 23979-17, Fax -27, [www.bioland.de](http://www.bioland.de)

#### Zulassung von Genpflanzen II

### Gensaat wird Chefsache

■ Der Streit um Genpflanzen soll auf die Agenda des Herbstgipfels der EU-Staats- und Regierungschefs. Das hat die französische EU-Ratspräsidentschaft im Juli vorgeschlagen. Im Dezember sollen die 27 EU-Staaten einen Beschluss zu dem Thema fassen. Bis dahin werde eine Arbeitsgruppe versuchen die Streitpunkte zu klären, sagte die französische Umweltschaftssekretärin Nathalie Kosciusko-Morizet. Die meisten EU-Länder wollen das Zulassungsverfahren und die Kriterien verschärfen. Unter anderem geht es auch darum, ob sich ganze Regionen für gentechnikfrei erklären könnten.

Bundesumweltminister Sigmar Gabriel sprach von „organisierter Unverantwortlichkeit“ bei der Zuständigkeit der EU-Organen und der Lebensmittelbehörde EFSA für die Genehmigung von Genpflanzen. In der EFSA müssten auch Gentechnikkritiker gehört werden. Länder, die keine Genpflanzen wollten, müssten aus dem Verfahren aussteigen können. [mbu]

- Bundesumweltministerium, Berlin, Tel. +49 (0)1888 / 305-2010, Fax -2016, [www.bmu.de](http://www.bmu.de)
- Französische Ratspräsidentschaft: [www.eu2008.fr](http://www.eu2008.fr)

#### EU-Umweltfinanzierung

### LIFE on the farm

■ Die neue EU-Broschüre „LIFE on the farm“ beschreibt innovative landwirtschaftliche Projekte, die durch das EU-Umweltfinanzierungsprogramm LIFE kofinanziert werden. Die Projekte versuchen die Interessen von Landwirtschaft und Umwelt in Einklang zu bringen. Die 60-seitige Broschüre stellt Beispiele für unterschiedliche Bereiche vor. Wasser, Bodenschutz, Biodiversität, Abfall und Umweltmanagement sind ebenso Thema wie die Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte. [bv]

- Download (engl., 7 MB): [www.kurzlink.de/life-on-the-farm](http://www.kurzlink.de/life-on-the-farm)

#### Ressourcenverbrauch

### Ökobilanz der Landwirtschaft

■ Über 40 Prozent der Wasser- und Landressourcen in den OECD-Ländern werden landwirtschaftlich genutzt. Das kann zu erheblichen Umweltbelastungen für Wasser, Boden und Luft führen. So steht es in einer neuen OECD-Veröffentlichung. Die Publikation sowie die Kurzfassung „Environmental Performance of Agriculture at a Glance“ geben einen Überblick über die landwirtschaftlichen Nutzungstendenzen und die wichtigsten Umweltmedien für alle 30 OECD-Staaten sowie die EU. Laut Bericht sind die beiden zentralen Umweltprobleme die Wasserverschmutzung, vor allem in Gebieten mit intensiver Nutztierhaltung, und die „Interaktion“ zwischen Landwirtschaft und Biodiversität. Die Landwirtschaft müsse ihre Treibhausgasemissionen reduzieren und den Hochwasserschutz verbessern. [mbu]

- [www.oecd.org/de/agricultureenvperf](http://www.oecd.org/de/agricultureenvperf) (deutsch)

#### NATURSCHUTZ & BIODIVERSITÄT

#### Landnutzung

### Warnsystem für Schutzzonen

■ Raluciapa heißt ein neues weltweites Landnutzwarnsystem für Schutzgebiete des UN-Umweltprogramms. Das System visualisiert Änderungen der Bewaldung der Jahre 2000 bis 2005 sowie die Weltdatenbank der Schutzgebiete 2007 (WDPA). Da die Auflösung der Daten 500 Metern entspricht, werden kleine Veränderungen der Waldbedeckung nicht visualisiert. Waldverluste werden je nach Ausmaß in unterschiedlichen Rottönen dargestellt, Zuwächse in Grüntönen. Raluciapa kann über Google Maps und MS Virtual Earth genutzt werden. Im nächsten Schritt sollen die Auflösung erhöht und eine Flächenbemessung ermöglicht werden. [bv]

- [www.kurzlink.de/raluciapa](http://www.kurzlink.de/raluciapa)

Regenwaldschutz**EU hört zu, Firmen holzen ab**

■ Die EU-Kommission hat ein öffentliches Konsultationsverfahren zum Schutz der tropischen Regenwälder eingeleitet. Interessierte werden unter anderem gefragt, ob sich die EU bei den UN-Klimaverhandlungen für eine Halbierung der Abholzung bis 2020 und einen Totalstopp bis 2030 einsetzen soll. Außerdem geht es um umweltfreundliche öffentliche Beschaffung, Finanzfragen und Emissionshandel. Stellungnahmen können bis 22. August eingereicht werden. Die EU-Kommission plant für Dezember eine Mitteilung zum Thema. Darin sollen die Ergebnisse der Konsultation berücksichtigt werden.

Unterdessen ergab eine Auswertung von Satellitenbildern durch die brasilianische Umweltbehörde, dass 22 Prozent der Rodungen im Amazonasgebiet in Schutzgebieten oder Indianerreservaten stattfinden. Die Rodungen in Schutzgebieten haben demnach von 2006 auf 2007 um sechs Prozent zugenommen. Das gesamte Ausmaß der Rodungen im Amazonasbecken ging aber um ein Fünftel zurück. [bv]

- ▶ [www.kurzlink.de/konsultation-waelder](http://www.kurzlink.de/konsultation-waelder)
- ▶ Amazonas-Studie: [www.inflotrop.org](http://www.inflotrop.org)

Unesco-Biosphärenreservat**Versteppung bedroht Titel**

■ Der spanische Nationalpark Tablas de Daimiel könnte von der Unesco-Liste der Biosphärenreservate gestrichen werden, falls die Behörden keine Sofortmaßnahmen zur Rettung des Feuchtgebiets ergreifen. Dies berichtete die taz Ende Juni. Die Lagunenlandschaft in Zentralspanien ist seit Jahren ausgetrocknet. 60.000 illegale Brunnen für die exzessive Landwirtschaft sind für den Wassermangel verantwortlich. Die Unesco fordert bis 2011 erste Erfolge. 2015 soll endgültig entschieden werden, ob den Tablas de Daimiel der Titel aberkannt wird. [bv]

- ▶ [www.kurzlink.de/tablas-daimiel-jun08](http://www.kurzlink.de/tablas-daimiel-jun08)

Bodenschutzrichtlinie**Altlasten bald wieder Thema**

■ Während der französischen EU-Ratspräsidentschaft, die am 1. Juli begonnen hat, sollen die blockierten Verhandlungen über die Rahmenrichtlinie für Bodenschutz wieder aufgenommen werden. Voraussetzung dafür sei allerdings, dass es entscheidende Veränderungen am Text des Kompromissvorschlags vom Dezember 2007 gebe, hieß es in Brüssel. Damals war es den EU-Umweltministern nicht gelungen, sich über das Gesetz zum Bodenschutz zu einigen. Umstritten war unter anderem ein Passus, der die Mitgliedstaaten verpflichtet, kontaminierte Standorte aufzulisten und Sanierungsmaßnahmen zu erarbeiten. Neben Frankreich lehnten Deutschland, Großbritannien, die Niederlande und Österreich im vergangenen Jahr den Vorschlag der Kommission ab. EU-Umweltkommissar Stavros Dimas drängte die EU-Länder, sich beim Bodenschutz zu bewegen. [mbu, bv]

- ▶ [www.europa.eu/rapid\(IP/08/924\)](http://www.europa.eu/rapid/IP/08/924)

Artensterben**Aussterberaten viel höher?**

■ Das Risiko, dass Arten aussterben könnten, ist möglicherweise um den Faktor 100 unterschätzt worden. Zu diesem Schluss kommt ein Team um Brett Melbourne von der University of Colorado im Fachjournal Nature. Bei den bisherigen Berechnungsmodellen seien nur die Geburten- und Todesrate sowie äußere Einflüsse wie Niederschläge und Temperatur berücksichtigt worden, nicht aber zufällige Schwankungen innerhalb der jeweiligen Populationen. Wendet man das neue mathematische Modell auf Aussterberaten an und berücksichtigt auch zufällige Unterschiede zwischen Individuen, dann sind die Aussterberaten um Größenordnungen höher als Artenschützer bisher angenommen haben. [bv]

- ▶ <http://two.ucdavis.edu/~melbourne>

2010-Biodiversitätsziel**Indikatoren-Partnerschaft**

■ Die 2010-Biodiversitäts-Indikatoren-Partnerschaft (2010 BIP) hat auf ihrem zweiten Treffen Ende Juni in Montreal ihre Entwicklungsrichtung für die nächsten zwei Jahre bis zur zehnten Vertragsstaatenkonferenz (COP 10) der Konvention über die biologische Vielfalt (CBD) festgelegt. Diskutiert wurde über Indikatorengruppen und über die Verknüpfung von Indikatoren verschiedener Bereiche. Die im Juli 2007 gegründete 2010 BIP bringt 40 Organisationen zusammen, die an Indikatoren zur Bewertung der Fortschritte auf dem Weg zum Biodiversitätsziel der CBD arbeiten. Beim sogenannten 2010-Ziel geht es darum, das weltweite Artensterben bis zum Jahr 2010 deutlich zu reduzieren. [bv]

- ▶ [www.twentyten.net](http://www.twentyten.net)

## STADT &amp; REGION

EU-Woche der Regionen**„Open Days“ in Brüssel**

■ Die sechste Europäische Woche der Regionen und Städte findet vom 6. bis 9. Oktober in Brüssel statt. 217 Regionen und Städte aus 32 Ländern haben sich angemeldet, um Orientierung „in einer Welt voller Herausforderungen“ zu finden. Mit 120 Veranstaltungen in Brüssel und 250 lokalen Ereignissen sind die „Open Days“ das wichtigste Treffen von europäischen und regionalen Entscheidungsträgern, Expertinnen und Vertretern von Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Unter anderem geht es um nachhaltige Entwicklung, regionale Antworten auf den Klimawandel und Ideen für die künftige Kohäsionspolitik, die das Entwicklungsgefälle zwischen den EU-Regionen ausgleichen soll. Die Ergebnisse werden dokumentiert und im Frühjahr veröffentlicht. [jg]

- ▶ [www.opendays.europa.eu](http://www.opendays.europa.eu)

## TIERSCHUTZ &amp; ETHIK

## Tierhaltung

**Käfige ade**

■ Der Deutsche Tierschutzbund hat die Entscheidung der großen Einzelhandelsketten gelobt, Eier aus Käfighaltung aus dem Sortiment zu nehmen. Im Juli kündigten auch Aldi-Süd und Edeka an, Käfigeier nicht mehr einkaufen zu wollen. Aldi-Nord hatte sich bereits im Jahr 2004 entschieden, Eier mit der Kennzeichnungsziffer 3 nicht mehr anzubieten, der Discounter Plus hatte 2005 nachgezogen.

Im kommenden Jahr endet die Übergangsfrist für die Haltung von Hühnern in Legebatterien. Betreiber müssen sich dann zwischen Bodenhaltung und sogenannten Kleinvolieren entscheiden. Letztere bieten etwas mehr Platz pro Huhn als die bisherigen Käfige. Nach Branchenangaben haben rund 15 Prozent der Eierproduzenten bereits umgestellt, ein Großteil davon auf die billigeren Volieren. Tierschützer kritisieren, dass die Tiere auch in den Kleinvolieren grundlegende Bedürfnisse und Verhaltensweisen nicht ausleben können. [tt]

- ▶ Deutscher Tierschutzbund, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 60496-0, Fax -41, [www.tierschutzbund.de](http://www.tierschutzbund.de)

## UMWELTPOLITIK &amp; UMWELTRECHT

## EU-Reformvertrag

**Iren machen Brüssel ratlos**

■ Nach dem ablehnenden irischen Referendum über den EU-Reformvertrag vom Juni wollen die Staats- und Regierungschefs der EU-Länder bei ihrem Herbstgipfel am 15. Oktober über das weitere Vorgehen beraten. EU-Ministerrat, -Parlament und -Kommission sind sich einig, dass der Ratifizierungsprozess uneingeschränkt fortgesetzt werden soll. Bisher haben 23 Mitgliedstaaten den Vertrag ratifiziert. Ein Referendum gab es aber nur in Irland.

EU-Parlamentspräsident Hans-Gert Pöttering sagte im Juni, die im Vertrag vorgesehenen Reformen sollten noch vor der nächsten Europawahl im Juni 2009 umgesetzt werden. Ohne sie sei ein Beitritt weiterer Länder kaum denkbar. EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso betonte, alle Beteiligten bräuchten etwas Zeit, um eine Lösung zu finden. [mbu]

- ▶ Schlussfolgerungen des EU-Ministerrats: [www.consilium.eu/uedocs/cms\\_Data/docs/pressdata/de/ec/101359.pdf](http://www.consilium.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/de/ec/101359.pdf)
- ▶ EU-Seite zum Vertrag von Lissabon: [www.europa.eu/lisbon\\_treaty](http://www.europa.eu/lisbon_treaty) (auch deutsch)

## Lobbyistenregister

**Verbände wollen abwarten**

■ Die Allianz für Transparenz ALTER-EU hat das von der EU-Kommission im Juni veröffentlichte Lobbyisten-Register als „schwach und unausgewogen“ abgelehnt. So würden Lobbyisten nicht namentlich registriert. Damit blieben Skandale wie der sogenannte Drehtüreffekt, wenn Kommissionsmitarbeiter gleich nach Ausscheiden aus dem Amt in eine Unternehmensbranche wechseln, unentdeckt. ALTER-EU forderte einen neuen Vorschlag.

Auch das Europäische Umweltbüro EEB hat seinen Mitgliedsorganisationen geraten, die weitere Diskussion im Herbst abzuwarten. Das EEB und weitere Verbände in der Zivilgesellschaftskontaktgruppe CSCG kritisieren, dass für NGOs und Wirtschaftslobbyisten nicht gleiche Regeln gelten. So müssten NGOs ihr gesamtes Budget angeben, während Unternehmen nur den Teil für Lobbyaktivitäten offenlegen müssen. Dadurch wirkten NGOs finanzstärker als Unternehmen. Letztere müssten auch nicht transparent machen, wer ihnen welche Aktivitäten sponsert. [jg]

- ▶ ALTER-EU, Erik Wesselius, Brüssel, Tel. +32 (0)476 / 901587, [www.alter-eu.org](http://www.alter-eu.org)
- ▶ EEB, John Hontelez, Tel. +32 (0)2 / 28910-90, E-Mail: [eeb@eeb.org](mailto:eeb@eeb.org), [www.eeb.org](http://www.eeb.org)

**Nachhaltigkeit**

A-Z

**R wie Raumentwicklung**

»Telefonpreise wie vor 20 Jahren!« – Mit diesem Slogan könnte sich jeder Telekommunikationsanbieter direkt mit dem Insolvenzverwalter verbinden lassen. Vorbei sind die Zeiten der Monopole und teuren Standardtarife. Kupferleitungen, Stromtrassen, Fernwärmerohre werden für private Unternehmen geöffnet, buchhalterisch zerlegt und neu zusammengesetzt, technisch aus- und manchmal auch zurückgebaut. Lesen Sie, wie der Wandel der sogenannten öffentlichen Daseinsvorsorge wissenschaftlich zu bewerten ist und was er den Menschen bringt.

T. Moss, M. Naumann, M. Wissen

**Infrastrukturnetze und Raumentwicklung**

Zwischen Universalisierung und Differenzierung

oekom verlag, München 2008, Ergebnisse Sozial-ökologische Forschung Band 10  
339 Seiten, 34,90 EUR, ISBN 978-3-86581-117-2

Erhältlich bei

[www.oekom.de](http://www.oekom.de)

[oekom@de.rhenus.com](mailto:oekom@de.rhenus.com)

Fax +49/(0)81 91/970 00-405

Die guten Seiten der Zukunft

**oekom**  
verlag



## EU-Ratspräsidentschaft – Rückblick

### Noten für Sloweniens Umweltpolitik

■ Zum Abschluss der sechsmonatigen slowenischen EU-Ratspräsidentschaft im Juni hat das Europäische Umweltbüro (EEB) deren Umweltfreundlichkeit anhand der traditionellen „Zehn Grünen Prüfsteine“ bewertet. Der Dachverband kam zu einem gemischten Resultat.

Lob gab es für das Vortreiben des Klima- und Energiepakets. Eine Einigung zwischen EU-Parlament und Ministerrat sei nun in Sicht und die Gesetze könnten noch 2008 verabschiedet werden. Die EU werde so zum Vorreiter bei den UN-Klimaverhandlungen 2009 in Kopenhagen, so das EEB. Positiv sei auch, dass Slowenien die Biodiversität trotz der dominanten Klimadebatte auf die Agenda setzen konnte.

Andererseits habe die slowenische Präsidentschaft keine sichtbaren Anstrengungen für die 2007 vom Umweltministerrat blockierte Bodenschutzrichtlinie unternommen. Kritik übte das EEB auch an der drastischen Verwässerung der Abfall-Rahmenrichtlinie. Im Internet hat das EEB eine ausführliche Bewertung veröffentlicht.

[mv]

► [www.eeb.org](http://www.eeb.org)

## EU-Ratspräsidentschaft – Vorausschau

### Umweltverbände schicken Frankreich zum Ökotest

■ Am 1. Juli hat Frankreich für sechs Monate den Vorsitz im EU-Ministerrat und bei den Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs (Europäischer Rat) übernommen. Klima, Umwelt, Zuwanderung, Lebensmittelsicherheit, Gesundheit, Wirtschaft und Finanzen sind die Bereiche, für die sich die französische Regierung verstärkt einsetzen will. Sie arbeitet dabei eng mit den beiden folgenden Ratspräsidentschaften Tschechien und Schweden in der sogenannten Troika zusammen.

Das Europäische Umweltbüro (EEB) beobachtet zusammen mit seinen französischen Mitgliedsverbänden die Leistungen der Ratspräsidentschaft in zehn umweltpolitischen Schwerpunktbereichen. „Frankreich muss zeigen, dass die EU es ernst meint mit ihren Klimaschutz- und Biodiversitätszielen“, sagte EEB-Generalsekretär John Hontelez. Darüber hinaus müssten Umweltkriterien für Biokraftstoffe sowie die Weiterführung der Bodenschutzrichtlinie auf die Tagesordnung.

Die „Zehn Grünen Prüfsteine“ sind:

- 20 Prozent erneuerbare Energien anstreben, Energieeffizienz fördern, CO<sub>2</sub>-Speicherung streng regeln;
- vorbildlichen Klimaschutz durchsetzen, etwa ein 30-Prozent-Minderungsziel;
- die Umwelt negativ beeinflussende Biokraftstoffproduktion verhindern;
- Verkehrs-Umwelteffekte reduzieren;
- ökologische Agrarwirtschaft fördern;
- Konsum- und Produktionsmuster tatsächlich nachhaltig gestalten;
- eine abgestimmte Politik gegen industrielle Verschmutzung betreiben;
- an der Bodenschutzrichtlinie weiterarbeiten;
- den Zugang zu Gerichten fördern;
- weltweit die Nutzung von Quecksilber reduzieren.

Auch die Naturschutzorganisation BirdLife International veröffentlichte Forderungen an die französische Präsidentschaft. BirdLife fordert mehr Einsatz für das EU-Biodiversitätsziel, bis 2010 den Verlust an Arten zu stoppen. Außerdem soll sich Frankreich für Schutzgebiete in den EU-Überseegebieten einsetzen, den Haushalt ökologischer machen und die Agrarpolitik endlich umweltfreundlich gestalten. Erneuerbare Energien dürften nur gefördert werden, wenn die Ökosysteme geschützt blieben. Außerdem fordert BirdLife den Schutz der Meeresbiodiversität.

Alle Forderungen können ausführlich im Internet nachgelesen werden. [jg]

- Französische Präsidentschaft: [www.eu2008.fr](http://www.eu2008.fr)
- EEB-Prüfsteine: [www.eeb.org/010708-France10tests-PR-FINAL.pdf](http://www.eeb.org/010708-France10tests-PR-FINAL.pdf)
- BirdLife-Forderungen: [www.eu-koordination.de/PDF/Birdlife-Umweltcheck\\_frzPraes08.pdf](http://www.eu-koordination.de/PDF/Birdlife-Umweltcheck_frzPraes08.pdf)

## Nachhaltige Produktion und Konsum

### EU legt Aktionsplan vor

■ Damit Produkte umweltfreundlicher und energiesparender werden, hat die EU-Kommission einen Aktionsplan vorgelegt. Er sieht eine neue Produktpolitik, eine schlankere Produktion und die weltweite Förderung der Nachhaltigkeit von Produktion und Verbrauch vor. Das Paket enthält eine Ausweitung der Ökodesignrichtlinie (siehe S. 15), eine Mitteilung zur öffentlichen Beschaffung (S. 22), eine Überprüfung des EU-Umweltzeichens (S. 16) und die Überarbeitung des Umweltmanagementsystems EMAS (S. 27). Dazu kommen weitere Maßnahmen wie die Förderung von Ressourceneffizienz und Öko-Innovation oder die Entwicklung umweltindustriepolitischer Initiativen.

Das Europäische Umweltbüro (EEB) kritisierte, das Paket sei ungeeignet, den ökologischen Fußabdruck Europas zu verringern. Freiwillige Vereinbarungen und Regelungen dominierten. Das verhindere ein Umdenken in Richtung substanzieller Änderungen. Ein von der Kommission vorgeschlagenes Einzelhandelsforum nannte das EEB unverbindlich. Nur die Durchsetzung des Verursacherprinzips in Handel und Industrie bringe echte Nachhaltigkeit in Produktion und Verbrauch.

Das Bundesumweltministerium (BMU) begrüßte den Aktionsplan der Kommission, besonders die Ausweitung der Ökodesignrichtlinie und die Ziele für öffentliche Beschaffung. Dagegen sieht das Ministerium bei der Umweltzeichen-Revision den „Ansatz einer Selbstdeklaration der Hersteller mit späterer stichprobenartiger Überprüfung als problematisch an“. Zur Überarbeitung von EMAS will das BMU Verbesserungsvorschläge „aus unserer bewährten deutschen Praxis“ machen. [jg]

- [www.europa.eu/rapid/](http://www.europa.eu/rapid/) (Reference IP/08/1154)
- EU-Themenseiten (engl.): Nachhaltige Industriepolitik sowie Konsum- und Produktionsmuster [www.ec.europa.eu/enterprise/environment/sip\\_en.htm](http://www.ec.europa.eu/enterprise/environment/sip_en.htm) sowie [www.ec.europa.eu/environment/eusd/escp\\_en.htm](http://www.ec.europa.eu/environment/eusd/escp_en.htm)
- EEB, Doreen Fedrigo, Brüssel, Tel. +32 (0)2 / 2891304; E-Mail: [doreen.fedrigo@eeb.org](mailto:doreen.fedrigo@eeb.org)

EU-Umweltpolitik**Ungeliebtes Umweltrecht**

■ Das Jahr 2007 war für die EU-Kommission ein „Wendepunkt in der Umweltpolitik“. Zu dieser Bewertung kommt Umweltkommissar Stavros Dimas in seinem jahrespolitischen Rückblick. Die Hauptaufgaben des sechsten Umweltaktionsprogramms seien erfüllt. Allerdings geschehe die Umsetzung des Umweltrechts oft langsam und unvollständig. Mehr als ein Fünftel der Ende 2007 offenen Vertragsverletzungsverfahren standen Dimas zufolge mit der Umweltpolitik in Verbindung. In den nächsten beiden Jahren wolle die Kommission die EU-Mitgliedstaaten und ihre Behörden stärker bei der Umsetzung unterstützen, unter anderem durch bessere Leitlinien, mehr Informationsaustausch und bessere Schulung. [jg]

- ▶ Rückblick 2007: [www.ec.europa.eu/environment/policyreview.htm](http://www.ec.europa.eu/environment/policyreview.htm)

Öffentliche Beschaffung**Behördeneinkäufe bald zur Hälfte umweltfreundlich**

■ Die EU-Kommission hat ein Politikprogramm für mehr umweltfreundliche öffentliche Beschaffung (Green Public Procurement – GPP) vorgelegt. Sie schlägt vor, dass bis 2010 mindestens die Hälfte aller öffentlichen Einkäufe und Aufträge den gemeinsam zu beschließenden GPP-Kriterien entsprechen sollen. Diese beziehen sich zunächst auf die Bereiche Bauwirtschaft, Nahrungsmittel, Verkehr, Energie, Bürogeräte, Textilien, Papier und Druck, Möbel, Reinigungsmittel und -dienste sowie Ausrüstung im Gesundheitswesen.

Die Kriterienvorschläge sollen die EU-Mitgliedstaaten bis Ende 2008 annehmen und in nationale Aktionspläne einarbeiten. Die Mitteilung der EU-Kommission, in der freiwillige Aktionen ausgearbeitet sind, richtet sich an den EU-Ministerrat und an das Parlament. Diese wiederum sollen sich für eine Gemeinschaftsmethode zur

Entwicklung von GPP-Kriterien sowie für das politische Ziel und die empfohlenen Instrumente für bessere GPP einsetzen. Kriterien und Instrumente sollen dann möglichst verbindlich sein.

Werden die Vorschläge umgesetzt, dürfen öffentliche Behörden keine Produkte mehr kaufen, die nicht einer bestimmten Energieklasse entsprechen. Den Maßstab will die Kommission so gesetzt sehen, dass er „das Potenzial öffentlicher Beschaffung zur Stimulierung des Marktes maximiert“ und außerdem garantiert, dass die finanzielle Belastung der öffentlichen Hand „im Durchschnitt“ nicht steigt. [jg]

- ▶ Mitteilung der Kommission: [www.ec.europa.eu/environment/gpp/pdf/com\\_2008\\_400.pdf](http://www.ec.europa.eu/environment/gpp/pdf/com_2008_400.pdf)
- ▶ Hintergrund: [www.ec.europa.eu/environment/gpp](http://www.ec.europa.eu/environment/gpp)

Naturschutzrecht**Grundsatzurteil zu Ausgleichsmaßnahmen**

■ Das Oberverwaltungsgericht Schleswig hat im Juni ein Grundsatzurteil zu Ausgleichsflächen bei Bauvorhaben gefällt. Dabei ging es um das Mühlenberger Loch in der Elbbucht, das ab 2001 teilweise der Erweiterung des Hamburger Airbuswerks weichen musste. Als Ausgleich sollte unter anderem die Haseldorfer Marsch für den Tideeinfluss der Elbe geöffnet werden. Dagegen klagten NABU und BUND und bekamen jetzt Recht. Ein EU-Vogelschutzgebiet wie die Haseldorfer Marsch scheidet als Ausgleichsfläche aus, so das Gericht. Die Zerstörung eines europäischen Naturschutzgebietes könne nicht dadurch ausgeglichen werden, dass ein anderes aufgewertet wird.

Sieben Jahre nach der Zuschüttung des Mühlenberger Lochs, eines wertvollen Süßwasserwatts, hat damit immer noch kein Ausgleich stattgefunden, obwohl dies nach EU-Recht bereits mit Projektbeginn geschehen soll. [jg]

- ▶ NABU, Neumünster, Tel. +49 (0)4321 / 953073, [www.schleswig-holstein.nabu.de](http://www.schleswig-holstein.nabu.de)

Parteilpolitik**CDU mit Kernziel Klimaschutz**

■ Im Juni hat der Bundesvorstand der CDU ein Umweltkonzept mit dem Titel „Bewahrung der Schöpfung: Klima-, Umwelt- und Verbraucherschutz“ vorgelegt. Es soll Anfang Dezember in Stuttgart beim Parteitag angenommen werden. Klimaschutz wird in der Vorlage als Kernziel bezeichnet. So soll daran festgehalten werden, bis 2020 den CO<sub>2</sub>-Ausstoß um 40 Prozent gegenüber 1990 zu senken. Im gleichen Zeitraum soll sich die gesamtwirtschaftliche Energieproduktivität verdoppeln. Bis 2020 soll Deutschland „den effizientesten Kraftwerkspark der Welt haben“.

Die CDU will aber an einem „breit gefächerten Energiemix“ festhalten. Dabei könne „auf absehbare Zeit auf den Beitrag der Kernenergie zur Stromerzeugung in Deutschland nicht verzichtet werden“. Für „sichere Kernkraftwerke“ soll eine Laufzeitverlängerung möglich sein.

Das 26-seitige Konzept enthält auch Ziele für Naturschutz, Mobilität und weitere Bereiche. Das UN-Umweltprogramm UNEP soll zu einer eigenständigen Umweltorganisation weiterentwickelt werden. Die Naturschutzpolitik soll „innovativ und flexibel“ sein, wobei „mehr als bislang auch die sozialen und wirtschaftlichen Bedürfnisse der Menschen in den betroffenen Gebieten“ berücksichtigt werden sollen. Den Flächenverbrauch wollen die Christdemokraten bis 2020 auf 30 Hektar pro Tag reduzieren.

Ansonsten setzt die Partei auf marktwirtschaftliche Instrumente. Sie befürwortet die Privatisierung der Bahn ebenso wie Public-Private-Partnership-Modelle bei der Anpassung an den Klimawandel, etwa im Hochwasserschutz. Im Abfallbereich sollen stoffliche und „energetische Verwertung“ gleichwertig sein. In der Mobilität setzt die CDU auf die Wasserstofftechnik und auf Biokraftstoffe der zweiten Generation. Sie lehnt ein Tempolimit ab, will aber den Radverkehr stärken. [jg]

- ▶ CDU-Umweltkonzept: [www.cdu.de/doc/pdfc/080623-beschluss-buvo-klima-umwelt-verbraucher.pdf](http://www.cdu.de/doc/pdfc/080623-beschluss-buvo-klima-umwelt-verbraucher.pdf)

## VERKEHR &amp; TOURISMUS

## Pkw-Werbung

**Sprit fressen und schweigen**

■ Nach Ansicht des BUND verstoßen fünf deutsche Autokonzerne gegen eine EU-Richtlinie zur Kennzeichnung. Diese sieht vor, dass jede Autowerbung Spritverbrauch und CO<sub>2</sub>-Emissionen angeben muss. Dies fehle jedoch in den Anzeigen von Mercedes, BMW, VW, Ford und Opel, so der BUND. Das verstoße gegen EU-Recht und gegen das deutsche Verbraucherinformationsgesetz und beschränke die Möglichkeit für KundInnen, sparsamere Autos zu kaufen. Der Umweltverband reichte Ende Juni Beschwerde bei der EU-Kommission ein.

Auch der VCD kritisierte die Autoindustrie. Bei den meisten Herstellern seien spritsparende Fahrzeuge nur Nischenmodelle. Dabei stieg nach Angaben der Automobilindustrie im ersten Halbjahr 2008 in Deutschland die Nachfrage nach Kleinwagen um 27 Prozent. [mbu]

- BUND, Verkehrsexperte Werner Reh, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 275864-35, [www.bund.net/verkehr](http://www.bund.net/verkehr)

## Straßennutzungsgebühren I

**EU will Ökomaut für Laster**

■ Die EU-Kommission will den Mitgliedstaaten ermöglichen, eine Umweltmaut für schwere Lkws zu erheben. Mit den Einnahmen sollten verkehrsbedingte Umweltschäden und Staus beseitigt werden, sagte EU-Verkehrskommissar Antonio Tajani im Juli in Straßburg. Dafür muss allerdings die Eurovignetten-Richtlinie geändert werden, was die Zustimmung von EU-Parlament und Ministerrat erfordert. Die Kommission will die Spediteure dazu bringen, umweltfreundlichere Fahrzeuge zu kaufen und ihre Logistik zu verbessern. [mbu]

- EU-Kommission, Verkehr, Brüssel, Tel. +32 (0)2 / 2981500, Fax 2999, [www.ec.europa.eu/transport](http://www.ec.europa.eu/transport)

## Straßennutzungsgebühren II

**Höhere Lkw-Maut ab 2009**

■ Lkw-Fahrer auf deutschen Straßen müssen voraussichtlich im kommenden Jahr teilweise deutlich mehr Mautgebühren zahlen als bisher. Die Bundesregierung beschloss im Juni, den Kilometerpreis von durchschnittlich 13,5 auf 16,3 Cent anzuheben. Die Gebühren sollen nicht einheitlich steigen, sondern gestaffelt nach Größe und Umweltfreundlichkeit der Lastwagen. Damit sollen die Speditionen einen Anreiz erhalten ihre Fahrzeugflotte umzustellen.

Die erwartete Zusatzeinnahme von knapp einer Milliarde Euro soll zur Hälfte für den Straßenbau, zu drei Achteln für das Schienennetz und zu einem Achtel für die Binnenwasserstraßen verwendet werden. Rund 38 Prozent der Mautgebühren kommen von ausländischen Spediteuren. 2007 nahm die Bundesregierung durch die Lkw-Maut rund 3,4 Milliarden Euro ein. Der Bundesrat muss der Mauterhöhung noch zustimmen. [mbu]

- Bundesverkehrsministerium, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 2008-2040, [www.bmvbs.bund.de](http://www.bmvbs.bund.de)

## Güterverkehr

**Grünes Licht für Masterplan**

■ Im Juli hat die Bundesregierung den Masterplan Güterverkehr und Logistik von Verkehrsminister Wolfgang Tiefensee gebilligt. Hauptziel des milliardenteuren Projekts ist es, den Verkehrsinfarkt zu stoppen. Um Dauerstaus auf deutschen Straßen zu verhindern, sollen die Baustellenzeiten verkürzt, Verkehrsleitsysteme ausgebaut und ab 2010 die Mautregeln für schwere Lastkraftwagen weiter verschärft werden. So soll es dann eine strecken- und tageszeitbezogene Straßennutzungsgebühr geben. Das würde Fahrten in Ballungsgebieten zwischen sechs und neun Uhr verteuern.

Aktuelle Studien prognostizieren bis zum Jahr 2025 eine Zunahme des Güterverkehrs um rund 70 Prozent. Bereits heute ist der Verkehr für gut 20 Prozent der CO<sub>2</sub>-

Emissionen verantwortlich und verbraucht rund 70 Prozent des Mineralöls. Künftig sollen deshalb mehr Waren mit Zügen statt mit dem Lkw befördert werden. Dazu soll eine für 2009 geplante Mauterhöhung beitragen (siehe nebenstehenden Text). Derzeit werden 70 Prozent der Güter auf der Straße transportiert, 18 Prozent mit der Bahn und zwölf Prozent auf Wasserwegen. [mbu]

- Bundesverkehrsministerium, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 2008-2040, [www.bmvbs.bund.de](http://www.bmvbs.bund.de)

## Abgasgrenzwerte

**Strengere Euro-VI-Norm soll eher gelten**

■ Der Umweltausschuss des Europäischen Parlaments drängt darauf, die Euro-VI-Abgasnormen für neu zugelassene Lkws und Busse bereits im Januar 2014 einzuführen. Der Gesetzesvorschlag der EU-Kommission sieht den Start neun Monate später vor. Nach diesem Termin will das Parlament Unternehmen zwölf Monate Zeit geben, um Fahrzeuge zu erneuern, die nicht den Standards entsprechen. Hierfür hatte die Kommission 18 Monate veranschlagt. Der Zeitplan ist ein Kompromiss zwischen Kommission und Parlament.

Der Umweltausschuss stimmte außerdem zu, den Grenzwert für den Stickoxid-Ausstoß von 400 Milligramm pro Kilowattstunde Energieverbrauch (mg/kWh) auf 500 mg/kWh zu erhöhen. Dies sei nötig, um Technologien zuzulassen, die den CO<sub>2</sub>-Ausstoß um die Hälfte reduzieren könnten. Abgelehnt hat der Ausschuss jedoch einen Parlamentsvorschlag, den erlaubten Feinstaubausstoß von zehn auf fünf mg/kWh zu halbieren. Zudem verlangte er, dass auch die Aufnahme weiterer Schadstoffe in die Euro-VI-Regelung dem Mitentscheidungsverfahren unterliegt. (Siehe Kommentar auf der folgenden Seite.) [mbu]

- [www.europarl.eu/comparl/envi/default\\_en.htm](http://www.europarl.eu/comparl/envi/default_en.htm)
- EU-Gesetzgebungsverfahren: [www.kurzlink.de/mitentscheidung](http://www.kurzlink.de/mitentscheidung)

## Konservative und Liberale wirbeln Feinstaub auf

Konservative und Liberale im Europäischen Parlament fördern Waldsterben und Atemwegserkrankungen. Das zeigte sich bei der Abstimmung über die Lkw-Schadstoffnorm Euro VI im Umweltausschuss des Europäischen Parlaments am 15. Juli.

Als 2005 die Feinstaubrichtlinie in Kraft trat, wurde einer breiteren Öffentlichkeit die gesundheitliche Gefahr des Feinstaubes bewusst. Vor allem die Atemwege leiden unter der steten Belastung mit Dieselruß und anderen Bestandteilen des Feinstaubes. Die Kommunen agieren eher halbherzig und versuchen mit Umweltzonen, das Problem zu bewältigen. Die Zufahrtsbeschränkungen sind aber so lasch ausgestaltet, dass kaum mit merkbareren Verminderungen von Feinstaub zu rechnen ist. Lediglich in der Hauptstadt Berlin ist ab 2010 die Zufahrt nur mit grüner Plakette vorgesehen, was viele Besitzer von Kleintransportern und Lkws zur Nachrüstung oder Neuanschaffung sauberer Fahrzeuge bewegen wird.

Die wirkungsvollste Maßnahme zur Bekämpfung des Feinstaubes ist die Vermeidung oder Filterung an der Quelle. Genau dafür könnten die derzeit im Europaparlament diskutierten Euro-VI-Grenzwerte für schwere Nutzfahrzeuge etwas bringen. Werden die Grenzwerte für Fahrzeuge ab 2,61 Tonnen entsprechend gesetzt, dann sind sie für Dieselfahrzeuge nur durch geschlossene Partikelfilter zu erreichen. Diese filtern weit über 90 Prozent des Feinstaubes aus den Abgasen. Anspruchsvolle Grenzwerte für Lkws sind auch das Ziel der Lobbyarbeit des Verkehrsclubs Deutschland (VCD) und der europaweiten Dachverbände Transport & Environment (T&E) und Europäisches Umweltbüro (EEB).

Dem Umweltausschuss des Europäischen Parlaments hatte als Berichterstatter der deutsche Abgeordnete Matthias Groote (SPD) einen im Vergleich zum Gesetzesvorschlag der EU-Kommission anspruchsvollen Entwurf vorgelegt. Kernpunkte waren ein gegenüber der Kommission von zehn auf fünf Milligramm pro Kilowattstunde (mg/kWh) gesenkter Grenzwert für die Partikelmasse, das Vorziehen der Wirksamkeit um ein halbes Jahr und die Festlegung eines Grenzwertes für die Partikelzahl – zur Begrenzung des Ultrafeinstaubes – spätestens am 1. April 2009.

Dieses sinnvolle Maßnahmenpaket wurde am 15. Juli unter Führung der Abgeordneten Anja Weisgerber (CSU) von einer konservativ-liberalen Mehrheit abgelehnt. Der Umweltausschuss beschloss einen Grenzwert für die Partikelmasse von 10 mg/kWh – wie im Kommissionsentwurf. Das ist teilweise auch mit offenen Partikelfiltern erreichbar. Außerdem soll die Verordnung erst am 1. Januar 2014 in Kraft treten. Wenigstens der wichtigen Regelung zur Partikelzahl stimmte der Ausschuss zu.

Der Grenzwert für Stickoxide (NO<sub>x</sub>) wurde auf Antrag von Anja Weisgerber von 400 auf 500 mg/kWh heraufgesetzt. Die abenteuerliche Begründung dafür: Diese „unbedeutende Erhöhung“ könne den CO<sub>2</sub>-Ausstoß um bis zu 50 Prozent verringern. Zwar gibt es tatsächlich einen Zusammenhang zwischen NO<sub>x</sub> und CO<sub>2</sub>, er ist jedoch in seinem Ausmaß erheblich geringer und macht höchstens fünf Prozent aus. NO<sub>x</sub> ist aber die wichtigste Vorläufersubstanz für bodennahes Ozon und trägt zum Waldsterben bei.

Konservative und Liberale lassen Kommunen und Betroffene mit dem Feinstaubproblem allein. Aus rein ökonomischen Erwägungen blockieren sie eine wirkungsvolle europäische Luftreinhaltepolitik und sorgen für mehr bodennahes Ozon, Waldsterben und Atemwegserkrankungen.

Die Debatte um die Lkw-Grenzwerte ist noch nicht zu Ende. Ein angemessener Grenzwert für die Partikelzahl könnte noch ausreichen, um den geschlossenen Partikelfilter zum Standard zu machen. Diese Zahl soll aber allein von der EU-Kommission in den Durchführungsmaßnahmen festgelegt werden. Die Abstimmung über den Euro-VI-Entwurf im Parlament ist für den 1. September angesetzt. Ob das Plenum dem Votum seines Umweltausschusses folgt, ist keinesfalls ausgemacht. Danach muss sich der Ministerrat damit befassen. Diese Termine werden die Verbände für intensive Lobbyarbeit nutzen.

[Kommentar: Heiko Balsmeyer]

Heiko Balsmeyer ist Verkehrsreferent beim Verkehrsclub Deutschland (VCD).

Kontakt: Tel. +49 (0)30 / 280351-19, Fax -10, E-Mail: heiko.balsmeyer@vcd.org, www.vcd.org

## Ökobilanzen im Tourismus

### Fernreisen heizen Erde auf

Der WWF hat Reisende aus Deutschland aufgefordert, ein größeres Bewusstsein für die Auswirkungen ihrer Touren auf Umwelt und Klima zu entwickeln. Nach einer Studie des Öko-Instituts für die Umweltorganisation hängen diese Folgen stark vom Ziel der Reise und vom Transportmittel ab. So verursache der vierzehntägige Luxusurlaub von zwei Personen in Mexiko fast dreißig Mal so hohe CO<sub>2</sub>-Emissionen wie ein gleich langer Familienurlaub auf Rügen. Übersee Flüge haben laut Studie die schlechteste Ökobilanz.

Von Reiseveranstaltern und Fluggesellschaften fordert der WWF nun mehr Transparenz. Sie sollten den CO<sub>2</sub>-Ausstoß ihrer Angebote in ihren Prospekten deutlich ausweisen. Die entstehenden Treibhausgase sollten durch Klimaschutzprojekte kompensiert werden, die dem sogenannten Gold Standard entsprechen. Derzeit verursacht der Tourismus nach Branchenangaben etwa fünf Prozent der globalen Kohlendioxidemissionen. [mbu]

► Studie: [www.wwf.de/presse/details/news/reisefieber\\_eraermt\\_klima](http://www.wwf.de/presse/details/news/reisefieber_eraermt_klima)

## Inlandstourismus

### Kein Fahrradtest im ICE

Offenbar ist die Deutsche Bahn AG nicht bereit, die Mitnahme von Fahrrädern im ICE auf einer Teststrecke zu erproben. Das sagte der Präsident des Deutschen Tourismusverbandes (DTV) Reinhard Meyer Ende Juni. Zuvor wurde das Thema im Tourismusausschuss des Bundestages diskutiert. Die Ausschussmitglieder zeigten sich ebenso wie der DTV irritiert über die Haltung von Bahnchef Hartmut Mehdorn. Im April hatte Bundesjustizministerin Zypries angekündigt, gemäß EU-Recht die Fahrradmitnahme im ICE zu ermöglichen (umwelt aktuell 06.08, S. 26). [mbu]

► DTV, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 98522-0, Fax -28, [www.deutschertourismusverband.de](http://www.deutschertourismusverband.de)



## WASSER &amp; MEERE

## Flusspolitik

**Saale-Elbe-Kanal ist Unsinn**

■ Der vom Bundesverkehrsministerium und dem Land Sachsen-Anhalt geplante Saale-Elbe-Kanal ist laut einem vom BUND in Auftrag gegebenen Gutachten weder wirtschaftlich noch ökologisch zu rechtfertigen. Die bisherigen Planungen für den Kanal gehen von einem amtlichen Nutzen-Kosten-Verhältnis von 2,3 aus. Das vom Wirtschaftswissenschaftler Ulrich Zabel von der Universität Halle-Wittenberg erstellte Gutachten kommt auf nur 0,69. Ein derart geringer Nutzen im Vergleich zu den hohen Kosten zwingt das Bundesverkehrsministerium dazu, das Projekt umgehend zu stoppen, so der BUND. Derzeit ist es mit 80 Millionen Euro als „vordringliches Projekt“ im Bundesverkehrswegeplan aufgeführt. Sollte das Projekt nicht gestoppt werden, will der Verband den Bundesrechnungshof einschalten und die Verschwendung der Steuergelder anprangern. Allein für die Planung sind nach BUND-Angaben rund zehn Millionen Euro veranschlagt. [bv]

- BUND-Elbeprojekt, Ernst Paul Dörfler, Tel. +49 (0)178 / 1617800, [www.elbeinsel.de](http://www.elbeinsel.de)

## Umweltbildung

**Wasserwissen**

■ In der Ausstellung „WasserWissen“ zeigen die Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU) und die Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall „die wunderbare Welt des Wassers“. Die kostenlose Schau richtet sich an Schüler ab der siebten Klasse und an interessierte Laien. Sie ist bis Oktober 2009 in Osnabrück zu sehen und kann dann als Wanderausstellung ausgeliehen werden. [bv]

- DBU, E-Mail: [ausstellung-dbu@dbu.de](mailto:ausstellung-dbu@dbu.de), Tel. +49 (0)541 / 9633941, [www.wasser-wissen.net](http://www.wasser-wissen.net)

## Radioaktive Einleitungen

**Tritium im Abwasser**

■ Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) untersucht die radioaktive Einleitung von Tritium durch verschiedene Atomkraftwerke. Selbst die „angebliche Hightech-Ausstattung“ der Kraftwerksbetreiber könne das radioaktive Tritium nicht aus dem Kühlwasser entfernen, so der Verband. Der Krebs erregende radioaktive Stoff werde in die Flüsse eingeleitet. Die amtliche Kinderkrebsstudie KiKK hatte im vergangenen Jahr nachgewiesen, dass radioaktive Emissionen, die im Normalbetrieb der Atomkraftwerke auftreten, sehr wahrscheinlich für Krebserkrankungen von Kleinkindern im Kraftwerkumfeld verantwortlich sind (umwelt aktuell 02.08, S. 14). Das bundesweite BBU-Projekt „Tritiumbelastung der Gewässer“ will nun eigene Messungen durchführen und die Ergebnisse veröffentlichen. [bv]

- BBU, Projekt Tritiumbelastung, Harald Gülzow, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 214032, E-Mail: [guelzow@bbu-bonn.de](mailto:guelzow@bbu-bonn.de), [www.bbu-online.de](http://www.bbu-online.de)
- [www.kurzlink.de/elbmarsch](http://www.kurzlink.de/elbmarsch)

## Wasserqualität I

**Normen für saubere Gewässer**

■ Mitte Juni hat das Europäische Parlament in zweiter Lesung die mit dem EU-Ministerrat erzielte Einigung zur Richtlinie über Umweltqualitätsnormen in der Wasserpolitik angenommen. Die neue Richtlinie soll fünf existierende Richtlinien ersetzen und gleichzeitig die Berichterstattung von WISE, dem neuen Wasserinformationssystem für Europa, vereinfachen. Sie soll Flüsse, Seen und Küstengewässer besser vor der Verschmutzung durch eine Reihe chemischer Stoffe schützen.

Dazu sollen für 33 „prioritäre Stoffe“, darunter 13 „gefährliche“, harmonisierte Umweltqualitätsnormen (UQN) aufgestellt werden. Die UQ-Normen basieren auf einer Höchstkonzentration und einem Jahresdurchschnitt von Schadstoffwerten, die in der EU einheitlich sind. Die 13 als

gefährlich eingestuften Stoffe müssen in den nächsten 20 Jahren aus dem Verkehr gezogen werden. Darunter sind Schwermetalle wie Quecksilber und Kadmium. Bis 2009 müssen die Mitgliedstaaten zudem eine Bestandsaufnahme der Emissionen, Einleitungen und Verluste in Flussgebieten ihrer Länder vornehmen. Damit wird später der Fortschritt bei der Beseitigung gemessen. 2018 soll ein Statusbericht vorgelegt werden.

Die Richtlinie ist die letzte größere Rechtsvorschrift, die für die Vollendung der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) noch erforderlich war. Hauptziel der WRRL ist ein „guter Zustand“ aller europäischen Gewässer spätestens im Jahr 2015. [bv, mbu]

- [www.europa.eu/rapid/](http://www.europa.eu/rapid/) (IP/08/958)

- WISE: [www.water.europa.eu](http://www.water.europa.eu)

## Wasserqualität II

**Meeresrichtlinie in Kraft**

■ Seit Mitte Juli ist die Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie der EU in Kraft. Die Richtlinie verpflichtet die Mitgliedstaaten, bis 2017 einen „guten Zustand“ der Meeresumwelt zu erreichen und die dafür notwendigen Regelungen zu treffen. Sie reagiert auf den Klimawandel und sieht Maßnahmen der EU wie auch der Mitgliedstaaten vor. Die EU-Staaten müssen die Richtlinie bis Mitte 2010 in nationales Recht umsetzen. [bv]

- [www.eur-lex.eu/RECH\\_naturel.do](http://www.eur-lex.eu/RECH_naturel.do) (2008/56)

## Hochseeschutz

**Riesiges Atlantikschutzgebiet**

■ Entlang des Mittelatlantischen Rückens, der sich vom Nordpol bis fast an den Südpol erstreckt, soll eines der größten Meeresschutzgebiete der Welt entstehen. Das gaben die 15 Staaten des Oslo-Paris-Abkommens (OSPAR) zur Bewahrung des Nordostatlantik Ende Juni im französischen Brest bekannt. Das artenreiche, ►

300.000 Quadratkilometer große Schutzgebiet liegt auf halber Strecke zwischen Island und den Azoren. Es erfüllt die im Mai von der UN-Biodiversitätskonferenz in Bonn verabschiedeten Kriterien für den Hochseeschutz. Dort sollen menschliche Eingriffe wie die zerstörerische Schleppnetzerei unterbunden werden. Der Mittelatlantische Rücken ist neben einem kleineren Gebiet im Mittelmeer weltweit das zweite Schutzgebiet außerhalb nationaler Gewässer. [bv]

- ▶ WWF, Stephan Lutter, Hamburg, Tel. +49 (0)40 / 530200122, E-Mail: stephan.lutter@wwf.de

#### EU-Fischereipolitik I

### Kabeljau-Kollaps

■ Der Internationale Rat zur Erforschung der Meere (ICES) hat Ende Juni empfohlen, den Kabeljaufang in der Nordsee komplett einzustellen, bis der Bestand sich erholt. Der WWF appellierte an die Fischereiminister der EU, die Warnungen der Wissenschaftler endlich ernst zu nehmen. [bv]

- ▶ [www.ices.dk](http://www.ices.dk)
- ▶ [www.wwf.de](http://www.wwf.de)

#### EU-Fischereipolitik II

### Etwas Schutz für Ökosysteme

■ Die europäischen Fischereiminister haben Ende Juni Vorschlägen der EU-Kommission zum Schutz gefährdeter Meeresökosysteme zugestimmt. Der Ministerrat nahm eine Verordnung an, die illegale Fischerei einschränken und Fischereigenehmigungen einheitlich regeln soll. Neue Regeln gelten für EU-Fangschiffe außerhalb europäischer Gewässer, für nichteuropäische Schiffe in EU-Gewässern sowie für die Verteilung bisher unberührter Fischgründe. Bei Überschreitung der Fangquoten sind Sanktionen möglich.

Auch eine Einigung über eine Verordnung zur Regulierung von Fischereiaktivitäten in wertvollen Hochsee-Ökosystemen wurde erzielt. Fischfang wird dort nur erlaubt, wenn wissenschaftlich erwiesen ist, dass er keinen Schaden anrichtet. Bodenfängergeräte sind genehmigungspflichtig. Auf allen Schiffen müssen Beobachter zugelassen werden.

Nach einem Jahr sollen die Regelungen überprüft werden. Greenpeace begrüßte die Beschlüsse, nannte sie aber nicht weitreichend genug. [bv]

- ▶ [www.kurzlink.de/pm-sl-fischerei](http://www.kurzlink.de/pm-sl-fischerei)
- ▶ [www.greenpeace.org](http://www.greenpeace.org)

#### Gasversorgung

### Wer haftet für Ostseepipeline?

■ Das Europäische Parlament hat im Juli eine unabhängige strategische Umweltprüfung der geplanten Ostsee-Gaspipeline durch den Betreiber Nord Stream gefordert. Nord Stream führt eine strategische Umweltprüfung nach dem Espooer UN-Übereinkommen durch, beteiligt aber Polen und die baltischen Staaten nicht. Dies fordert nun das EU-Parlament. Lehnt die EU-Kommission das Betreibergutachten ab, könnte sie beim Europäischen Gerichtshof beantragen, das Projekt zu stoppen. Die Abgeordneten forderten außerdem die Übernahme der vollständigen Umwelthaftung durch Nord Stream vor Baubeginn. Die Pipeline könne zu Problemen für die Ostseestaaten und zu verheerenden Auswirkungen auf die Meeresumwelt führen.

Die Ostseepipeline soll russisches Gas direkt nach Deutschland transportieren. Der Baubeginn ist für 2010, die Fertigstellung Ende 2011 geplant. Beteiligt sind der russische Konzern Gazprom sowie BASF, Eon, Ruhrgas und die niederländische Gasunie. [bv]

- ▶ [www.europarl.eu](http://www.europarl.eu) (Aktuelles – 08.07.2008)
- ▶ [www.nord-stream.com](http://www.nord-stream.com)

## Briefe zur Interdisziplinarität

Geistes-, Natur-, Ingenieur- und Sozialwissenschaften, Kunst & Handwerk im Dialog

NEU im oekom verlag, München. Mehr Informationen unter [www.oekom.de/Briefe](http://www.oekom.de/Briefe)



01  
Juni 2008

Schwerpunkt in Heft 01:  
Einzelkämpfer



Andrea von Braun Stiftung

voneinander wissen

oekom  
verlag

Briefe zur Interdisziplinarität ist eine Publikation der Andrea von Braun Stiftung, Düsseldorf. Mehr Informationen zur Stiftung und ihren Zielen finden Sie unter [www.avbstiftung.de](http://www.avbstiftung.de)

## Tankerunglücke I

### Allzu gierige Ölfirmen haften

■ Ausgelaufenes Öl, verursacht durch Tankerunglücke, wird als Abfall nach der europäischen Abfallrahmenrichtlinie klassifiziert. Das entschied der Europäische Gerichtshof (EuGH) Ende Juni in einem Grundsatzurteil. Deshalb müssen Ölfirmen für die Kosten von Tankerunglücken zahlen, wenn sie bei der Auswahl des Schiffs nicht genügend auf Sicherheitsaspekte geachtet haben. Zwar beschränkt ein internationales Abkommen die Haftung der Ölfirmen auf Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit. Die ist nach Ansicht des EuGH aber nur dann mit dem EU-Verursacherprinzip vereinbar, wenn ein 1971 eingerichteter Ölverschmutzungsfonds einspringt. Zahlt der Fonds nicht, muss die Ölfirma für die Schadensbeseitigung aufkommen.

Anlass für die Entscheidung war der verunglückte Tanker „Erika“, der 1999 vor der französischen Küste zerbrach. In diesem Fall müssen nach Ansicht des EuGH aber die französischen Gerichte entscheiden, ob der Verursacher Total für die Schäden aufkommen müsse. Total und drei andere an dem Unglück beteiligte Parteien waren erst im Januar zu 192 Millionen Euro Geldstrafe verurteilt worden. Sie hatten sich bereits mit 200 Millionen Euro an der Umweltsanierung beteiligt. [bv]

- ▶ [www.ec.europa.eu/environment/water](http://www.ec.europa.eu/environment/water)
- ▶ [www.curia.eu](http://www.curia.eu) (C-188/07)

## Tankerunglücke II

### Weniger Geld für Exxon-Opfer

■ Ende Juni hat der Supreme Court der USA entschieden, den Opfern des Exxon-Valdez-Tankerunglücks nur 500 Millionen statt 2,5 Milliarden Dollar Entschädigung zuzusprechen. Die Strafzahlungen dürften die Summe nicht übersteigen, die das Unternehmen bereits an Entschädigung gezahlt habe, so die Urteilsbegründung. Gezahlt wurden bereits etwa 500 Millionen Dollar Entschädigung. In Seerechtsfällen sei ein Verhältnis von eins zu eins ange-

messen, wenn es um die Berechnung des Strafschadenersatzes gehe. Diese „punitive damages“ zur Bestrafung des Schädigers für besonders rücksichtsloses Verhalten gibt es in Deutschland nicht. Der Tanker „Exxon Valdez“ war vor 19 Jahren vor Alaska auf Grund gelaufen. Das auslaufende Öl hatte schwerste Schäden angerichtet. [bv]

## Internationale Walfangkommission

### Nullrunde für die Wale

■ Die 60. Jahrestagung der Internationalen Walfangkommission (IWC) Ende Juni in Santiago de Chile ist ohne Erfolg geblieben. Walfang bleibt weiterhin zu „wissenschaftlichen Zwecken“ erlaubt, wird aber nicht ausgeweitet. Immerhin sollen Buckelwale künftig verschont werden. Neue Schutzgebiete wird es nicht geben. 33 Themen waren umstritten, alle Debatten wurden vertagt. Bis zur nächsten Versammlung 2009 soll jetzt eine Arbeitsgruppe tagen und einen ersten Bericht vorlegen. [bv]

- ▶ [www.iwcoffice.org](http://www.iwcoffice.org)
- ▶ [www.wwf.de/?5435](http://www.wwf.de/?5435)

## Schiffsabwässer

### Ostsee bleibt Kreuzfahrerklo

■ Die meisten Kreuzfahrtschiffe leiten ihre Toilettenspülungen und Abwässer unzureichend geklärt in die Ostsee und leisten damit der Bildung von Algentepichen und sauerstoffarmen Todeszonen Vorschub. Doch der Dachverband der Kreuzfahrtreederei CLIA lehnte trotz monatelanger Gespräche mit dem WWF eine Selbstverpflichtung zur Reinhaltung der Ostsee ab. Die WWF-Initiative sieht vor, dass die Schiffsabwässer entweder in den Häfen entsorgt oder an Bord geklärt werden müssen, bevor sie ins Meer eingeleitet werden. Die meisten Fährlinien entsorgen ihre Abwässer vorbildlich. [bv]

- ▶ [www.wwf.de](http://www.wwf.de)

## Umweltmanagement

### Lifting für EMAS-Verordnung

■ Die Europäische Kommission hat einen Vorschlag zur Überarbeitung des EU-Umweltmanagementsystems EMAS vorgelegt. Damit soll vor allem die Zahl der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) erhöht werden, die sich dem freiwilligen Check unterziehen. So soll die Zahl der teilnehmenden Unternehmen von bisher 5.000 auf 23.000 steigen.

Die Freiwilligkeit bleibt, aber es werden neue Anreize vorgeschlagen, um die Registrierungszahlen zu verbessern. Es soll weniger Inspektionen, aber erweiterte Berichtspflichten und neben der Umweltklärung auch einen Umweltsicherheitsbericht geben. Dessen Kernindikatoren im Bereich Energie- und Materialeffizienz, Wasser, Abfall und Emissionen sowie Biodiversität und Flächenverbrauch wären verpflichtend. Die Mitgliedstaaten sollen für EMAS werben, finanzielle Hilfen und Steuererleichterungen für teilnehmende Unternehmen ermöglichen und bürokratische Hürden abbauen.

Generell sollen die Registrierungskosten für KMU verringert werden. So sollen gemeinsame, korporative Registrierungen und „Unternehmens-Cluster“ möglich sein. Auch Firmen außerhalb der EU sollen teilnehmen können. Die Kommission will den Austausch guter Praxis durch die Erstellung von Referenzdokumenten fördern, deren Anwendung freiwillig ist. Die Gutachter sollen sich bei der vergleichenden Bewertung ebenfalls an den Referenzdokumenten orientieren.

Die bereits existierenden Regelungen sollen leichter verständlich abgefasst werden. Die EU-Kommission schlägt außerdem vor, EMAS und Maßnahmen anderer Politikbereiche wie nachhaltige Produktion, Umweltkennzeichnung und umweltfreundliche öffentliche Beschaffung besser miteinander zu verbinden (siehe S. 21). [jg]

- ▶ [www.ec.europa.eu/environment/emas](http://www.ec.europa.eu/environment/emas)

## Umweltpolitik und Umweltrecht

# Vom Papiertiger zum Ökosieger?

Die chinesische Regierung hat die Umweltpolitik entdeckt

**Chinas Umweltprobleme sind gewaltig. Vor allem, weil Firmen keine Konsequenzen befürchten müssen, wenn sie ihren Giftmüll in den nächsten See kippen. Das könnte sich ändern: Die chinesische Führung ist fest entschlossen, die Umweltkrise zu meistern. Alles andere als leicht. ■ VON EVA STERNFELD**

Der Nationale Volkskongress in China beschloss im März 2008, der Umweltbehörde State Environmental Protection Administration, kurz SEPA, den Rang eines Ministeriums im Staatsrat zu verleihen. Damit wird eine Behörde aufgewertet, die bislang weder personell noch finanziell angemessen ausgestattet war. Alle drei Tage kommt es irgendwo im Land zu einer größeren Umweltkatastrophe, ausgelöst durch menschliches Versagen oder unzulängliche Technik. Und dabei sind die Fälle, die es in die Schlagzeilen schaffen, nur die Spitze des Eisbergs.

Bereits 2005 hatte Pan Yue, einer der stellvertretenden Leiter der Behörde, ein international aufsehenerregendes Interview gegeben. Mit für einen chinesischen Beamten ungewöhnlicher Offenheit beschrieb er eine höchst dramatische Situation: „Das Wirtschaftswunder ist bald zu Ende, denn die Umwelt hält nicht mehr mit: Auf einem Drittel des chinesischen Territoriums geht saurer Regen nieder, (...) ein Viertel der Bürger hat keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser. Ein Drittel der Städter muss stark verdreckte Luft einatmen, weniger als 20 Prozent des städtischen Mülls werden umweltverträglich entsorgt.“<sup>(1)</sup>

### Umweltskandale an der Tagesordnung

Im internationalen Vergleich legt China zwar beeindruckende ökonomische Bilanzen vor, in Sachen Umweltschutz besteht jedoch nach wie vor ein hoher Entwicklungsbedarf. Eine von der Yale-Universität in 146 Ländern durchgeführte Untersuchung zu Indikatoren der Nachhaltigkeit reiht China unter die 20 mit den gravierendsten Problemen ein. Insbesondere

die soziale und institutionelle Leistungsfähigkeit und die Beteiligung an globalen Initiativen wie dem Klimaschutz wurden als mangelhaft bewertet.<sup>(2)</sup>

Chinas Umweltkrise ist allgegenwärtig und sowohl die politische Führung als auch die Bevölkerung zählen sie inzwischen zu den entscheidenden Faktoren, die Chinas angestrebten Weg zu einer bedeutenden Wirtschafts- und Weltmacht gefährden könnten. Die gegenwärtige Regierung verfolgt mit Sorge, dass sich Konflikte um knappe Ressourcen verschärfen und Umweltzerstörung nicht nur große ökonomische Schäden verursacht, sondern mitunter soziale Unruhen auslösen kann. Nie zuvor haben chinesische Regierungsvertreter sich so offen und so häufig zur Umweltkrise geäußert, wie Ministerpräsident Wen Jiabao und Parteichef Hu Jintao dies regelmäßig in Regierungserklärungen tun.

### Massenproteste gegen Industrieanlagen

Wie weit der Weg zu einer transparenten und effizienten Umweltpolitik noch ist, offenbarte vor wenigen Jahren einer der schlimmsten bekannt gewordenen Umweltskandale der Volksrepublik China. Im November 2005 hatten lokale Umweltbehörden nach der Explosion einer Chemiefabrik in der Provinz Jilin zunächst verschwiegen, dass bei dem Unglück hundert Tonnen krebserregendes Benzol in den Fluss Songhua geflossen waren. Wochenlang war die Trinkwasserversorgung von Millionen Menschen in Nordostchina und im angrenzenden Sibirien beeinträchtigt. Der damalige SEPA-Direktor Xie Zhenhua trat zurück.

Die innenpolitische Tragweite und die internationalen Beziehungen haben dazu

beigetragen, dass die politische Führung die Umweltkrise entschlossener anpackt. Seit dem Songhua-Unglück veröffentlicht die Umweltbehörde auf ihrer Internetseite wöchentlich Daten zur Qualität der größten Gewässer.<sup>(3)</sup> Diese sprechen eine eindeutige Sprache: Fast zwei Drittel der untersuchten Flüsse und Seen sind hochgradig belastet. Der von dem Journalisten Ma Jun ins Internet gestellte Wasserverschmutzungsatlas für China lokalisiert dank der von der Behörde zur Verfügung gestellten Daten mehr als 5.000 Industriebetriebe, die Abwässer einleiten, deren Schadstoffgehalt die gesetzlich vorgeschriebenen Grenzwerte überschreitet.<sup>(4)</sup>

Zunehmend wird die Umweltkrise zum sozialen Problem. Proteste wie im Sommer 2007 in der südchinesischen Stadt Xiamen, als wochenlang Tausende AnwohnerInnen gegen den geplanten Bau einer Fabrik demonstrierten, die den petrochemischen Grundstoff Paraxylyl zur Herstellung von Polyester-Kunststoffen produzieren sollte, sind inzwischen keine Einzelfälle mehr.

### Die Entwicklung der Umweltpolitik

Bereits am Anfang der chinesischen Umweltpolitik stand eine Umweltkatastrophe. 1972 traten in Peking vermehrt Lebensmittelvergiftungen auf, ausgelöst durch den Verzehr von Fischen aus dem damals bereits stark belasteten Guanting-Stausee im Nordwesten der chinesischen Hauptstadt. Der damalige Premierminister Zhou Enlai berief eine Kommission aus ranghohen Politikern ein, die sich der Umweltprobleme annehmen sollten.<sup>(5)</sup>

Die Teilnahme an der UN-Umweltkonferenz in Stockholm im gleichen Jahr gab wichtige Impulse für die ersten Schritte der



chinesischen Umweltpolitik. 1973 fand die erste nationale Umweltkonferenz statt und eine ministerielle Führungsgruppe für Umwelt wurde eingerichtet. 1982 wurde Umweltschutz zunächst dem Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Städtebau und ländliche Entwicklung zugeordnet.

1988 erhielt das dem Ministerium angegliederte nationale Umweltamt National Environmental Protection Agency erstmals einen unabhängigen Status und konnte nun direkt der Regierung berichten. Zunächst war die Behörde vorrangig für den städtisch-industriellen Umweltschutz zuständig und finanzierte ihre lokalen Behörden vor allem durch Einnahmen aus den sogenannten Schadstoffemissionsgebühren. Die Überschwemmungskatastrophen im Jahr 1998, für die in erster Linie die verfehlte Forstpolitik verantwortlich gemacht wurde, führten zu einer Aufwertung des Umweltamtes. Die nunmehr in SEPA umbenannte Behörde ist seither auch für Naturschutz sowie Nuklearsicherheit zuständig. Allerdings wurde im selben Jahr der Personalbestand infolge einer Strukturreform halbiert.

### Kein Mangel an Regelungen

Seit 1978 ist in der chinesischen Verfassung die Verpflichtung des Staates zum Umweltschutz verankert. Im Jahr darauf wurde der Entwurf für das erste nationale Umweltschutzgesetz verabschiedet. 1989 trat eine überarbeitete Fassung in Kraft. Dieser folgten im Lauf der Jahre zahlreiche Einzelgesetze wie die Gesetze gegen Wasser-, Meeres- und Luftverschmutzung, das Bodenschutzgesetz, das Gesetz zur Bekämpfung der Wüstenausbreitung sowie die Ressourcenschutzgesetze, wozu das Naturschutz- und das Forstgesetz gehören.

In jüngerer Zeit verabschiedete Gesetze wie das zur Förderung der Sauberen Produktion aus dem Jahr 2002 sowie das zur Umweltverträglichkeitsprüfung von 2003 betreffen Aspekte des Umweltmanagements. Ein Gesetz zur Förderung erneuerbarer Energien trat 2006 in Kraft, eine Elektroschrottverordnung im Frühjahr 2008. Derzeit wird ein Gesetz zur Kreislaufwirtschaft vorbereitet, das die Ver-

antwortlichkeiten für Recycling und den Umgang mit Abfällen regeln soll.

Die chinesische Umweltgesetzgebung verfügt mittlerweile über etwa 375 Umwelt- und Emissionsstandards, die sich an der internationalen Umweltschutzgesetzgebung orientieren. Die Standards werden unter anderem zur Ermittlung von Emissionsabgaben herangezogen. Hinzu kommen über 1.000 von den Umweltbehörden der Provinzen und Städte erlassene umweltrelevante Bestimmungen und Verordnungen. Viele Regelungen sind jedoch für die praktische Umsetzung noch zu wenig konkret, daher werden bereits in früheren Jahren erlassene Gesetze überarbeitet. So trat Anfang 2008 die Neufassung des Gesetzes zur Kontrolle der Wasserverschmutzung in Kraft, das drastische Strafen für die Verursacher von Wasserverschmutzung vorsieht.

### Verschmutzung frisst Wachstum auf

Das neue Umweltministerium SEPA könnte auch dem vorübergehend auf Eis gelegten Grünen Bruttoinlandsprodukt neuen Auftrieb verleihen, das die ökonomische Entwicklung bereinigt um die Kosten der Umweltbelastung darstellt. Obwohl Chinas Investitionen im Umweltbereich mit 1,8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für ein Entwicklungsland bereits ein beachtliches Niveau erreichen, fressen die Kosten der Umweltverschmutzung und -zerstörung einen erheblichen Teil des Wirtschaftswachstums auf. Ein 2006 vorgestellter Bericht zum Grünen BIP geht von Umweltkosten in Höhe von mindestens 51 Milliarden Euro oder drei Prozent des BIP aus. Obwohl diese Berechnungen unvollständig und im Verhältnis zu Angaben der Weltbank, welche die Kosten der Umweltschäden auf bis zu zwölf Prozent des Bruttoinlandsprodukts schätzt, moderat waren, wurde die Ermittlung des Grünen BIP abgebrochen, nachdem es zu keiner Einigung mit der staatlichen Statistikbehörde kam.

In letzter Zeit unternimmt die Umweltbehörde Vorstöße, den Umweltschutz über eine Reform des Finanzsektors voranzubringen. Eine im Februar dieses Jahres

vorgestellte Bestimmung soll börsennotierte Unternehmen zwingen, ihre Umweltberichte offenzulegen. Weiterhin hat die Umweltbehörde eine Liste von 141 die Umwelt stark schädigenden Produkten erstellt, die von Steuervergünstigungen und Handelsberechtigungen ausgenommen werden sollen. Auch Kredite sollen entsprechend der Erfüllung von Umweltschutzauflagen vergeben werden. Im vergangenen Jahr wurden bereits Kredite für rund 30 Unternehmen mit hohem Energieverbrauch und großen Umweltbelastungen verweigert. Ein Ansatz, der künftig große Wirkung zeigen könnte: Die Umweltbehörde hat bereits Daten von 30.000 verschmutzenden Unternehmen an Geschäftsbanken weitergegeben. Gemeinsam mit dem Finanzministerium erarbeitet sie derzeit einen Anforderungskatalog für chinesische Investitionen und die Kreditvergabe im Ausland. In Zusammenarbeit mit der staatlichen Versicherungskommission wird über eine Umweltversicherung nachgedacht. Diese soll bis zum Jahr 2015 landesweit eingeführt werden und die Entschädigung von Opfern durch Umweltverschmutzungen regeln.

### Regionale Schlupflöcher

Bei der flächendeckenden Umsetzung der Umweltpolitik gibt es jedoch große Defizite. Angewendet werden Umweltgesetze vor allem in besser entwickelten Landesteilen. Dies führt dazu, dass Industrien mit hoher Umweltbelastung ins Hinterland abwandern. Trotz einer Fülle von Aufgaben hatte die Umweltbehörde bisher nur eine dünne Personaldecke. Die Zentrale der Behörde in Peking beschäftigte gerade einmal 220 Beamte. Die Umweltämter auf Provinz- und Kreisebene sowie angegliederte Behörden wie die Überwachungsstationen haben etwa 220.000 Angestellte – in einem Land mit mehr als 1,3 Milliarden Einwohnern. Insbesondere auf lokaler Ebene sind viele Beamte nicht ausreichend qualifiziert. Da sich lokale Umweltämter teilweise über die Einnahmen aus den Emissionsgebühren finanzieren, sind sie wenig daran interessiert, Verschmutzungsquellen zu beseitigen. Bisher kam hinzu, dass loka-

le Umweltämter zwar der Struktur der Umweltbehörden unterstanden, aber vor allem ihren Lokalregierungen und deren Wirtschaftsinteressen verpflichtet waren. Mit der Aufwertung der SEPA zum Ministerium ist nicht nur eine Aufstockung des Personals verbunden, sondern auch die direkte Weisungsbefugnis an die lokalen Umweltbehörden.

Wird das neue Umweltministerium also tatsächlich schlagkräftiger als die Vorgängerbehörde sein? Das wird auch davon abhängen, ob andere im Staatsrat vertretene Regierungsbehörden und staatseigene Betriebe bereit sind, mit der SEPA zusammenzuarbeiten und sich mit ihr abzusprechen. Langfristig wird der

Erfolg der Umweltpolitik daran zu messen sein, ob sie den Umweltämtern auf Provinz-, Stadt- und Kreisebene größere Handlungsfähigkeit und Kompetenz verleiht. Hierzu braucht China ein funktionierendes Rechtssystem, zu dessen Prioritäten der Umweltschutz und die nachhaltige Entwicklung gehören.

#### Anmerkungen

- ▶ (1) Interview mit Pan Yue. In: Der SPIEGEL 10/2005, S. 149
- ▶ (2) [www.yale.edu/esi](http://www.yale.edu/esi)
- ▶ (3) [www.zhb.gov.cn](http://www.zhb.gov.cn)
- ▶ (4) [www.ipe.org.cn](http://www.ipe.org.cn)
- ▶ (5) Sternfeld, E.: Umweltsituation und Umweltpolitik in China. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 49/2006, S. 27–34

Erstabdruck in: „China – Wirtschaftsmacht vor dem ökologischen Kollaps?“, politische Ökologie 110, oekom verlag, München 2008. Wir bedanken uns für die Abdruckgenehmigung.

Die auf Umweltthemen spezialisierte Sinologin Eva Sternfeld arbeitete bis vor Kurzem als Beraterin des Centrums für internationale Migration und Entwicklung (CIM) in einem dem chinesischen Umweltministerium unterstehenden öffentlichen Informations- und Bildungszentrum in Peking. Jetzt leitet sie die China-Arbeitsstelle des Instituts für Technikgeschichte der TU Berlin.

Kontakt: Tel. +49 (0)30 / 6923391, E-Mail: [aiwastar@163bj.com](mailto:aiwastar@163bj.com)



## Umweltbewegung

# Studenten für mehr Umweltschutz

Peking ist eine Boomstadt – wer die übelriechende Kehrseite zeigt, bleibt meist unverstanden

**Die chinesische Hauptstadt bereitet sich auf die Olympischen Spiele vor und schreckt auch vor Wettermanipulationen nicht zurück. Verschmutzte Flüsse sollen mit ungeklärtem Wasser verdünnt werden, Proteste gegen Müllverbrennungsanlagen werden gestoppt. Dagegen wehren sich Studierende. ■ VON WEN BO, PACIFIC ENVIRONMENT PEKING**

Als Fei Xiaojing 2001 über die erfolgreiche Bewerbung Pekings um die Olympischen Sommerspiele 2008 jubelte, ahnte sie noch nicht, dass sie zum Austragungszeitpunkt Teil der Umweltbewegung sein würde. Die in Yangzhou in der ostchinesischen Provinz Jiangsu geborene Fei begann ein Ökologiestudium an der Beijing Forestry University, da sie wie viele andere junge Chinesen in die Hauptstadt wollte, um dort eine gute Ausbildung und später vielleicht einen Job zu bekommen. Für den Master-Abschluss in Umweltwissenschaften schrieb sie sich an der renommierten Remin University ein. Dies bedeutete zwar, dass sie weitere drei Jahre nicht auf dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, aber keineswegs, dass sie ihr Engagement für den Umweltschutz in Peking einstellen würde. Noch während ihres Studiums an der Forestry University gründete sie den Studentenclub Green Fingers, um die Peking Flüsse zu schützen. Sie

hatte mit eigenen Augen gesehen, wie verschmutztes Wasser in die Flüsse gepumpt worden war. Später wurde Fei Xiaojing zur Vorsitzenden des China Green Student Forum, eines Netzwerks studentischer Umweltschutzgruppen, gewählt. Als eine von mehreren Gruppen, die sich für den Umweltschutz in der olympischen Stadt engagieren, sind die Herausforderungen für das Forum und Fei enorm.

### Breite Straßen, stinkende Flüsse

Ausländische Besucher sind oft beeindruckt, wenn sie auf der Autobahn vom Peking Flughafen in die Innenstadt die ersten Blicke auf die Zeugnisse von Pekings Entwicklung werfen können. Die prächtige neue Flughafenautobahn, die Flughafen-U-Bahn und vier- bis fünfspurige Ringstraßen zeigen die schnelle Entwicklung der Infrastruktur in den letzten Jahrzehnten. Was die meisten Besucher nicht sehen,

sind die Wasserwege unter diesen Straßen, die tagein tagaus Abfall und verschmutztes Wasser hinwegspülen. Es wäre ein bizarrer Kontrast, am Ufer eines Flusses zu stehen und die Verkehrsströme auf den Brücken zu betrachten, während man den Gestank des Flusses riecht. Anwohner, die in der Nähe dieser Flüsse leben, haben sich beschwert, aber es sind bisher nur sehr wenig unternommen worden, um die Situation zu ändern. Die Peking Regierung möchte allerdings verhindern, dass ausländische Besucher die imageschädigenden Wasserläufe sehen und riechen. So gibt es Pläne, mit zusätzlichem – ungeklärtem – Wasser einige der verschmutzten Fließgewässer während der Olympischen Spiele zu reinigen. Der Studentenclub von Fei Xiaojing ist da sehr viel weiter als die Peking Regierung: Er hat entlang des Tonghu-Flusses verheerende Verschmutzungsszenarien beobachtet und dokumentiert, ebenso wie die Klagen der lokalen Anwohner. Eini-

ge ältere Anwohner berichteten davon, wie sie als Kinder in dem damals klaren Tonghu-Fluss geschwommen sind. Heute ist der Tonghu nur noch ein Müllablageplatz und Abwasserkanal, eine Brutstätte für Krankheiten.

Ursprünglich war der Tonghu der nördlichste Teil des in den Jahren 605–610 erbauten 1.800 Kilometer langen Großen Kanals für den Transport von Agrarprodukten aus Südchina in die Hauptstadt Peking. Heutzutage braucht Peking den Kanal nicht mehr, um Nahrungsmittel zu transportieren, aber die Stadt hat definitiv einen großen Bedarf an Wasser. Für die weiter wachsende 20-Millionen-Stadt ist die Wasserversorgung eine Überlebensfrage. Zwar ist es Peking gelungen, den angrenzenden Provinzen Hebei und Shanxi ihre Wasserrechte abspenstig zu machen und Wasser aus ihren Einzugsgebieten in die Hauptstadt umzuleiten. Aber auch das reicht nicht zur notwendigen Versorgung aus. Deshalb hat China ein Nord-Süd-Wasserumleitungsprojekt begonnen und Wasser aus dem Hanjiang-Fluss in der südlich gelegenen Provinz Hubei nach Peking umgeleitet. Der Hanjiang ist allerdings ebenfalls stark verschmutzt, was höhere Krebsraten in Dörfern entlang seines Verlaufes zur Folge hat. Die Weltbank und die japanische Botschaft in China haben deshalb Projekte finanziert, in denen den Bewohnern dieser Dörfer dabei geholfen wird, Trinkwasserbrunnen von bis zu 100 Metern Tiefe zu graben. Dennoch wird für die Notfallversorgung Pekings noch immer Wasser aus dem Hanjiang entnommen.

### Technologie als Allheilmittel

Die in China vorherrschende Mentalität führt dazu, dass zur Lösung von Versorgungsschwierigkeiten oder zur Deckung des Bedarfs an Energie oder Rohstoffen Megaprojekte in Angriff genommen werden. Dies ist nirgendwo sonst so ausgeprägt wie in China, wo Dämme, Kernkraftwerke, Öl- und Gaspipelines in enormen Ausmaßen geplant werden. Diese investitionsintensiven Projekte haben eines gemeinsam: Sie lassen Raum für Korruption auf Regie-

rungsebene und ermöglichen enorme Gewinne für einzelne Amtsträger. Ob diese Projekte ökonomisch und ökologisch sinnvoll sind, ist eine Frage, deren Klärung zukünftigen Generationen überlassen wird.

Technologie ist das Lieblingsinstrument der Peking Regierung zur Lösung von Problemen. Beunruhigt über die Luftverschmutzung, hat Peking Raketenwerfer eingesetzt, um Wolken mithilfe von Chemikalien öfter abregnen zu lassen. Mit Blick auf die Olympiade hat Peking sein Bestes getan, um das Wetter zu kontrollieren und während der Spiele einen wolkenlosen Himmel zu garantieren. In den letzten Jahren hat Peking auch versucht sein Image als „Fahrrad-Königreich“ loszuwerden, indem es den Privatbesitz von Autos gefördert hat. Jeden Tag fahren 1.000 neue Autos auf Pekings Straßen und tragen zu der ohnehin starken Luftverschmutzung bei, die ernsthafte Erkrankungen der Atemwege auslöst. Peking Kinder, die jünger sind als 14 Jahre, haben noch nie einen sternklaren Himmel über ihrer Stadt erlebt.

Abgesehen davon hat im Frühling 2008 auch ein Sandsturm zur Verschlechterung der Luftqualität beigetragen. Jedes Jahr wird Peking von Sandstürmen eingehüllt, die der Stadt Endzeitszenarien beschreiben. Am 16. April 2006 fielen geschätzte 330.000 Tonnen Feinsand in Peking nieder – die ganze Stadt war mit Sand bedeckt. Zusätzlich zu diesen Problemen baut Peking in den Vorstädten mehrere Müllverbrennungsanlagen. Ihre Planung löste Proteste unter den Anwohnern aus. Am 5. Juni 2007, dem Weltumwelttag, versammelten sich mehrere hundert Bewohner der Vorstadt Liulitun vor der staatlichen Umweltschutzbehörde, um gegen die geplanten Anlagen in ihren Wohngebieten zu protestieren.

### Repression gegen Umweltaktive

Die Peking Regierung ist allerdings entschlossen, eine solche öffentliche Kundgebung von Unzufriedenheit nicht hinzunehmen. Polizei und Geheimdienst sind mobilisiert worden, um die Aktivitäten von nichtstaatlichen Umweltschutzgrup-

pen zu untersuchen und zu überwachen. Einzelne Aktivisten werden von Mitarbeitern des Geheimdienstes besucht und über ihre Arbeit, ihre sozialen Kontakte und Geldquellen befragt. In einigen Fällen hat der Geheimdienst Studenten dafür bezahlt, in solche Gruppen einzutreten und dann über deren Aktivitäten zu berichten.

Für viele Regierungsmitarbeiter ist es offenbar schwer zu verstehen, warum Menschen sich organisieren und für den Umweltschutz engagieren anstatt mehr Geld zu verdienen. Ihr Unverständnis erklärt wiederum, warum die chinesische Regierung mit so vielen korrupten Beamten durchsetzt ist: Ihr Anreiz dafür, Beamter zu werden, besteht nur darin, einen profitablen Job zu bekommen. Der Polizist, der mit der Überwachung von Hu Jia – einem bekannten Umwelt- und Menschenrechtsaktivisten, der zunächst unter Hausarrest gestellt wurde und bis heute inhaftiert ist – beauftragt war, fragte dessen Mutter, warum Hu sich mit dieser Art von Arbeit befasse, mit der er überhaupt kein Geld verdiene. Die Polizei sagte seiner Mutter, sie würde Hu nicht belästigen, wenn er sich statt mit seiner Non-Profit-Arbeit mit „normalen“ Geschäften zum Geldverdienen befassen würde. Das Motto „alles ist möglich“ ist in China sehr populär. Wenn man durch die Straßen geht, kann es einem leicht passieren, dass man einen Flugzettel in die Hand gedrückt bekommt, auf dem einem alle möglichen gefälschten Papiere angeboten werden, von einem Dokortitel bis zum Pass eines fremden Landes.

### Wachsende Wirtschaft bei sinkender Lebensqualität

Man kann sicherlich sagen, dass ein gewisser Prozentsatz des Wirtschaftswachstums in China nur vorgetäuscht ist. Während Aktivitäten wie Abholzung, Bergbau und Handel mit wilden Tieren in die Berechnung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) einfließen, werden die Schäden für Umwelt und Gesundheit nicht einbezogen. Außerdem geht ein großer Teil des Wirtschaftswachstums auf den Immobilienboom zurück, während das Ansteigen des BIP sich keineswegs in größere Zufriedenheit und

Lebensqualität der Bevölkerung übersetzt hat. Für viele Menschen ist das Leben sogar schwerer geworden, wegen der Inflation, den in die Höhe schießenden Immobilienpreisen und den gestiegenen Lebenshaltungskosten.

Die Welt wird bald den Niedergang chinesischer Billigprodukte erleben. Billiglöhne und niedrige Umwelt- und Sicherheitsstandards haben es ermöglicht, die Produktpreise zu drücken, allerdings auf Kosten des Lebensstandards und der Gesundheit der Menschen, die sie produzieren. Fabrikbesitzer haben Wanderarbeiter und lokale Ökosysteme ausgebeutet, um die größtmöglichen Profite zu erzielen. Da ist es nicht verwunderlich, dass es große Skandale wegen in China produzierter Güter gegeben hat. Während der Rest der Welt vielleicht nicht so vertraut ist im Umgang mit gefälschten Produkten, unsicheren Nahrungsmitteln und vergiftetem

Spielzeug, sind dies Probleme, mit denen chinesische Bürger jeden Tag konfrontiert sind. Sogar in bekannten Supermarktketten wie Carrefour, Ito Yokado und Wal-Mart muss man darauf achten, die richtigen Produkte zu wählen. Es ist bekannt, dass einige ihrer Filialen gefälschte Nahrungsmittel oder andere Güter mit giftigen Inhaltsstoffen anbieten.

Um einen umweltfreundlichen Lebensstil zu fördern, haben Umweltschutzgruppen in Peking die Green Choices Campaign ins Leben gerufen. Eine Webseite und ein Newsletter informieren Konsumenten darüber, wo sie sichere und umweltfreundliche Produkte kaufen können. Diese Kampagne hat auch unter den Studenten Pekings, die die Vorreiter der Umweltbewegung sind, regen Zulauf erhalten. Das China Green Student Forum hat Fortbildungen für Studenten organisiert, um Umweltaktivisten für grüne Olympische Spiele auszubilden.

Während die Eröffnung der Sommerspiele in Peking immer näher rückt, wird Fei Xiaojing als Leiterin all dieser Studentenaktivitäten bald keine Zeit mehr zum Ausruhen haben.

Dieser Artikel erschien zuerst in der Asienhaus-Veröffentlichung „Schneller, höher, weiter: China überholt sich selbst“, herausgegeben von Nora Sausmikak und Klaus Fritsche, Übersetzung aus dem Englischen: Martin Stimmler. Wir bedanken uns für die Abdruckgenehmigung.

Wen Bo gründete 1987 das China Green Student Forum. Er arbeitet heute als Berater für die US-Organisation Pacific Environment. Im Fonds des China Advisory Board of Global Agreements fördert er Umweltgemeinden in China.

Kontakt:  
E-Mail:  
wenbo2@yahoo.com,  
www.pacificenvironment.org



## Internationale Umweltorganisationen

# Elf Jahre Kampf für die Umwelt

Mit Beharrlichkeit und Pragmatismus hat Greenpeace China erste Erfolge erreicht

**Während in den Schlagzeilen über China Umweltschäden mit dem unerbittlichen Wirtschaftswachstum des Landes konkurrieren, hat Greenpeace China vieles versucht, um die Abwärtsspirale der Umwelt aufzuhalten. Die Gratwanderung zwischen zentraler und lokaler Regierung ist dabei schwierig. ■ VON LO SZEPING, GREENPEACE CHINA**

Viele sind immer noch überrascht darüber, dass Greenpeace in China präsent ist. Doch wir sind tatsächlich schon mehr als zehn Jahre in China aktiv. Es war ein langer Weg seit den ersten Tagen in dem bescheidenen, kleinen Büro mit nur fünf Angestellten. Heute haben wir 50 Arbeitskräfte auf dem Festland und 37 in Hongkong und dazu 16.000 UnterstützerInnen.

Die Mitarbeiter haben viel zu tun. Nicht nur Luft, Wasser, Wälder und Landwirtschaft sind einer zunehmenden Schädigung ausgesetzt, auch die Folgen der globalen Erwärmung sind in China bereits spürbar. Die Bevölkerung trägt die Hauptlast: Das chinesische Gesundheitsministerium meldete im Mai 2007, dass in China Krebs

Todesursache Nummer eins ist. Die Verschmutzung der Umwelt wird als hauptsächlichster Grund dafür angenommen.

### Nur ein Drittel der Wasserreserven ist trinkbar

Viele Todesfälle stehen in Verbindung mit Giftstoffen im Trinkwasser. Im Moment sind nur etwas mehr als 28 Prozent aller Wasserressourcen in China überhaupt zum Trinken geeignet. Das Umweltministerium hat gerade mitgeteilt, dass durchschnittlich fünf Millionen Menschen im Jahr an Krankheiten sterben, die in direktem Zusammenhang mit verunreinigtem Wasser stehen. Die vor Kurzem ins Leben gerufene Kampagne „Sauberes Wasser für China“

ist deshalb das ambitionierteste Projekt von Greenpeace China.

Die Verschmutzung macht jedoch nicht an nationalen Grenzen halt. Die gewaltigen Probleme, vor denen China steht, haben Auswirkungen auf die ganze Welt. China hat sich nicht nur zu einem der größten Verbraucher natürlicher Ressourcen entwickelt, das Land ist auch einer der größten CO<sub>2</sub>-Emittenten auf der Welt. China ist folglich zugleich Opfer und Täter der globalen Erwärmung.

Greenpeace hat in den letzten Jahren mehrere Expeditionen unternommen, um die Auswirkungen des Klimawandels auf China zu belegen. Erforschungen am Himalaya, „dem Wasserturm Asiens“, ergaben, dass die Gletscher in der Region be-



harrlich abschmelzen. Da die Hauptflüsse Süd- und Ostasiens, wie der Gelbe Fluss, der Jangtse, der Ganges und der Mekong, ihren Ursprung im Himalaya haben, hat die Gletscherschmelze katastrophale Auswirkungen für hunderte Millionen Menschen weit über Chinas Grenzen hinaus.

Greenpeace hat sich dafür eingesetzt, dass die chinesische Regierung sich mit dem Klimawandel befasst und erneuerbare Energien einführt. Wir haben zusammen mit dem Dachverband der Europäischen Erneuerbare-Energien-Industrie EREC den Bericht „Energy (r)evolution“ veröffentlicht, um nachhaltige Energieoptionen auch für China vorzustellen. Es gilt, die Regierung davon zu überzeugen, dass die Verminderung von Treibhausgasemissionen Hand in Hand mit einer weiteren wirtschaftlichen Entwicklung gehen kann.

### Probleme auf lokaler Ebene

Umweltthemen bekommen immer mehr Aufmerksamkeit von der Regierung, doch dies gilt oft nur für die Führungsspitze. Auf lokaler Ebene, wo die Umsetzung von Richtlinien lasch ist, bleiben die Probleme bestehen. Die meisten lokalen Beamten werden auf Grundlage des Wachstums des Bruttoinlandsprodukts (BIP) befördert und nicht zur Verantwortung gezogen, wenn sie Umweltgesetze nicht einhalten. Die Regierung hofft dies mit der Einführung eines „Grünen BIP“ und mit dem Einsatz von Marktmechanismen wie Ökosteuern und einem grünen Beschaffungswesen ändern zu können, um so die Durchsetzung von Umweltrichtlinien auf lokaler Ebene zu fördern.

Greenpeace erkennt die Wichtigkeit von Kooperationen mit Entscheidungspersonen der Regierung an und arbeitet in manchen Bereichen mit ihr zusammen. Wir waren beispielsweise die einzige Nichtregierungsorganisation, die beim ersten Entwurf des chinesischen Erneuerbare-Energien-Gesetzes, das 2006 eingeführt worden ist, zur Beratung eingeladen wurde. Wenn es nötig ist, unterlassen wir aber Kritik an der Regierung nicht, auch wenn bestimmte Beamte dies missbilli-

gen. Unsere Kampagne für das Landwirtschaftsministerium zur Ablehnung der Kommerzialisierung von genmanipuliertem Reis löste zum Beispiel eine Kontroverse in der Öffentlichkeit aus und erregte allerlei Bedenken von Beamten.

### Umweltbewusste Olympiade?

Der wertvollste Unterstützer im Umweltschutz ist allerdings die chinesische Öffentlichkeit. Der breiten Bevölkerung müssen die Umweltprobleme bewusst werden und alle sollten sich bestärkt fühlen, wirklich etwas verändern zu können. Die Besorgnis der Menschen um Chinas Umwelt wächst, aber ihnen fehlen die Möglichkeiten ihre Meinung zu äußern. China versucht mit etlichen Projekten, das öffentliche Bewusstsein zu steigern und einen umweltfreundlichen Lebensstil zu propagieren. Dazu gehört zum Beispiel unsere laufende Kampagne gegen Einweg-Esstäbchen, die von 20.000 Personen unterstützt wurde. Auch überzeugen wir durch gemeinsame Aktionen mit Schulen die Einwohner Pekings, auf Energiesparlampen umzusteigen.

Die Olympischen Spiele bieten große Möglichkeiten, der Öffentlichkeit das Gefühl zu geben etwas zu bewirken und so die Bevölkerung für ein grüneres China zu aktivieren. Als Peking 2001 im Bewerbungsverfahren erfolgreich war, verpflichtete es sich, die Olympischen Spiele 2008 zu „grünen Spielen“ werden zu lassen. Werden es also die grünen Spiele, die es je gab? Wahrscheinlich nicht, aber wir wollen dafür sorgen, dass die Fortschritte im Umweltschutz während der Olympischen Spiele über 2008 und über Peking hinaus wirken. Wenn wir grüne Olympische Spiele organisieren können, dann kann China zeigen, dass auch ein Land solcher Größe sich auf einem nachhaltigen Weg in die Zukunft gut entwickeln kann.

### Mangel an Partizipation und Transparenz

Die Stadt hat viel getan, um das Versprechen von grünen Olympischen Spielen zu erfüllen. Die Schließung stark verschmutzender Fabriken und der Austausch von

16.300 Kohleöfen gehören zu den Maßnahmen, die die Stadt für eine sauberere Luft entwickelt hat. Es gibt allerdings keine von Dritten verbürgten Informationen, um die Statistiken der Regierung zu beurteilen. In vielerlei Hinsicht fängt die Bewegung für grüne Olympische Spiele den allgemeinen Geist des Landes ein: Es gibt einen Mangel an öffentlicher Partizipation, einen Mangel an Transparenz der Regierungspolitik und eine in ihrer Entwicklung gehemmte Zivilgesellschaft.

### Chinas Umwelt braucht die Öffentlichkeit

Umweltschutz ist das wohl am ehesten tolerierte politische Thema im Land. Alle großen internationalen Umwelt-NGOs haben Ableger in China. Da noch keine Rechtsstrukturen existieren, ist es allerdings für internationale Organisationen bisher nicht möglich, sich als Nichtregierungsorganisation in China registrieren zu lassen. Wir sind glücklich darüber, eng mit anderen internationalen und nationalen Umweltorganisationen in China zusammenzuarbeiten, da wir alle vor derselben Herausforderung stehen: China ist dabei, die Frist für einen Wechsel zu verpassen. Im Land eskalieren die Umweltprobleme in einem solchen Tempo und mit einer solchen Schärfe, dass viele schon den kritischen Punkt erreicht haben. Greenpeace ist sehr bemüht, genug Unterstützung zu sammeln, um die Zerstörung der Umwelt aufzuhalten, bevor sie irreversibel wird.

Doch unser wichtigster Verbündeter bleibt die Weltöffentlichkeit. Nur wenn die Menschen bereit sind sich ihrer Verantwortung der Umwelt gegenüber zu stellen, kann es einen Umschwung geben – in China und darüber hinaus.

Aus dem Englischen übersetzt von Isabel Oettinger.

Der Politik- und Verwaltungswissenschaftler Lo Szeping ist Kampagnenleiter von Greenpeace China in Peking.

Kontakt:  
Tel. +86 (0)139 / 11366639,  
E-Mail:  
splo@greenpeace.org,  
www.greenpeace.cn



## Zivilgesellschaft

# Beschränkte Freiheit

China lässt NGOs als Korrektiv zu, solange das Machtmonopol des Staates nicht gefährdet ist

**China sieht das Konzept der Zivilgesellschaft nicht unbedingt als westlichen Import an, hat aber eigene Vorstellungen davon. Die Zahl der Nichtregierungsorganisationen weist ein ähnliches Wachstum auf wie die chinesische Wirtschaft: gedrosselte zehn Prozent. Bisher engagieren sich nur wenige Chinesen freiwillig, allerdings mit steigender Tendenz. Die erfolgreiche Erdbebenhilfe könnte zu einer größeren Wertschätzung der Arbeit beitragen. ■ VON BERTHOLD KUHN**

Der Begriff der Zivilgesellschaft wird heute zwar weltweit verwendet, dabei aber sehr unterschiedlich interpretiert. Dennoch verstehen sich zahlreiche transnationale Organisationen als Teil einer Bewegung. Themen wie Unternehmensverantwortung, Philanthropie und Altruismus werden global und interdisziplinär diskutiert. Wie auch beim Menschenrechtsbegriff gibt es Bemühungen, den kleinsten gemeinsamen Nenner auszuweiten, aber die Begriffsverwendung ist doch verschieden. Die „civil society“ im anglo-amerikanischen Verständnis setzt andere Akzente als mit dem Begriff Zivil- oder Bürgergesellschaft in Deutschland lange transportiert wurden. Der englische Terminus betont stärker den konfrontativen und kontrollierenden Charakter von Zivilgesellschaft gegenüber dem Staat, im modernen Jargon finden die Begriffe „watchdog“ und „whistle-blower“ prominente Verwendung. Dagegen ist die deutsche Vorstellung von Zivilgesellschaft eher die eines ergänzenden und integrativen Verhältnisses zum Staat. Staat und Zivilgesellschaft haben sich hier in Partnerschaft zueinander entwickelt und ausdifferenziert. Am deutlichsten wird dies im Sozial- und Wohlfahrtsbereich, der in Deutschland durch große Verbände dominiert wird.

### Chinas nichtstaatliche Akteure als innovative Kraft

Auch in China hat das Thema Zivilgesellschaft durchaus Relevanz. Die beiden bedeutendsten Universitäten in Peking, die Tsinghua- und die Peking-Universität, besitzen beide Forschungszentren zu Zivilgesellschaft und Nichtregierungsorgani-

sationen (NGO). In China wird der Begriff Zivilgesellschaft im wissenschaftlichen Diskurs um die Rolle und den Einfluss nichtstaatlicher Organisationen durchaus verwendet – und so schlecht sieht es mit der Akzeptanz und einem gemeinsamen Grundverständnis des Begriffs nicht aus.

Anders als etwa in Mexiko oder Vietnam wird in China der Begriff der Zivilgesellschaft nicht als Importkonzept kritisiert. In China verstehen sich nichtstaatliche Akteure, darunter private Stiftungen, Vereine und nichtkommerzielle Unternehmen, weniger als Gegenpol zum Staat, sondern mehr als innovative gesellschaftliche Kräfte, die Diskurse in Staat und Partei und Aktivitäten staatlicher Institutionen ergänzen, aber auch anregen. Ohne staatliche Akzeptanz sind die Spielräume gering. Der Staat gesteht Freiheiten zu, solange er das Machtmonopol von Staat und Partei nicht gefährdet sieht. Man sieht durchaus die Notwendigkeit eines sozialen Korrektivs zur technokratischen, elitären und paternalistischen Reformpolitik: Zivilgesellschaftliches Engagement als moderner Ausdruck der Pflege sozialer Beziehungen und gesellschaftlicher Verantwortung, die durch die Veränderungen der lokalen Strukturen gefährdet scheinen.

### Umweltschutz als Vorreiter

Auch im Umwelt- und Ressourcenschutz hat die Arbeit von NGOs zu einem Umdenken bei Teilen der Politik und Verwaltung sowie der lokalen Bevölkerung beigetragen. Bis vor nicht allzu langer Zeit wurden Berichte über Chemieunfälle, umweltschädliche Produktion und damit in Verbindung gebrachte Krebserkrankun-

gen unter strengem Verschluss gehalten. Inzwischen ist darüber vielerorts eine Debatte entstanden, die zumindest bei der Zentralregierung zu einer deutlichen Aufwertung von Umweltthemen beigetragen hat. Einige Industrieansiedlungen und Staudammprojekte wurden neu geplant oder gestoppt. Die nationale Umweltbehörde SEPA ist zu einem Ministerium aufgewertet worden.

### Zwischen „Gongos“ und Graswurzeln

In China gibt es 380.000 registrierte Nichtregierungsorganisationen, davon etwa 210.000 Mitgliederorganisationen, 1.300 Stiftungen und 170.000 nichtkommerzielle Unternehmen. Darüber hinaus gibt es zahlreiche nichtregistrierte Nachbarschaftskomitees, Nutzer- und Selbsthilfegruppen sowie Hauskirchen. Experten schätzen die Zahl solcher Gruppen auf bis zu acht Millionen. Dazu kommen landwirtschaftliche Kooperativen. Die Organisationen sind in einem weit gefassten thematischen Spektrum tätig. Dies schließt Berufsverbände ebenso ein wie Umwelt- und Verbraucherschutz, Kultur- und Denkmalpflege, Völkerverständigung sowie Arbeit für Behinderte, bedrohte Tierarten, soziale Randgruppen, Minderheiten oder Aidskranke.

Die wichtigsten Organisationstypen sind die Massenorganisationen und die staatsnahen „Gongos“ (Government-organized nongovernmental organizations) sowie unabhängige Stiftungen, Wirtschafts-, Berufs- und Wissenschaftsverbände, Absolventenorganisationen, soziale Dienstleistungsorganisationen, kulturelle Vereinigungen, Trainings- und Beratungsorganisationen. Sie verfügen über einen

unterschiedlichen Grad an Autonomie und Nähe zu Partei und Staat. Die Massenorganisationen sowie die Gongos, zu denen viele Großstiftungen zählen, spielen nach wie vor die entscheidende Rolle in der Gesellschaft. Zu den Massenorganisationen gehören die All China Women's Federation, die All-China Federation of Trade Unions und die Youth League of China. Zu den Gongos zählen Hilfsorganisationen wie die China Charity Federation, die China Foundation for Poverty Alleviation und die China Youth Development Foundation mit ihrem Schulabbrecherprojekt Hope. Die Novellierung der Stiftungsverordnung im Jahr 2004 hat dazu geführt, dass sich einige größere Privatstiftungen registrieren konnten. Ein Beispiel ist die Jianguo Foundation, die 1993 von dem Shanghaier Unternehmer Jianguo Qu ins Leben gerufen wurde. Sie arbeitet zu Armutsbekämpfung, Nothilfe, Bildung und Altenpflege.

### Schwaches Mittelfeld

Das zivilgesellschaftliche Mittelfeld ist eher schwach ausgeprägt. Den parteinahen Massenorganisationen, die als Transmissionsriemen zwischen Partei und Gesellschaft fungieren, und den nach wie vor staatsnahen Gongos stehen viele kleine „grassroots organisations“ gegenüber. Es

fehlen unabhängige Organisationen mittlerer Größe. Zu den wenigen existierenden Organisationen im Mittelfeld könnte man die etablierten chinesischen Umweltorganisationen Friends of Nature (FON) und Global Village of Beijing (GVB) zählen sowie die christlich orientierte Amity Foundation in Nanjing.

Insgesamt sind Tiefe und Breite des zivilgesellschaftlichen Engagements noch schwach ausgeprägt, wie der Bericht des Civil Society Index ([www.civicus.org](http://www.civicus.org)) feststellt: Relativ wenige Chinesen engagieren sich dauerhaft als Freiwillige in registrierten Organisationen oder spenden regelmäßig, besonders außerhalb der modernen Metropolen. Das Engagement in privat gegründeten Organisationen ist auf die gebildeten Mittelschichten konzentriert.

Das Erdbeben vom 10. Mai in der Provinz Sichuan hat in China eine nie da gewesene Hilfs- und Spendenbereitschaft ausgelöst. Zehntausende Freiwillige waren im Erdbebengebiet im Einsatz, gespendet wurden bis Ende Mai 4,4 Milliarden Yuan, das sind 400 Millionen Euro. Das Engagement zivilgesellschaftlicher Organisationen und deren Zusammenarbeit mit staatlichen Stellen nach dem Erdbeben in Sichuan hat zu einer stärkeren Akzeptanz und Wertschätzung der Arbeit von NGOs beigetragen – bei den Behörden und teilweise auch in der Bevölkerung.

### Fürsorgliche „Schwiegermütter“

Die Bedingungen für die Registrierung von NGOs in China sind im internationalen Vergleich sehr restriktiv. Mitgliederbasierte Organisationen müssen 50 natürliche Personen oder 30 Rechtspersonen als Mitglieder nachweisen, Stiftungen mit einer Erlaubnis zur landesweiten Spendenwerbung einen Kapitalstock von acht Millionen Yuan (760.000 Euro). Hinzu kommen aufwendige Pflichten für die Registrierung. NGOs müssen nicht nur beim Ministerium für Zivile Angelegenheiten oder dessen lokalem Büro gemeldet sein, sondern auch bei einer staatlichen Organisation, die für die Arbeit der betreffenden NGO verantwortlich zeichnet und jährlich deren Aktivitäten prüfen muss. Man nennt diese Partnerorganisation „professional supervisory unit“ oder „professional leading unit“ – oder auch „Schwiegermutter-Organisation“. Hinzu kommen weitere Anforderungen wie geografische Beschränkungen: Pro Betätigungsfeld wird in der Regel nur eine Organisation je Kreis, Stadt oder Provinz zugelassen.

Viele Organisationen mit gemeinnütziger Ausrichtung, auch einige lokal tätige internationale Organisationen, konnten sich bei Industrie- und Handelsbüros registrieren. Sie haben dann rechtlich den Status eines Unternehmens und unterlie-

## politische ökologie

Die Zeitschrift für Querdenkerinnen und Vordenker

### China – Wirtschaftsmacht vor dem ökologischen Kollaps?

Chinas Wirtschaft brummt auf Kosten von Mensch und Umwelt: Wanderarbeiter(innen) schufteten zu Hungerlöhnen, Flüsse kippen um und Smog vernebelt die Städte.

Die *politische ökologie*<sup>110</sup> zeichnet ein nuanciertes Bild vom sozialen und wirtschaftlichen Wandel im bevölkerungsreichsten Land der Welt, benennt die vielfältigen (Umwelt-)Probleme und zeigt Wege aus der Umweltkrise auf.

- \_ Wer profitiert vom Aufschwung, wer verliert?
- \_ Welche Folgen des Klimawandels treffen China besonders stark?
- \_ Wie wichtig ist die Zivilgesellschaft für den Umweltschutz?

Mit Beiträgen von H. Schmidt-Glintzer, D. Fischer, C. Shi, E. Sternfeld, A. Oberheitmann u.v.a.

\_Stillen Sie Ihre Neugier!\_ Fordern Sie Heft 110 an\_14,90 EUR (inkl. Versand)/19,20 CHF!  
\_ISBN 978-3-86581-114-1\_ oekom verlag\_ Fax 089/54 41 84-49\_ neugier@oekom.de\_ www.oekom.de



## Bretter, die die Welt bedeuten

»Ötzi«, der Mann aus dem Eis, konnte bei seiner Gletscherbesteigung ebenso wenig darauf verzichten wie die Baumeister mittelalterlicher Kathedralen oder die Energieunternehmen unserer Tage: Holz ist als Werk-, Bau- und Brennstoff unentbehrlich. Dieser Band erzählt die Kulturgeschichte des Holzes und verschafft überraschende Einblicke in die Beziehung zwischen dem Naturstoff und seinem Nutznießer Mensch.

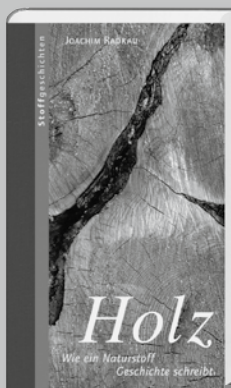
J. Radkau

### Holz

Wie ein Naturstoff Geschichte schreibt  
341 Seiten, mit zahlreichen  
Abbildungen, 24,90 EUR  
ISBN 978-3-86581-049-6



Erhältlich bei [www.oekom.de](http://www.oekom.de)  
[oekom@de.rhenus.com](mailto:oekom@de.rhenus.com)  
Fax +49/(0)81 91/97 000-405



gen zwar weniger strengen Anforderungen als die Nichtregierungsorganisationen im engeren Sinne, verlieren aber steuerliche Vergünstigungen. Neben landesweit gültigen rechtlichen Bestimmungen für die Registrierung und Führung von NGOs gibt es weitere unterschiedliche Vorschriften auf lokaler Ebene, die eine Registrierung für kleinere Organisationen teilweise erleichtern. Mit einigen großen internationalen NGOs bestehen Sonderabkommen.

Ein Entwurf zu einem neuen Gemeinnützigkeitsrecht ist seit Juni 2007 in der Diskussion. Es fanden mehrere Symposien mit internationalen Experten statt, aber bisher wurde noch kein grünes Licht für das Gesetzgebungsverfahren gegeben. Das Gesetz soll geregelte Rahmenbedingungen für Organisationen schaffen, die verstärkt öffentliche Spenden werben und Freiwillige rekrutieren wollen. Dazu soll es Voraussetzungen und Kriterien formulieren, die diese Organisationen erfüllen müssen, wie zu Akkreditierung, interner Verwaltung, Buchhaltung, Transparenz oder Registrierung von Freiwilligen.

### Skepsis und Hoffnung

In China sind einige große internationale Nichtregierungsorganisationen tätig, die sich als Akteure einer globalen Zivilgesellschaft verstehen. Manche sind als steuerpflichtige Firmen registriert, besitzen wie das Hilfswerk ActionAid programmbezogene Abkommen auf Provinzebene oder agieren wie Greenpeace steuerpflichtig unter einem anderen Namen als Firma. Andere international tätige Organisationen wie das Rote Kreuz besitzen allerdings aufgrund spezieller Vereinbarungen einen weitgehend befriedigenden Status.

Bei den Freiheiten und Möglichkeiten für zivilgesellschaftliche Akteure gibt es Fort- und Rückschritte. Im sogenannten themenanwaltlichen Bereich, besonders bei den Menschenrechten, unterliegen Organisationen in China starken Beschränkungen. Selbst Organisationen, die sich eigentlich nur mit Recherche und der Verbreitung von Informationen über sensible Themen wie HIV/Aids befassen oder Informationen über die Entwicklung der Zivilgesell-

schaft zusammentragen, können Probleme bekommen, wenn ihre Popularität wächst. So ging es der englischen Ausgabe des Informationsdienstes China Development Brief, die im Sommer 2007 ihre Aktivitäten und die Aktualisierung der Internetseiten nach zehn Jahren einstellen musste. In anderen Bereichen wie Sozialfürsorge oder Umweltschutz gibt es mehr Freiheiten. Viele internationale Akteure versuchen die Entwicklung der chinesischen Zivilgesellschaft zu fördern. Einerseits begegnet man in China diesem Anliegen mit Skepsis, weil man die systemverändernde Stoßrichtung US-amerikanischer NGOs und ihrer Partner in Russland und Osteuropa im Blick hat. Andererseits sieht man das Potenzial der NGOs, Aktivitäten des Staates im Sozialbereich zu ergänzen und harmoniebildend zu wirken.

Insgesamt ist es schwierig, hier einen eindeutigen Trend der Fort- oder Rückschritte auszumachen. Es ist aber festzustellen, dass NGOs in China inzwischen ein weites Spektrum an Themen besetzen, sich zunehmend international vernetzen und auch professioneller arbeiten als noch vor einigen Jahren. Es bleibt die Hoffnung, dass die politische Führung die Potenziale der NGOs erkennt und dass ihr Engagement – wie bei der Erdbebenhilfe geschehen – von der Bevölkerung zunehmend wertgeschätzt wird. NGOs können sich in China nur selten eine konfrontative Haltung gegenüber politischen Autoritäten leisten. Es ist jedoch vielen Organisationen gelungen, lokale und zentralstaatliche Akteure durch engagierte Arbeit allmählich davon zu überzeugen, dass sie einen wertvollen Beitrag zur Entwicklung einer „harmonischen Gesellschaft“ leisten können.

Dr. Berthold Kuhn ist Privatdozent am Fachbereich Sozial- und Politikwissenschaften der Freien Universität Berlin und arbeitet als Berater für das Bundesentwicklungsministerium (BMZ) im Ostasien-Referat.

Kontakt:  
Tel. +49 (0)228 / 5350  
E-Mail:  
[berthold.kuhn@t-online.de](mailto:berthold.kuhn@t-online.de)





## DNR INTERN

## Spitzengespräch

## Umweltverbände bei der Bundeskanzlerin

■ Was muss in der unter deutscher Präsidentschaft stehenden Vorbereitungsphase bis zum nächsten Biodiversitätsgipfel 2010 in Japan geschehen? Welche Punkte sind zentral für die Umsetzung der nationalen Biodiversitätsstrategie? Diese Fragen standen im Mittelpunkt des seit längerem angestrebten Gesprächs von Spitzenvertretern der deutschen Umweltverbände mit Bundeskanzlerin Angela Merkel am 24. Juli in Berlin. Diskutiert wurden auch die Rolle der Bundeskanzlerin in der Klimadebatte beim G8-Gipfel in Japan, das EU-Klimapaket sowie das in Meseberg verabschiedete Energie- und Klimaprogramm der Bundesregierung. Die Umweltverbände brachten Forderungen zum Fortschrittsbericht der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie und zur Überprüfung der EU-Agrarpolitik vor. Die Präsidenten und Vorsitzenden der beteiligten Verbände DNR, BUND, NABU, Greenpeace und VCD berichteten übereinstimmend von einem „guten Gespräch“. Den Deutschen Naturschutzring vertraten Präsident Hubert Weinzierl und Vizepräsident Manfred Niekisch. [rö, mb]

- ▶ DNR, Generalsekretär Helmut Röscheisen, Tel. +49 (0)160 / 97209108, E-Mail: sekretariat@dnr.de, www.dnr.de

### Biodiversitätsfonds

## Für neue Steueramnestie

■ Der Deutsche Naturschutzring (DNR) hat angeregt, einen neuen Vorstoß zur Rückführung von Kapital deutscher StaatsbürgerInnen aus Steueroasen im Ausland mit der Schaffung eines Biodiversitätsfonds zu verbinden. Einen entsprechenden Vorschlag, der auf ein Konzept des DNR-Verbandes Zoologische Gesellschaft Frankfurt

zurückgeht, unterbreitete DNR-Präsident Hubert Weinzierl im Mai dem Bundesumweltminister. Der DNR ist der Ansicht, dass ein neues Steueramnestiegesetz erfolgreicher als das Gesetz von 2003 sein kann, wenn zumindest ein Teil der eingehenden Gelder in einen speziellen Fonds zur Finanzierung globaler Schutzgebiete fließt. Wenn die bisherigen Steuerflüchtlinge mit der Rückführung ihres Kapitals zur globalen Sicherung der Biodiversität beitragen, so Weinzierl, könne eine Win-win-Situation erreicht werden. [mb]

- ▶ DNR, Generalsekretär Helmut Röscheisen, Tel. +49 (0)160 / 97209108, E-Mail: sekretariat@dnr.de, www.dnr.de

## AUS DEN VERBÄNDEN

### Deutscher Naturschutztag 2008

## Stimmt das Klima?

■ „Stimmt das Klima?“ Diese Frage bestimmt in doppeldeutiger Weise die Themen des 29. Deutschen Naturschutztages (DNT) vom 15. bis 19. September in Karlsruhe. Wie wirkt sich der bereits spürbare Klimawandel auf die Biodiversität aus und was bedeutet das für den Naturschutz? Und lässt sich auch in der Gesellschaft ein „Klimawandel“ feststellen, der sich in der Naturschutzarbeit niederschlägt? „Naturschutz im Umbruch“ ist daher der Untertitel des diesjährigen DNT. Der traditionsreiche Fachkongress findet seit 1925 statt.

In diesem Jahr steht der Naturschutz unter dem Eindruck großer Ereignisse und Veränderungen: Im Mai fand in Deutschland erstmals eine Vertragsstaatenkonferenz zur Konvention über die biologische Vielfalt statt. Das Naturschutzrecht des Bundes soll in einem Umweltgesetzbuch neu gestaltet werden. Die Bundesregierung hat eine umfassende nationale Strategie zur biologischen Vielfalt verabschiedet. Schließlich stellt der Klimawandel in vielerlei Hinsicht eine besondere Herausforderung für den Naturschutz dar. Auf dem

Naturschutztag werden diese und andere aktuelle Themen bei den Eröffnungsveranstaltungen sowie in den folgenden Tagen mit Plenumsvorträgen und Fachveranstaltungen aufgegriffen und diskutiert.

Das Themenspektrum ist breit und ermöglicht einen Überblick über den aktuellen Stand der Fachdiskussion. Die Veranstaltungen geben Anregungen für das Wirken vor Ort bis hin zur internationalen Ebene, sowohl für den beruflichen als auch für den verbandlichen und ehrenamtlichen Naturschutz.

Besondere Naturschönheiten Baden-Württembergs lernen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer bei den Exkursionen kennen. Im Foyer des Kongresszentrums können sie sich in Ausstellungen, an Ständen und in einer Medienecke informieren. Die Stadt Karlsruhe bietet ein Rahmenprogramm für die Bevölkerung an. Neben dem fachlichen Austausch bietet der DNT auch Gelegenheit zum persönlichen Kennenlernen. [DNT, mb]

- ▶ Fachinformation: DNR, Helga Inden-Heinrich, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 3590-05, Fax -96, E-Mail: helga-inden-heinrich@dnr.de
- ▶ Anmeldung: Bundesverband Beruflicher Naturschutz (BBN), Bonn, Tel. +49 (0)228 / 8491-3244, -1401, E-Mail: mail@bbn-online.de
- ▶ Programm, Organisatorisches: www.deutscher-naturschutztag.de

### UN-Biodiversitätsgipfel

## Umweltverbände sahen Licht und Schatten

■ Der Deutsche Naturschutzring (DNR) und das Forum Umwelt und Entwicklung haben eine Bewertung der Ergebnisse der 9. Vertragsstaatenkonferenz (COP 9) zur Konvention über die biologische Vielfalt veröffentlicht. Von dem UN-Gipfel, der im Mai in Bonn stattfand, hatte eigentlich das Signal ausgehen sollen, dass der Verlust der biologischen Vielfalt bis 2010 gestoppt werden kann. Dieses Ziel war 2002 auf dem Weltgipfel in Johannesburg beschlossen worden. Für Bonn hatten die deutschen

Umwelt- und Entwicklungsverbände zehn Kriterien formuliert, um die Fortschritte im Biodiversitätsschutz zu bewerten.

Die Auswertung zeigt sehr unterschiedliche Ergebnisse. Die Vertragsstaaten waren nach Ansicht der Verbände nicht in der Lage, auf die globalen Herausforderungen angemessen zu reagieren. Von den zehn Forderungen wurden zwei erfüllt: Es wurden neue Meeresschutzgebiete ausgewiesen und De-facto-Moratorien für Gen-Bäume und Ozeandüngung beschlossen. Fünf Forderungen wurden teilweise erfüllt – drei dagegen überhaupt nicht: Dem Urwaldverlust und dem illegalen Holzhandel setzte die Konferenz nichts entgegen und über die Einführung qualifizierter Mehrheitsentscheidungen bei künftigen Konferenzen wurde nicht gesprochen. Für Deutschland, das nun die Präsidentschaft der Biodiversitätskonvention bis Ende 2010 innehat, „sollte diese Bilanz ein Signal sein, die bisherigen Anstrengungen nicht abreißen zu lassen, sondern noch zu verstärken“, schreiben die Verbände. [mb]

- ▶ Bewertung: [www.biodiv-network.de](http://www.biodiv-network.de) (Deutsche NGOs bewerten die COP 9)
- ▶ DNR/Forum Umwelt und Entwicklung, Projekt COP 9, Günter Mitlacher, Bonn, Tel. +49 (0)170 / 8391552, E Mail: [mitlacher@forumue.de](mailto:mitlacher@forumue.de)

## EHRENAMT

### Generationsübergreifende Dienste

## Modellprogramm beendet

■ Auf einer bundeszentralen Fachtagung im Juni haben VertreterInnen von 54 Modellprojekten die Ergebnisse des abgelaufenen Modellprogramms „Generationsübergreifende Freiwilligendienste“ erörtert. Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen würdigte die erfolgreiche Arbeit der beteiligten Projekte, die mit der Einbeziehung von fast 9.000 Freiwilligen einen entscheidenden Beitrag zur Stärkung der Zivilgesellschaft geleistet hätten. Allerdings markierte der Festakt zugleich

das Ende vieler Projekte, da das Ministerium 2009 ein neues Modellprogramm auflegt. Mit dem Generationsübergreifenden Ökologischen Freiwilligendienst (GÖF) hatte sich auch eine Umweltorganisation an dem Programm beteiligt: Die Stiftung Naturschutz Berlin gewann 200 Menschen für ein verbindliches Engagement. [mb]

- ▶ Stiftung Naturschutz Berlin, GÖF, Tel. +49 (0)30 / 263940, E-Mail: [guelf@stiftung-naturschutz.de](mailto:guelf@stiftung-naturschutz.de), [www.stiftung-naturschutz.de/guef](http://www.stiftung-naturschutz.de/guef)

### Aufruf zur Engagement-Woche

## Naturschutz ist Schwerpunkt

■ In diesem Jahr findet die bundesweite „Woche des bürgerschaftlichen Engagements“ vom 19. bis 28. September statt und hat Umwelt und Naturschutz als Schwerpunkt – neben Bildung und sozialem Engagement. Organisator ist das Bundesnetzwerk für Bürgerschaftliches Engagement.

Der Arbeitskreis Ehrenamt des Deutschen Naturschutzrings ruft die DNR-Mitgliedsverbände auf, sich an der Aktionswoche zu beteiligen und Mitmachaktionen wie Ernteeinsätze auf schutzwürdigen Obstwiesen oder die Instandhaltung von Naturerlebnispfaden anzubieten. DNR-Mitglieder wie der Deutsche Wanderverband haben bereits zahlreiche Aktivitäten angemeldet.

Jeder Veranstalter kann seine Aktion auf der Internetseite [www.engagement-macht-stark.de](http://www.engagement-macht-stark.de) eintragen („Veranstaltung anmelden“) und so öffentlich zugänglich machen. Auf der gleichen Internetseite können Faltblätter zur Aktionswoche bestellt werden („Material bestellen“). Auch ein Magazin wird gedruckt. Der DNR-Arbeitskreis Ehrenamt bittet darum mitzuteilen, was für Aktionen durchgeführt wurden, um mit den gesammelten Angaben politischen Druck für mehr Anerkennung der Freiwilligenarbeit zu erzeugen. [jg]

- ▶ DNR, Arbeitskreis Ehrenamt, Juliane Grüning, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 6781775-81, Fax -80, E-Mail: [juliane.gruening@dnr.de](mailto:juliane.gruening@dnr.de)
- ▶ [www.engagement-macht-stark.de](http://www.engagement-macht-stark.de)

### Jugendfreiwilligendienste

## Wirrwarr um Steuerpflicht

■ Nach Inkrafttreten des neuen Jugendfreiwilligendienstegesetzes (JFDG) am 1. Juni versuchen viele Träger des Freiwilligen Ökologischen und Sozialen Jahres (FÖJ/FSJ), mit neuen Vertragsregelungen eine drohende Umsatzsteuerpflicht zu vermeiden. Wie das Verhältnis von Freiwilligen, Trägern und Einsatzstellen steuerrechtlich neu gestaltet werden soll, ist noch unklar. Die Finanzministerien haben daher beschlossen, dass vor dem 1. Oktober 2008 geschlossene Verträge steuerrechtlich nicht beanstandet werden.

Wesentliche Neuerungen im neuen Jugendfreiwilligendienstegesetz sind:

- ▶ FÖJ und FSJ sind jetzt in einem Gesetz zusammengefasst.
- ▶ Als Ziel und Fördervoraussetzung wird die Förderung der Bildungs- und der Beschäftigungsfähigkeit der Jugendlichen hervorgehoben.
- ▶ FÖJ und FSJ werden auch dem bürgerschaftlichen Engagement zugeordnet.
- ▶ Die Tätigkeit soll jetzt an Lernzielen orientiert sein.
- ▶ Neu ist der Kompetenzbegriff. So soll die pädagogische Begleitung die Vermittlung sozialer, kultureller und interkultureller Kompetenzen sicherstellen und „ein kompetentes Handeln für Natur und Umwelt fördern“.
- ▶ Neu sind Kombinationsmöglichkeiten, etwa je sechs Monate FÖJ und FSJ, bis zur Höchstdauer von 18 Monaten; auch ein kombinierter Dienst im In- und Ausland mit Abschnitten von mindestens drei Monaten ist möglich.
- ▶ Zeitliche Ausnahmen sind im Rahmen besonderer pädagogischer Konzepte möglich, etwa 24-monatiger Dienst oder unterbrochener Dienst bei mindestens dreimonatigen Abschnitten.
- ▶ Um die Umsatzsteuerpflicht zu vermeiden, können auch Verträge zwischen drei Parteien geschlossen werden, die Rechte und Pflichten – etwa die Arbeitgeberfunktion – anders verteilen. [mb]
- ▶ Gesetzestext: [www.bgbportal.de/BGBL/bgb11f/bgb108s0842.pdf](http://www.bgbportal.de/BGBL/bgb11f/bgb108s0842.pdf)

Haftung**Ehrenamtliche Vorstände sollen entlastet werden**

■ Der Bundesrat hat einen Gesetzesentwurf beschlossen, mit dem das Haftungsrisiko von ehrenamtlichen Vorständen in gemeinnützigen Vereinen begrenzt werden soll. Das teilte das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) im Juli mit. Nach dem Entwurf sollen ehrenamtliche Vorstandsmitglieder nur haften, wenn sie vorsätzlich oder grob fahrlässig gehandelt haben. Der Bundesrat begründet dies damit, dass in bestimmten Bereichen die Pflichten für unentgeltlich tätige Vorstandsmitglieder unzumutbar streng seien. Ehrenamtliche Vorstandsmitglieder dürfen nicht für das Handeln ihrer Kollegen in Haftung genommen werden. Das Haftungsrisiko soll an die konkrete Aufgabenverteilung im Vorstand geknüpft werden. Der Gesetzesentwurf wird der Bundesregierung zugeleitet, die ihn zusammen mit ihrer Stellungnahme dem Bundestag zur Beschlussfassung vorlegen wird. [mb]

- Bundesrats-Drucksache 399/08, Download: [www.kurzlink.de/br-drs-399-08.pdf](http://www.kurzlink.de/br-drs-399-08.pdf)

Verlosungsaktion**Mitgliederdaten schneller per Software verwalten**

■ Ein neues PC-Programm will das Vereinsmanagement effektiver machen. „GS-Verein 2008“ richtet sich an Vereine, die viele Mitglieder verwalten müssen. Das von dem Wirtschaftssoftwarespezialisten Sage entwickelte Programm bringt alle Mitgliederdaten mit dem E-Mail-Programm Outlook zusammen. Das vereinfacht das Buchen von Beiträgen, die Verwaltung von Kursteilnehmern oder die Mitgliederkommunikation. Die Mitgliederzahlen oder die Finanzsituation des Vereins sind zu jedem Zeitpunkt abrufbar. GS-Verein deckt laut Anbieter auch Schwachstellen in der Vereinsverwaltung auf. 89 Euro

netto kostet ein Einzelplatzprogramm.

Die Redaktion verlost drei von der Firma Sage kostenlos zur Verfügung gestellte Softwarepakete unter DNR-Mitgliedsverbänden und ihren Untergliederungen. Anfragen können unter dem Stichwort „Vereinssoftware“ bis zum 10. September an die Redaktion gerichtet werden. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. [mb]

- [www.sage.de/gs-verein](http://www.sage.de/gs-verein)

## PREISE &amp; AUSSCHREIBUNGEN

Gleichstellungspreis**Prix Egalité für Greenpeace**

■ Der Schweizer Prix Egalité ist an Greenpeace verliehen worden. Die Sektion des Landes erhielt die Auszeichnung des Kaufmännischen Verbandes in der Kategorie „Kleine Unternehmen und NGOs“ wegen seiner „ausgeprägten Sensibilität“ für die Gleichstellung von Männern und Frauen, vor allem die Vereinbarkeit von Familie und Arbeit bis in die Leitungsebene.

Nach dem Leitbild von Greenpeace Schweiz soll das Geschlechterverhältnis auf allen Ebenen der Organisation ausgewogen sein. Die Strukturen und Arbeitsbedingungen „müssen den Bedürfnissen beider Geschlechter gerecht werden“. Zurzeit sind 43 Prozent der Führungspersonen sowie die Stiftungsratspräsidentin Frauen. Greenpeace hat Teilzeitstellen bis zur obersten Führungsebene sowie flexible Arbeitszeiten eingeführt, den Vaterschaftsurlaub von einer auf vier Wochen verlängert und die Kinderzulagen aufgestockt. Mit einer aktiven Laufbahnplanung und Nachwuchsförderung will die Organisation in Zukunft ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis auch auf der obersten Führungsebene sowie in jedem einzelnen Team erreichen. [mb]

- [www.prix-egalite.ch](http://www.prix-egalite.ch)
- Greenpeace Schweiz, Personalmanagerin Verena Mühlberger, Zürich, Tel. +41 (0)44 / 44741-58, Fax -99, [www.greenpeace.ch](http://www.greenpeace.ch)

Woche der Mobilität**Zu Fuß zur Schule**

■ Der Verkehrsclub VCD und das Deutsche Kinderhilfswerk rufen dazu auf, bei der internationalen Woche der Mobilität mitzumachen. Mit der vom 22. bis zum 28. September laufenden Aktion „Zu Fuß zur Schule“ sollen Kinder motiviert werden zu Fuß, mit dem Fahrrad oder dem Roller zur Schule zu kommen. Beide Organisationen unterstützen Projekte von Schulklassen, die Kindern helfen, sich eigenständiger im Straßenverkehr zu bewegen, um so besser auf mögliche Gefahren reagieren zu können. Die Ergebnisse der Aktionen können niedergeschrieben, als Fotos auf ein Plakat gebracht, gemalt oder gebastelt werden. Das Deutsche Kinderhilfswerk verlost unter allen Einsendungen eine Klassenfahrt in den Movie Park bei Bottrop. Einsendeschluss ist der 5. Oktober. [tt]

- Deutsches Kinderhilfswerk, Holger Hofmann, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 308693-22, E-Mail: [hofmann@dkhw.de](mailto:hofmann@dkhw.de), [www.dkhw.de](http://www.dkhw.de)

Klimaschutzwettbewerbe**Poster und Kurzfilme gefragt**

■ Germanwatch schreibt zwei Wettbewerbe zu Klimathemen aus. Am 20. Oktober ist Einsendeschluss für einen Posterwettbewerb. Die Themen Emissionshandel, Kohlememorandum, Erneuerbare-Energien-Gesetz, internationaler Waldschutzfonds und Toprunneransatz stehen zur Auswahl. Zu gewinnen sind 1.000 Euro und die Präsentation der Poster bei den UN-Klimaverhandlungen in Poznań im Dezember.

Zum Thema „Klimawandel und Armutsbekämpfung“ werden bis zum 20. September Drehbücher für Kurzfilme gesucht. Das Sieger-Drehbuch wird mit 1.000 Euro Preisgeld als Film realisiert. [mb]

- Germanwatch, Rixa Schwarz, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 60492-25, Fax -19, E-Mail: [schwarz@germanwatch.org](mailto:schwarz@germanwatch.org), [www.germanwatch.org/klima](http://www.germanwatch.org/klima) (Klimaexpedition)

## REZENSIONEN

## Wie König Kunde sich Macht zurückerobert

Mit systematischen Verschleierungstaktiken werden VerbraucherInnen bei Produktinformationen abgespeist, kritisiert Thilo Bode. Weshalb eine Politik mit dem Einkaufskorb kaum funktioniert und eher ziviler Ungehorsam und verbindliche Gesetze angesagt sind.



■ Wie kann ich sicher sein, dass die Salami frei von chemischen Zusätzen und Farbstoffen ist? Kann ich ohne Bedenken diesen Salat essen? Thilo Bode antwortet in seinem Buch „Abgespeist“ mit einem klaren

Nein. Denn, so seine These, der Lebensmittelmarkt sei für die Verbraucherinnen und Verbraucher völlig intransparent. Es gebe keine Regeln, die ihnen dienen.

Stattdessen verspreche die Lebensmittelindustrie Illusionen, schreibt der Autor. Grasende Kühe auf der Milchpackung suggerierten, dass die Milch tatsächlich von einem idyllischen Bauernhof kommt. Die Marke Landleibe beispielsweise wirbt zudem mit Standards, die ohnehin dem Gesetz entsprechen: Die Bezeichnung artgerecht heißt in diesem Fall vermutlich, dass die Tierschutzgesetze eingehalten werden. Weitere Erläuterungen gibt es nicht.

Bode wirft den großen Lebensmittelherstellern eine systematische Verwirrungsstrategie und Verschleierungstaktik in der Informationspolitik vor. Viel zu klein geschrieben seien die Hinweise auf den Verpackungen und meist nicht zu verstehen. Wer weiß schon, dass die Kennzeichnung als natürliches Aroma lediglich voraussetzt, dass diese Aromen aus einem „verzehrfähigen“ Rohstoff bestehen, zum Beispiel aus dem Extrakt eines Holzpilzes. Wer weiß, was sich hinter den E-Nummern verbirgt, mit denen über 300 erlaubte Lebensmittelzusatzstoffe deklariert sind? Mal abgesehen von der Frage, ob wir solche Zusätze überhaupt brauchen.

Ein vorsorglicher Gesundheitsschutz, wie er im Lebensmittelgesetz festgeschrieben ist, wird mit einer solchen Intransparenz

unterlaufen. Auch dass eine gesunde Ernährung vom Geldbeutel des Kunden abhängt, kritisiert Thilo Bode. Die „Zwei-Klassen-Ernährung“ nennt er „gesetzeswidrig“. Sie widerspreche dem Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit.

Der Autor sieht allerdings eine begrenzte Marktmacht der Verbraucher. Die von Politikern gepriesene Politik mit dem Einkaufskorb ändere nichts. Vielmehr müsse der Gesetzgeber eingreifen und das Verursacherprinzip, wie es in der Umweltpolitik gilt, auch in der Landwirtschaft anwenden. Weitere Vorschläge: Verbot der Hälfte der EU-weit erlaubten Zusatzstoffe, mehr Transparenz, keine irreführende Werbung und ein wirkliches Verbraucherinformationsgesetz, das Ross und Reiter nennt, sowie ein Unternehmensstrafrecht.

An die Verbraucher appelliert Bode, Mut zum zivilen Ungehorsam zu zeigen. König Kunde sollte auch mal einen Supermarkt blockieren, der Obst mit Pestiziden anbietet. Verbraucherverbände müssten Zugang zur Lebensmittelkommission bekommen. „Nur organisierte Macht ist Macht“, schreibt Bode und bleibt damit leider vage und allgemein. Ganz im Gegensatz zum Kapitel „Gute Lebensmittel nur für Reiche“, in dem er detailliert fordert, was der Staat machen soll. „Abgespeist“ ist eine radikale Analyse des deutschen, aber auch globalen Lebensmittelmarktes. Der Autor provoziert mit seinen stets fundiert recherchierten Beispielen. Er will uns Verbraucherinnen und Verbraucher ermutigen, die Spielregeln des Marktes zu verändern. Damit wir unser tägliches Brot wieder ohne mulmiges Gefühl genießen können.

[Marion Busch]

► Bode, T.: Abgespeist. Wie wir beim Essen betrogen werden und was wir dagegen tun können. Fischer, Frankfurt am Main 2007, 253 S., 14,90 €, ISBN 978-3-10-004307-8

## Nachhaltigkeit ökonomisch

Das geltende Wirtschaftsdenken ist in einer tiefen Krise. Zeit für eine andere Ökonomiesicht, die ganzheitlich auf dynamische Prozesse eingeht und Natur und Kultur verbindet.



■ Im Unterschied zur Standardökonomie versteht die Ökonomie der Nachhaltigkeit das sozioökonomische System als Subsystem des übergreifenden natürlichen Systems, von des-

sen Produktiv- und Wertschöpfungskraft alles menschliche Wirtschaften lebt und auf das es sich auswirkt. Eine ganzheitliche Systemsicht und ein auf dynamischen, offenen, unbestimmten und irreversiblen Prozessen beruhendes Problemverständnis sind hierfür die Grundlage. Während die auf dem Newtonschen Weltbild basierende Standardökonomie die Wirtschaft als von der Natur und den anderen kulturellen Systemen abgetrennt wahrnimmt, sucht die Ökonomie der Nachhaltigkeit nach den Verbindungen, Gemeinsamkeiten und Beziehungsmustern zwischen Natur, Wirtschaft und Gesellschaft. Es geht um die integrative Entwicklung des sozioökonomischen und des ökologischen Systems.

Die zentrale Herausforderung der Ökonomie der Nachhaltigkeit liegt in der Krise der Wirtschaft, Politik und Gesellschaft im Umgang mit der natürlichen und der sozialen Mitwelt. Volker Stahlmann vermittelt in seinem Lehrbuch einen breiten Einblick in die ökologischen und sozialen Problemfelder wie Klimawandel oder Bildungsmisere. Dabei stützt er seine Argumentation mit aktuellen empirischen Daten und eröffnet durch Literaturhinweise Möglichkeiten zur Vertiefung.

Das Buch wendet sich vor allem an Studierende der Wirtschaftswissenschaft und interessierte Praktiker. Einem anwendungsorientierten Lehrbuch entsprechend steht die Theorie nicht im Vordergrund.



Vielmehr geht es um die Gestaltung umweltgerechter Produktionsstrukturen, das heißt eine dauerhaft ökologisch verträgliche Wirtschaftsweise. Zahlreiche Beispiele veranschaulichen die Argumentation.

Besonders empfehlenswert ist der umfangreiche letzte Buchteil, der Nachhaltigkeit im einzelwirtschaftlichen Bereich behandelt – hauptsächlich in Unternehmen, aber auch in privaten Haushalten.

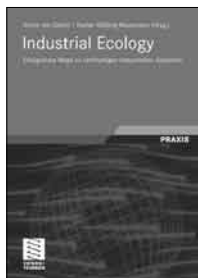
Aus Sicht der sozial-ökologischen Betriebswirtschaftslehre müssen Unternehmen zwar rentabel arbeiten, haben aber „Spielräume in der Definition von Sachzielen, der Standortwahl und Flächennutzung, der Verfahrenswahl, der Organisation von Beschaffungsvorgängen, der Konstruktion von Produkten, der Abfassung von Werbebotschaften, der Beratung von Kunden und in vielem mehr.“ Demzufolge wird das Unternehmen als ein Gebilde mit ökologischen, kulturellen, sozialen, ökonomischen, technischen und politischen Dimensionen gesehen. Dies schlägt sich im Zielsystem und der strategischen Ausrichtung von Unternehmen nieder, aber auch in Rechnungswesen und Controlling, Marketing, Materialwirtschaft und Logistik, Produktionswirtschaft, Finanzierung und Investitionen, Personalwirtschaft, Organisation und Informationswirtschaft sowie der Nachhaltigkeitsberichterstattung.

Die knappe Behandlung des Bereichs der privaten Haushalte ist angesichts der 300 Seiten wohl der notwendigen Begrenzung geschuldet. Den Text ergänzen ein umfassendes Glossar der wesentlichen Begriffe und wertvolle Hinweise auf Leitfäden, Internetadressen sowie Umweltorganisationen. Das Buch schließt mit einem zwölfteiligen künstlerischen Zyklus zum Thema Zeiten, der die Verblendung im Umgang mit der Natur, aber auch die Chance einer neuen Sichtweise vor Augen führt und die Potenziale der Kunst zeigt, Probleme aus ganzheitlicher Sicht verstehen, erklären und vermitteln zu können.

[Eva Lang]

- ▶ Stahlmann, V.: Lernziel: Ökonomie der Nachhaltigkeit. Eine anwendungsorientierte Übersicht. oekom, München 2008, 330 S., 49,90 €, ISBN 978-3-86581-099-1

## Von Ökosystemen Nachhaltigkeit lernen



Industrial Ecology (IE) – so heißt die Forschungsrichtung, die der Frage nachgeht, wie nachhaltig die Industrie an die Ökosysteme angepasst werden können. Diese Anpassung oder Vorbildfunktion der Ökosysteme soll auf der Basis einer „gerechten und ökonomisch stabilen gesellschaftlichen Entwicklung“ vonstattengehen. (So viel zur Definition der Industrial Ecology.)

Arnim von Gleich und Stefan Gößling-Reisemann gehen in ihrem Buch „Industrial Ecology – Erfolgreiche Wege zu nachhaltigen industriellen Systemen“ einerseits auf den Begriff IE selbst ein, indem sie sowohl die gegenwärtige Definition und Zielsetzung erwähnen als auch mit der Fragestellung „Industrial Ecology als Wissenschaft der Nachhaltigkeit?“ einen Blick in die Zukunft wagen.

Andererseits werden die verschiedenen Bereiche behandelt, in denen Industrial Ecology zum Tragen kommt, seien es Treibstoffe auf Basis nachwachsender Rohstoffe, die Gewinnung edler Produkte aus Abfall oder ökologische Nachhaltigkeit im textilen Massenmarkt. Den Ausgangspunkt für jedwede Diskussion über Nachhaltigkeit im Allgemeinen und Industrial Ecology im Speziellen sehen die beiden Herausgeber in einer Definition der Tragkapazitäten der Erde beziehungsweise der Ökosysteme. Diese geben an, wie viele Ressourcen die Erde einerseits zur Verfügung stellt und wie viele Emissionen sie andererseits in der Lage ist aufzunehmen.

Andererseits werden die verschiedenen Bereiche behandelt, in denen Industrial Ecology zum Tragen kommt, seien es Treibstoffe auf Basis nachwachsender Rohstoffe, die Gewinnung edler Produkte aus Abfall oder ökologische Nachhaltigkeit im textilen Massenmarkt. Den Ausgangspunkt für jedwede Diskussion über Nachhaltigkeit im Allgemeinen und Industrial Ecology im Speziellen sehen die beiden Herausgeber in einer Definition der Tragkapazitäten der Erde beziehungsweise der Ökosysteme. Diese geben an, wie viele Ressourcen die Erde einerseits zur Verfügung stellt und wie viele Emissionen sie andererseits in der Lage ist aufzunehmen.

Arnim von Gleich und Stefan Gößling-Reisemann haben sich für ihr Buch Experten aus verschiedensten Bereichen gesucht. Manche Themenartikel sind mit Vorsicht zu genießen, etwa die aus umweltpolitischer Sicht etwas unkritischen Betrachtungen eines Autors aus der Biodieselbranche in dem Abschnitt „Mit Biodiesel in die Zukunft“.

„Industrial Ecology“ setzt sich in für wissenschaftliche Untersuchungen recht verständlicher Sprache vielseitig mit IE auseinander. Ein guter Einstieg ins Thema. [Isabel Oettinger]

- ▶ Gleich, A. v.; Gößling-Reisemann, S. (Hrsg.): Industrial Ecology. Erfolgreiche Wege zu nachhaltigen industriellen Systemen. Vieweg + Teubner, Wiesbaden 2008, 382 S., 29,90 €, ISBN 978-3-8351-0185-2

## Umweltlehrbuch für Betriebe



Qualität setzt sich durch! Dieser Marketingspruch trifft zumindest auf die neue Auflage des Buches „Betriebliches Umweltmanagement“ zu. Schon die erste

Auflage 2001 konnte überzeugen. Nun liegt die dritte, aktualisierte und bearbeitete Auflage in der bewährten Herausgeberschaft von Annett Baumast und Jens Pape vor und wieder ist das Niveau der Beiträge hoch.

Das Werk gehört zu den wenigen Lehrbüchern, die Theorie und Praxis des betrieblichen Umweltschutzes geschickt zusammenbringen und didaktisch gut aufbereitet darstellen. So werden am Anfang eines jeden Beitrags – ganz klassisch – die Lernziele genannt und dann das nötige Wissen klar gegliedert und anschaulich dargeboten. Dabei machen nicht nur die vielen Fallbeispiele das Buch lesenswert, sondern auch die Übungsaufgaben am Ende eines jeden Beitrags.

Alle 25 Autorinnen und Autoren des Lehrbuchs sind Mitglieder des Doktoranden-Netzwerks Nachhaltiges Wirtschaften (DNW; [www.doktoranden-netzwerk.de](http://www.doktoranden-netzwerk.de)). Sie repräsentieren eine neue Wissenschaftlergeneration, die auf komplexe Umweltsachverhalte problemgerecht eingehen kann. Der Querschnittsblick der Beiträge und der interdisziplinäre Ansatz des Buches machen Umweltmanagement lebendig. In 18 Beiträgen werden alle wichtigen

# ÖKOLOGIE & LANDBAU

Zeitschrift für  
ökologische Landwirtschaft

## Schwerpunkt in Heft 147

### Wachstumsmarkt Bio

- Bio sucht Bauer
- Bereitschaft zur Umstellung im Osten steigt
- Bio-Produkte werden von überall her importiert

## Themen in Heft 147 aus Forschung, Praxis und Beratung

- Anbindehaltung von Bio-Rindern
- Wie einst: Das Pferd als Zugtier
- Das neue Gentechnikrecht
- Blütenbestäuber und Artenvielfalt

Herausgeber: Stiftung Ökologie & Landbau (SÖL) |  
Erscheinungsweise: vier Ausgaben pro Jahr |  
Einzelhefte: 9,90 EUR (zzgl. Porto) |  
Abo (zzgl. Versand): Privatbezieher 29,- EUR |  
Firmen/Organisationen 45,- EUR | ermäßigt 20,- EUR

**Bestellen Sie jetzt Ihr Probeabo\***  
(zwei Ausgaben für nur 7,95 Euro) bei:  
oekolandbau@oekom.de oder oekom verlag |  
Waltherstraße 29 | D-80337 München |  
Fax +49 / (0)89 / 544184-49 | www.oekom.de

\* Sie erhalten ein vergünstigtes Probeabo, beginnend mit der aktuellen Ausgabe. Wenn Ihnen Ökologie & Landbau gefällt und Sie nicht bis spätestens 10 Tage nach Erhalt des zweiten Heftes schriftlich kündigen, erhalten Sie Ökologie & Landbau automatisch im regulären Abonnement.



Foto: Schweisfurth-Stiftung

Themen und Begriffe abgehandelt. Beiträge zu Supply Chain Management, Sustainability Balanced Scorecard und Corporate Social Responsibility (CSR) wurden in der dritten Auflage neu aufgenommen oder grundlegend überarbeitet.

Durch die umfangreichen Literatur- und Abkürzungsverzeichnisse, das Sachregister und die originelle „Gebrauchsanweisung“ ist das Buch eine Fundgrube für nachhaltiges Wirtschaften. Doch nichts ist so gut, dass es nicht noch besser werden könnte: Einige Hinweise im Sachregister führen ins Leere. Diese Lücke sollte in der vierten Auflage geschlossen werden. Insgesamt ist das Buch für die anspruchsvolle Auseinandersetzung mit betrieblichem Umweltschutz in Lehre und Praxis sehr zu empfehlen. [Edmund A. Spindler]

► Baumast, A.; Pape, J. (Hrsg.): Betriebliches Umweltmanagement. Nachhaltiges Wirtschaften in Unternehmen. Eugen Ulmer, Stuttgart 2008, 297 S., 24,90 €, ISBN 978-3-8001-5564-4

## Biodiversitätsverlust macht krank

■ Das Buch „Sustaining Life – How Human Health depends on Biodiversity“ warnt davor, dass der Verlust von Artenvielfalt letztlich auch krank machen kann. Denn, so die Autoren, wenn der alarmierende Biodiversitätsverlust nicht erfolgreich bekämpft wird, gehen der Menschheit eine neue Generation von Antibiotika und neue Behandlungsmethoden für Krankheiten verloren. Schließlich hält die Natur bisher unentdeckte Rezepte für eine erfolgreiche Krankheitsbekämpfung bereit, die durch den Biodiversitätsverlust vielleicht auch niemals gefunden werden. „Sustaining Life“ ist eine verständliche Abhandlung zu diesem Thema, das eine große Lücke in der Naturschutzargumentation zu füllen vermag. [bv]

► Chivian, E.; Bernstein, A. (Hrsg.): Sustaining Life. How Human Health Depends on Biodiversity, Oxford University Press, Oxford 2008, 568 S., 18,99 £, ISBN 978-0-19-517509-7

## INTERNET

### Alles im Meer auf einer Seite

■ World Register of Marine Species heißt das von dem internationalen Forschernetzwerk Organisation Census of Marine Life (CoML) ins Leben gerufene Onlineverzeichnis aller bekannten Meereslebewesen. Die Webseite informiert über die Artensystematik und beschreibt Lebensraum und Lebensweise. Bis jetzt umfasst das Verzeichnis 122.500 Arten, bis 2010 soll es fertiggestellt sein. Mit dem Register soll es einfacher sein, marine Arten zu überwachen und zu schützen. Außerdem soll die Forschung dadurch gefördert werden. Taxonomen gehen von mindestens einer Millionen mariner Arten aus, von denen gerade einmal 2.500 bekannt sind. [io]

► [www.marinespecies.org](http://www.marinespecies.org)

### Klügere Autos in Stadt und Umland

■ Citypendler ist eine neue Plattform für innerstädtische und Umlandpendler. Mitfahrgelegenheiten für Kurzstrecken können hier gesucht oder angeboten werden. Bis jetzt gibt es Citypendler für Berlin, Hamburg, München, Köln, Stuttgart, Bremen, Frankfurt am Main, Leipzig, Dresden und für Nordrhein-Westfalen. Die Initiatoren wollen durch eine Vernetzung von StadtbewohnerInnen das Autofahren so ökologisch wie möglich gestalten. [io]

► [www.citypendler.de](http://www.citypendler.de)

### Globalisierung und Eine Welt

■ Das Portal Globales Lernen bietet zahlreiche Informationen zum Thema Globalisierung und Eine Welt. Es ist eine Übersichtsseite zu aktuellen Informationen, Aktionen, Broschüren und Unterrichtsmaterialien. Außerdem gibt es viele Links, zum Beispiel zu Seiten, die Länderdatenbanken zur Verfügung stellen. [io]

► [www.globaleslernen.de](http://www.globaleslernen.de)

## NEU ERSCHEINEN

- ▶ Backhaus-Maul, H. et al.: **Corporate Citizenship in Deutschland – Bilanz und Perspektiven.** VS-Verlag, Wiesbaden 2008, 541 S., 39,90 €, ISBN 978-3-531-15959-1
- ▶ Bals, C. et al./Germanwatch (Hrsg.): **Die Welt am Scheideweg: Wie retten wir das Klima?** Rowohlt, Reinbek 2008, 320 S., 16,90 €, ISBN 978-3-498-00653-2
- ▶ Baumast, A.; Pape, J. (Hrsg.): **Betriebliches Umweltmanagement. Nachhaltiges Wirtschaften im Unternehmen.** Eugen Ulmer, Stuttgart 2008, 297 S., 24,90 €, ISBN 978-3-8001-5564-4
- ▶ Brickwedde, F. et al.: **Nachhaltigkeit in der Chemie. 13. Internationale Sommerakademie St. Marienthal.** Erich Schmidt, Berlin 2008, 39,80 €, ISBN 978-3-503-11003-2
- ▶ Brunnengräber, A. et al.: **Das Klima neu denken. Eine sozial-ökologische Perspektive auf die lokale, nationale und internationale Klimapolitik.** Westfälisches Dampfboot, Münster 2008, 250 S., 24,90 €, ISBN 978-3-89691-732-4
- ▶ Cheng Q.: **Ein Porträt der Klimapolitik Chinas.** Germanwatch, Bonn/Berlin 2008, 36 S., 5,- €, ISBN 978-3-939846-33-8. Kostenloser Download: [www.germanwatch.org/klima/chin10d.htm](http://www.germanwatch.org/klima/chin10d.htm)
- ▶ Engartner, T.: **Die Privatisierung der Deutschen Bahn. Über die Implementierung marktorientierter Verkehrspolitik.** VS-Verlag, Wiesbaden 2008, 342 S., 24,90 €, ISBN 978-3-531-15796-2
- ▶ Fischer Verlag (Hrsg.): **Und voll mit wilden Rosen. Die schönsten Naturgedichte.** Fischer Taschenbuch, Frankfurt/M. 2008, 240 S., 8,- €, ISBN 978-3-596-90072-5
- ▶ Gruber, P. C. (Hrsg.): **Nachhaltige Entwicklung und Global Governance. Verantwortung. Macht. Politik.** Barbara Budrich, Leverkusen-Opladen 2008, 182 S., 19,90 €, ISBN 978-3-86649-153-3
- ▶ Hayn, D.; Zwengel, R. (Hrsg.): **Klimawandel und Alltagshandeln.** Klartext, Köln 2008, 186 S., 14,95 €, ISBN 978-3-89861-845-8
- ▶ Klauer, B.; Rode, M.; Petry, D. (Hrsg.): **Flussgebietsmanagement nach EG-Wasserrahmenrichtlinie.** Metropolis, Marburg 2008, 400 S., 44,80 €, ISBN 978-3-89518-648-6
- ▶ Knoll, B.: **Gender Planning. Grundlagen für Verkehrs- und Mobilitätshebungen.** VDM Dr. Müller, Saarbrücken 2008, 160 S., 59,- €, ISBN 978-3-8364-6771-1
- ▶ Köhler, W.: **Wall Street Panik – Banken außer Kontrolle. Wie Kredithaie die Weltkonjunktur ins Wanken bringen.** Mankau, Murnau 2008, 206 S., 18,95 €, ISBN 978-3-938396-21-6
- ▶ Lebuhn, H.: **Stadt in Bewegung. Mikrokonflikte um den öffentlichen Raum in Berlin und Los Angeles.** Raumproduktionen Band 4. Westfälisches Dampfboot, Münster 2008, 284 S., 27,90 €, ISBN 978-3-89691-739-3
- ▶ Mars, E. M.; Hirschmann, M. (Hrsg.): **Der Wald in uns. Nachhaltigkeit kommunizieren.** oekom, München 2008, 128 S., 19,90 €, ISBN 978-3-86581-087-8
- ▶ Niggli, P.: **Der Streit um die Entwicklungshilfe. Mehr tun – aber das Richtige.** Rotpunktverlag, Zürich 2008, 210 S., 14,- €, ISBN 978-3-85869-364-8
- ▶ Schumann, H.; Grefe, C.: **Der globale Countdown. Gerechtigkeit oder Selbstzerstörung – Die Zukunft der Globalisierung.** Kiepenheuer & Witsch, Köln 2008, 464 S., 19,95 €, ISBN 978-3-462-03979-5
- ▶ Serbser, W.; Bruckmeier, K. (Hrsg.): **Ethik und Umweltpolitik. Humanökologische Positionen und Perspektiven.** oekom, München 2008, 406 S., 42,95 €, ISBN 978-3-86581-119-6
- ▶ Scheper, A.: **Die Geschäfte von E.ON.** (Schattenbericht) Sassenberg 2007, 52 S., 8,- €. Hrsg./Bezug: Urgewald, Tel. +49 (0)2583 / 1031, Fax 4220, [www.urgewald.de](http://www.urgewald.de)
- ▶ Then, C.: **Dolly ist tot. Biotechnologie am Wendepunkt.** Rotpunktverlag, Zürich 2008, 250 S., 19,80 €, ISBN 978-3-85869-368-6

## Impressum

umwelt aktuell August/September 2008  
ISSN 1865-3901

**Herausgeber:** Deutscher Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur- und Umweltschutzverbände (DNR) e.V., Koblenzer Straße 65, D-53173 Bonn, Tel. +49 (0)228 / 3590-05, Fax -96, E-Mail: [info@dnr.de](mailto:info@dnr.de), [www.dnr.de](http://www.dnr.de)  
**Verlag:** oekom verlag, Gesellschaft für ökologische Kommunikation mbH, Waltherstraße 29, D-80337 München, Tel. +49 (0)89 / 544184-0, Fax -49, E-Mail: [kontakt@oekom.de](mailto:kontakt@oekom.de), [www.oekom.de](http://www.oekom.de)  
**Gesellschafter und Anteile:** Jacob Radloff, Feldafing, 77 %, Christoph von Braun, München, 23 %  
**Chefredaktion:** Helga Inden-Heinrich [hih] (Deutschland, verantw.), Markus Steigenberger [ms] (Europa und Internationales, verantw.), Kontakt siehe Redaktion  
**Redaktion:** Juliane Grüning [jg], Matthias Bauer [mb], Marion Busch [mbu], Maike Vygen [mv], Bjela Vossen [bv]  
**Kontakt:** umwelt aktuell, Marienstraße 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 6781775-82, -81, Fax -80, E-Mail: [redaktion@dnr.de](mailto:redaktion@dnr.de), [www.dnr.de/publikationen](http://www.dnr.de/publikationen)  
**Redaktionelle Mitarbeit:** Helmut Röscheisen [rö], Isabel Oettinger [io], Tim Treibmann [tt]  
**Schlusskorrektur:** Angelika Schiller  
**Grafik/DTP:** Matthias Bauer, Juliane Grüning  
**Anzeigen:** oekom verlag, Stefanie Gritsch, Tel. +49 (0)89 / 544184-25, E-Mail: [anzeigen@oekom.de](mailto:anzeigen@oekom.de)  
**Druck:** Kessler Druck + Medien GmbH & Co. KG, D-86399 Bobingen. Druck auf 100 % Altpapier  
**Erscheinungsweise:** monatlich am Monatsanfang  
**Redaktionsschluss:** 10. des vorhergehenden Monats  
**Abonnements/Bestellungen/Probeabos:** Rhenus Medien Logistik, Landsberg, Tel. +49 (0)8191 / 97000-378, Fax -103, E-Mail: [oekom@de.rhenus.de](mailto:oekom@de.rhenus.de)  
**Titelfoto:** Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt

Die Redaktion behält sich Kürzung und Bearbeitung von Beiträgen vor und haftet nicht für unverlangt eingesandtes Material. Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion/des Herausgebers wieder.

Dieses Projekt wird finanziell vom Bundesumweltministerium gefördert. Die Förderer übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung der Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Förderer übereinstimmen.



## TERMINE

## AUGUST

09.–23.08., Sinop (TR)

**Ecotopia**

► EYFA, Amsterdam,  
Tel. +31 (0)20 /  
6657743, E-Mail:  
ecotopia@eyfa.org,

www.ecotopiagathering.org

15.–24.08., Hamburg (D)

**Klima-Aktions-Camp**

► Jan-Hendrik Cropp, Klimacamp-Vorbereitungs-  
gruppe, Minden/Westf., Tel. +49 (0)5841 / 5977,  
E-Mail: presse@klimacamp.org, www.klimacamp.org

20.08., Frankfurt am Main (D)

**Umwelttech meets IT**

► Hessisches Ministerium für Wirtschaft,  
Verkehr und Landesentwicklung, Dr. Carsten Ott,  
Projektleitung Aktionslinie Hessen-Umwelttech,  
Tel. +49 (0)611 / 774-8350, E-Mail:  
carsten.ott@hessen-agentur.de, www.hessen-it.eu

22.–24.08., Wolpertshausen/Schwäbisch Hall (D)

**Rock for Nature.** Festival gegen Gentechnik

► Bäuerliche Erzeugergemeinschaft Schwäbisch  
Hall, Rudolf Bühler, Tel. +49 (0)7904 / 9797-0,  
Fax -29, E-Mail: rudolf.buehler@besh.de,  
www.rockfornature.de

27.08.–06.09., Leuenberg (CH)

**Stoffkreisläufe und Nachhaltigkeit. Altlasten, Abfälle, Biomasse.** 3. Eucor-Sommeruniversität

► Eucor, Tel. +33 (0)388 / 140094, E-Mail:  
secretariat@eucor-uni.org, www.eucor-uni.org

27.–28.08., Schneverdingen/Lüneburger Heide (D)

**Heilpflanzen im internationalen Artenschutz.**

## Seminar

► Alfred Toepfer Akademie (NNA), Barbara Schultz,  
Tel. +49 (0)5198 / 9890-76, Fax -95,  
E-Mail: barbara.schultz@nna-niedersachsen.de,  
www.nna.niedersachsen.de/master/C41400558\_  
N5917408\_L20\_D0\_I5661252.html

28.–30.08., Kiel (D)

**Trockenrasen im Wandel.** Jahrestagung

► Ökologie-Zentrum der Universität Kiel und  
AG Geobotanik in Schleswig-Holstein und Hamburg,  
Christian Dolnik, Katrin Romahn, Tel. +49 (0)431 /  
880-1224, Fax -4083, E-Mail: cdolnik@ecology.uni-  
kiel.de, www.ecology.uni-kiel.de/tt2008

28.–31.08., Frankfurt/Oder (D)

**Grüne Sommeruniversität**

► Grüne/EFA im Europäischen Parlament,  
E-Mail: greens.contact.su@europarl.europa.eu,  
www.green-summer-university.eu/?37&L=1

29.–30.08., Döllnsee-Schorfheide (D)

**4. Rotwildsymposium**

► Deutsche Wildtier Stiftung, Hamburg,  
Tel. +49 (0)40 / 733-391880, Fax -0278, E-Mail:  
info@dewist.de, www.deutschewildtierstiftung.de

## SEPTEMBER

12.09., Zürich (CH)

**Neue Atomkraftwerke in der Schweiz – Fehlinvestition oder Goldesel?** Fachtagung

► Schweizerische Energie-Stiftung, Zürich,  
Tel. +41 (0)44 / 2715464, Fax -30369, E-Mail:  
info@energiestiftung.ch, www.energiestiftung.ch

13.09., Hanau/Hessen und Jänschwalde/  
Brandenburg (D)**Demonstrationen: Kohle stoppen – Klima schützen**

► Die Klima-Allianz, Christina Hering, Berlin,  
Tel. +49 (0)30 / 6781775-72, Fax -80, E-Mail:  
hering@forumue.de, www.die-klima-allianz.de

15.–19.09., Karlsruhe (D)

**29. Deutscher Naturschutztag (DNT)**

► DNR/BfN/BBN/MRL. DNR, Helga Inden-Heinrich,  
Bonn, Tel. +49 (0)228 / 3590-05, Fax -96, E-Mail:  
info@dnr.de, www.deutscher-naturschutztag.de

17.09., Brüssel (B)

**Substitution Conference**

► International Chemical Secretariat, Göteborg,  
Tel. +46 (0)31 / 7110152, E-Mail:  
conference@chemsec.org, www.chemsec.org

19.–20.09., Marburg (D)

**100 Prozent Erneuerbare.** RegioSolar-Konferenz

► Christina Schodry, Berlin, Tel. +49 (0)30 /  
297778820, E-Mail: info@regiosolar.de,  
www.regiosolar.de/konferenz/regiosolar-2008/  
anmeldung-2008

19.–20.09., Berlin (D)

**Lobbyismus als Schatten-Management in Politik und Medien.** Fachtagung

► Netzwerk Recherche, Tobias Quednau,  
Tel. +49 (0)176 / 29257981, E-Mail:  
t.quednau@gmx.de, www.netzwerkrecherche.de

19.–21.09., Köln (D)

**Agrarhandel und das Menschenrecht auf Nahrung.** MultiplikatorInnen-Training

► FIAN, Armin Paasch, Tel. +49 (0)221 / 8008790,  
Fax +49 (0)221 / 7020032, E-Mail: a.paasch@fian.de,  
www.fian.de

23.–25.09., Berlin (D)

**12. European Roundtable on Sustainable Consumption and Production.** erscp2008

► BMBF/VDI-Technologiezentrum, Günter Reuscher,  
Düsseldorf, Tel. +49 (0)211 / 6214688,  
E-Mail: reuscher@vdi.de, www.fona.de

25.09., Kassel (D)

**Umweltschadensgesetz. Recht – Aufgaben – Haftung.** Fachtagung

► Bund Deutscher Landschaftsarchitekten, Berlin,  
Tel. +49 (0)30 / 278715-0, Fax -55,  
E-Mail: info@bdla.de, www.bdla.de

26.09., München (D)

**Juristische Umsetzung der Alpenkonvention.**

## Fachtagung

► CIPRA Deutschland, Thomas Frey, Kempten,  
Tel. +49 (0)831 / 5209502, Fax: +49 (0)831 / 18024,  
E-Mail: frey@cipra.de, www.cipra.de

29.–30.09., Berlin (D)

**Umweltzonen und City-Maut. Konzepte – Erfahrungen – Perspektiven**

► Deutsches Institut für Urbanistik, Michael  
Lehmbruck, Tilman Bracher, Tel. +49 (0)30 /  
39001-252, Fax -241, E-Mail: lehmbruck@difu.de,  
www.difu.de

## OKTOBER

02.–04.10., Tutzing bei München (D)

**Klasse statt Masse. Tierhaltung und Lebensstil.**

## Tagung

► Evangelische Akademie Tutzing, Susanna Satzger,  
Tel. +49 (0)8158 / 251126, E-Mail: satzger@ev-  
akademie-tutzing.de, www.ev-akademie-tutzing.de

05.–14.10., Barcelona (ES)

**World Conservation Congress**

► International Union for Conservation of Nature  
(IUCN), Gland (CH), Tel. +41 (0)22 / 999000-0, Fax -2,  
E-Mail: congress@iucn.org, www.iucn.org/congress

Weitere Termine: www.dnr.de/terminlinks



Bildungspläne der Länder im Elementarbereich

## Potenzial nicht ausgeschöpft!

Eine Analyse der Bildungspläne der deutschen Bundesländer für den Elementarbereich ergab, dass nur Schleswig-Holstein und Bayern ausdrücklich auf „Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“ Wert legen. Alle anderen Länder haben großen Nachholbedarf. Die Autorin der Studie stellt die wichtigsten Ergebnisse vor.

□ Dass Kindertagesstätten sichtbar zum Bildungsbereich gerechnet werden, dauerte vom Bildungsplan des Deutschen Bildungsrats 1970 – der sie immerhin bereits als solche erwähnt – bis zum vergangenen Jahr. In den fünf Jahren zwischen 2003 und 2007 erarbeiteten alle deutschen Bundesländer, zum Teil erstmalig, eigene Bildungspläne für den Elementarbereich. Anlass war die öffentliche Diskussion über die internationalen Bildungsvergleichsstudien, die frühkindliche Bildung als einen Schlüssel für lebenslanges Lernen in den Blick nahmen.

### Bildungspläne der Länder ohne Bildung für nachhaltige Entwicklung?

Die Erarbeitung der Bildungspläne fiel in eine Zeit, in der in Deutschland das Konzept der „Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“ (BNE) ausformuliert und die gleichnamige UN-Dekade auf den Weg gebracht wurde. Da liegt die Frage nahe, inwieweit die neuen Bildungspläne für den Elementarbereich sich bereits am Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung orientieren und der Zusammenhang von Menschenwürde und Demokratie, Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen und Gerechtigkeit in der Verteilung der Lebenschancen und Lebensqualität in der „Einen Welt“ dort thematisiert wird.

### Differenziertes Bild in den Ländern

Einen ausdrücklichen Bezug auf BNE gibt es nur in zwei Plänen: Im Bildungsplan von Schleswig-Holstein „Erfolgreich starten – Leitlinien zum Bildungsauftrag von Kindertageseinrichtungen“ wird BNE als grundlegendes Prinzip angesehen. Der „Bayerische Bildungs- und Erziehungsplan für Kinder in Tageseinrichtungen bis zur Einschulung“ orientiert sich im

Bildungsbereich „Umwelt“ an dem Leitbild der BNE und seiner konzeptionellen Ausgestaltung und stellt von diesem Bildungsbereich auch Verknüpfungen mit den anderen dort genannten her. Hessen erwähnt „Nachhaltigkeit“ als neue Orientierung für Umweltbildung, ohne näher auf das entsprechende Bildungskonzept einzugehen.

Dennoch finden sich sowohl im hessischen als auch in weiteren Bildungsplänen Inhalte, Arbeitsweisen und Methoden, die nicht nur eine Nähe zu dem Konzept einer Bildung für eine nachhaltige Entwicklung aufweisen, sondern als deren Bestandteile angesehen werden könnten. Ihr Potenzial im Sinne einer Bildung für eine nachhaltige Entwicklung wird jedoch nicht ausgeschöpft. Denn wo es keine ausdrückliche Reflexion der Werte und Ziele gibt, – also ohne ein orientierendes Bildungskonzept – sind die guten Ansätze nicht als Beispiel für eigenes Arbeiten unter einem Perspektivenwechsel, den Bildung für eine nachhaltige Entwicklung mit sich bringt, erkennbar.

### Nachhaltigkeitsperspektiven sind selten

Zudem sind Nachhaltigkeitsperspektiven eher selten. Das gilt für Themenfelder wie Ernährung/Gesundheit und Wasser/Energie, die in der Mehrzahl der Bildungspläne vorkommen, und das gilt auch für das wichtige Prinzip der Partizipation von Kindern. Es hat durch die Vorgabe des Kinder- und Jugendhilfegesetzes zum Recht von Kindern, an allen sie betreffenden Entscheidungen entsprechend ihrem Entwicklungsstand beteiligt zu werden (§ 8 Abs. 1 Satz 1 SGB VIII), inzwischen einen hohen Stellenwert. Partizipation wird in der Regel jedoch immer noch vorrangig als Einübung in demokratisches Zusammenleben

verstanden – Kindertagesstätten als Lernort für Demokratie. Partizipation im Sinne einer Bildung für nachhaltige Entwicklung, die Partizipation auch als Beitrag der Kinder zur Gestaltung des Zusammenlebens sieht, ist bisher erst in den Bildungsplänen von Bayern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein berücksichtigt.

Für die Gestaltung der Kindertagesstätte als Erfahrungsort für nachhaltiges Leben und Wirtschaften finden sich erst wenige und vereinzelte Beispiele. Und die Zusammenarbeit mit „Fachinstitutionen, insbesondere mit der lokalen Agenda 21, mit Umwelt- und Naturschutzverbänden, Verbraucherschutzverbänden, Umweltsationen, Forstämtern, Abfall- und Energieberatungsstellen“, wie im Bayerischen Bildungsplan angeregt, wünscht man sich nicht als Ausnahme, sondern als begründete Regel.

### Oft fehlt der ökologische Wirkungszusammenhang

Besonders bemerkenswert ist ein Trend, der die Art der Auseinandersetzung mit Natur betrifft. Zehn der 16 Bundesländer haben einen Bildungsbereich aufgenommen, der sich auf Naturwissenschaften bezieht; nur fünf Länder nennen „Natur“ explizit als Bestandteil eines Bildungsbereichs, zwei fassen Fragen der Natur unter „Umwelt“. Die Analyse macht jedoch deutlich, dass das Anliegen, Natur als Lebensraum und Zusammenhang aller Kreaturen, als ökologischen Wirkungszusammenhang bewusst zu machen, nur ausführlicher in den Plänen angesprochen wird, die „Natur“ oder „Umwelt“ im Titel eines gesonderten Bildungsbereichs haben.

Wenn interkulturelle Bildung in zwei Bildungsplänen überhaupt nicht vorkommt, in anderen eher als Wissensbereich oder als Frage unterschiedlicher Bildungschancen und nicht als Zugang, um kulturelle Vielfalt bewusst wahrzunehmen und als Potenzial für das gemeinsame Zusammenleben in Einer Welt zu begreifen, ist eine übergreifende Diskussion über frühkindliche Bildung unausweichlich.

Gestaltungsfelder für Bildung für eine nachhaltige Entwicklung gibt es derzeit viele. In den Nachhaltigkeitsinitiativen der

Bundesländer oder in Aktivitäten zur UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung könnte man sich durchaus treffen und gemeinsame Initiativen auf den Weg bringen. Die Unesco wird dieses Thema jetzt bundesweit ansprechen. [Ute Stoltenberg]

- ▷ Prof. Dr. Ute Stoltenberg, Universität Lüneburg, Institut für integrative Studien, Tel. +49 (0)4131 / 6771721, E-Mail: stoltenberg@uni-lueneburg.de
- ▷ Stoltenberg, U.: Bildungspläne im Elementarbereich – ein Beitrag zur Bildung für eine nachhaltige Entwicklung? Eine Untersuchung im Auftrag der AG Elementarpädagogik des Deutschen Nationalkomitees für die UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“, gefördert durch die Max-Traeger-Stiftung. Hamburg/Lüneburg, Februar 2008, 106 S. Download (PDF, 490 kB): [www.kurzlink.de/elementar-bne-08.pdf](http://www.kurzlink.de/elementar-bne-08.pdf)

## AUS ANU UND UMWELTZENTREN

### Tagungsprogramm zur ANU-Bundestagung 2008 im Netz

□ Wasser als kulturelles und materielles Gut ist Thema der diesjährigen Bundestagung der Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung (ANU) vom 20. bis 22. Oktober in der Evangelischen Akademie Tutzing am Starnberger See. Zu der Tagung unter dem Titel „Der Zukunft das Wasser reichen“ kann man sich bereits jetzt anmelden. Der Einladungsflyer, eine Hotelliste und ein Stadtplan von Tutzing stehen im Internet. Daneben finden sich Dokumentationen aller ANU-Bundestagungen von 1999 bis 2006.

- ▷ [www.umweltbildung.de/veranstaltungen.html](http://www.umweltbildung.de/veranstaltungen.html)

### ANU Brandenburg organisierte Nachhaltigkeitstag

□ Gemeinsam mit dem Verein Brandenburg 21 lud die ANU Brandenburg Anfang Juli die Akteure von Lokale-Agenda-21-Initiativen sowie Vertreter aus Politik und Verwaltung zum Brandenburger Nachhaltigkeitstag ins Potsdamer „Haus der Natur“. Ziel war der Erfahrungsaustausch zwischen den weitgehend ehrenamtlich

arbeitenden Akteuren und Initiativen. Brandenburgs Agrar- und Umweltminister Dietmar Woidke (SPD) eröffnete die Veranstaltung mit einem Beitrag über die Nachhaltigkeitspolitik der Landesregierung. In drei Foren wurde über zukunfts-gerechte Stadt- und Dorfentwicklung sowie nachhaltige Regionalentwicklung unter Berücksichtigung des demografischen und des Klimawandels sowie der Bildung diskutiert.

- ▷ [www.anu-brandenburg.de](http://www.anu-brandenburg.de)

### Ältester Forstgarten der Welt durch Umweltbildung wiederbelebt

□ Der Akademische Forstgarten am Fuße des Schiffenbergs in Gießen wurde 1825 von der damaligen Gießener Forstlehranstalt angelegt. Er ist damit der älteste forstbotanische Garten der Welt. Das fünf Hektar große Areal wurde bisher lediglich für wissenschaftliche Zwecke genutzt. Nun wird es für die Bevölkerung wieder erlebbar gemacht. Der Verein Lugena (Lebensraum Umwelt, Geschichte und Natur) bietet in Kooperation mit der hessischen Forstverwaltung seit April gegen einen kleinen Obolus Führungen durch den Forstgarten an.

- ▷ [www.lugena.de](http://www.lugena.de)

### Vom Mittelmeer zum Nordpol in sieben Kilometern

□ Auf der Riederalp am Aletsch-Gletscher in der Südschweiz liegt ein Naturschutzzentrum des Umweltverbandes Pro Natura. Eine neue Sonderausstellung zum Thema Biodiversität zeigt auf faszinierende Weise, dass ähnliche Lebensräume, wie sie am Mittelmeer und am Nordpol zu finden sind, im Aletschgebiet nur sieben Kilometer voneinander entfernt zu finden sind. Mit dem neuartigen Besucherinformationssystem eGuide können Gäste auf einer Wanderung Hintergrundinformationen über die Natur dieser einzigartigen Region erhalten.

- ▷ [www.pronatura.ch/aletsch](http://www.pronatura.ch/aletsch)

### Burg Lenzen ist neuer Sitz der Deutschen Naturschutzakademie

□ Seit Juni residiert neben dem Europäischen Zentrum für Auenökologie auch die Deutsche Naturschutzakademie auf der Burg Lenzen an der Elbe in Brandenburg. Träger ist der BUND Niedersachsen. Mit der Verlegung der Akademie aus Bayern will der BUND eine gemeinsame Bildungseinrichtung des Bundesverbandes und der Landesverbände einrichten und so „die Spitzenstellung des BUND in der Umweltbildungsarbeit weiter ausbauen“.

- ▷ [www.burg-lenzen.de](http://www.burg-lenzen.de)

## THEMA: QUALITÄTSDISKUSSION IN DER AUSSERSCHULISCHEN UMWELTBILDUNG

### Qualitätsdiskussion in der ANU

□ In Bayern, Schleswig-Holstein und Sachsen sind unter Mitwirkung der ANU-Landesverbände Zertifizierungsverfahren oder Auszeichnungen entwickelt worden. In Schleswig-Holstein existiert bereits seit vier Jahren das Zertifikat „Bildungspartner/Bildungszentrum für Nachhaltigkeit“, das Bildungs- und Umweltministerium gemeinsam verleihen. In Bayern gibt es seit 2006 die Dachmarke „Umweltbildung. Bayern“ als Marketingprozess, der bis 2015 eine Verdopplung des Bekanntheitsgrades und der Teilnehmerzahlen in der außerschulischen Umweltbildung bringen soll.

Zur „Einführung von Qualitätskriterien und Qualitätsmanagement im Netzwerk Umweltbildung Sachsen“ wurde von März 2005 bis Dezember 2007 ein Kriterienkatalog erstellt, der Anforderungen zu neun Kriterien und 27 Teilkriterien aufführt, differenziert nach sächsischen Bildungsstätten und Freiberuflern. Die Deutsche Bundesstiftung Umwelt förderte das Projekt. ANU-Landesverbände in Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg und Baden-Württemberg organisierten darüber hinaus Fachtagungen zum Thema. Informationen und weiterführende Links finden sich auf der ANU-Webseite.

- ▷ [www.umweltbildung.de/395.html](http://www.umweltbildung.de/395.html)

**Zertifikat „Nachhaltiges Management“**

□ Die stratum GmbH in Berlin bietet speziell für Non-Profit-Organisationen ein Zertifikat „Nachhaltiges Management“ an. Es verknüpft in einem dreistufigen Prozess Aspekte des Qualitäts- und Umweltmanagements (ISO 9001 und ISO 14001) mit einer strategischen Weiterentwicklung der Organisation in Richtung Professionalisierung. Eine ausgefeilte Beratung soll die Motivation der MitarbeiterInnen fördern. Bisher wurden vor allem Einrichtungen im Umfeld von Umwelt, Naturschutz, Bildung und Tourismus beraten und zertifiziert.

▷ [www.stratum-consult.de](http://www.stratum-consult.de)

**Zertifizierte Natur- und LandschaftsführerIn**

□ Einen bundeseinheitlichen Lehrgangstyp „Zertifizierte Natur- und LandschaftsführerIn“ entwickelte der Bundesweite Arbeitskreis der staatlich getragenen Bildungsstätten im Natur- und Umweltschutz (BANU) zusammen mit Europarc Deutschland, dem Verband Deutscher Naturparke (VDN), dem Bundesverband Naturwacht und der ANU. Der 70 Stunden umfassende Lehrgang wird jeweils für eine Region, einen Nationalpark, ein Biosphärenreservat oder einen Naturpark in Kooperation mit regionalen Partnern ausgeschrieben. Die ehrenamtlichen Naturführer sollen dann die hauptamtlichen Ranger in Großschutzgebieten unterstützen.

▷ [www.banu-akademien.de](http://www.banu-akademien.de)

**Bundesweites Waldpädagogik-Zertifikat**

□ Mit der klassischen Försterwanderung kann Bildung für eine nachhaltige Entwicklung nicht umgesetzt werden. Im Oktober 2006 haben sich die Forstchefs der Länder daher auf gemeinsame Standards und die Einführung eines Zertifikats für Waldpädagogik geeinigt. Seitdem haben viele Bundesländer Fortbildungen für Pädagogen, Förster und Naturwissenschaftler entwickelt, die pädagogische wie auch forstlich-ökologische Module umfassen. Viele Forstmitarbeiter können sich so zu zertifizierten Waldpädagogen weiterbilden

und die waldpädagogische Arbeit in den staatlichen Einrichtungen verstärken und ausweiten.

- ▷ [www.waldpaedagogik.org](http://www.waldpaedagogik.org)
- ▷ [www.hausdeswaldes.de](http://www.hausdeswaldes.de)
- ▷ [www.hessen-forst.de](http://www.hessen-forst.de)

**Waldpädagogik in der Praxis**

□ Am Märkischen Haus des Waldes in Gräbendorf (Brandenburg) entsteht derzeit ein Katalog praxisnaher Methoden zur Erfolgskontrolle in der Waldpädagogik. Ein Erfahrungsaustausch ist erwünscht.

▷ [www.haus-des-waldes.info](http://www.haus-des-waldes.info)

**Qualitätsoffensive in Naturparks...**

□ Der Verband Deutscher Naturparke (VDN) hat in den Jahren 2004 und 2005 die „Qualitätsoffensive Naturparke“ entwickelt. Sie unterstützt die 95 Naturparks in ihren Aufgabenbereichen Naturschutz, umweltverträglicher Tourismus, Umweltbildung und nachhaltige Regionalentwicklung. Ein 60-seitiger Kriterienkatalog mit fünf Handlungsfeldern und 41 Fragen sowie die Beratung durch einen „Qualitäts-Scout“ ermöglicht eine Stärken- und Schwächen-Analyse sowie Vorschläge für Verbesserungen für jeden Park.

▷ [www.naturparke.de](http://www.naturparke.de)

**...und demnächst auch in Wildparks**

□ Durch die Europäische Zoorahmenrichtlinie und die Weltzoonaturschutzstrategie sind alle Zoos und Wildparks aufgefordert, nicht nur biologische Kenntnisse zu vermitteln. Die im Deutschen Wildgeheverband zusammengeschlossenen 89 Einrichtungen haben daher eine „Machbarkeitsstudie zur Qualitätsoffensive Umweltbildung in den Wildparks“ bei der Universität Lüneburg in Auftrag gegeben. Vorgeschlagen wird ein dreistufiges Zertifizierungskonzept, das auf der nächsten Verbandstagung diskutiert werden soll.

▷ [www.wildgeheverband.de](http://www.wildgeheverband.de)

**Umweltbildung fehlt in der Nachhaltigkeitspolitik Deutschlands...**

□ Nicht nur die BNE, sondern vor allem die Politik für Nachhaltigkeit braucht klare Qualitätskriterien. Wie die Bundesregierung ihre Nachhaltigkeitspolitik weiterentwickeln will, steht im Entwurf des Fortschrittsberichts 2008 zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie. Dort wird als ein gutes Beispiel für angewandte Nachhaltigkeit die UN-Dekade BNE genannt. Kein einziges Mal aber taucht die Umweltbildung selbst auf – weder als formale oder nicht-formale Bildung noch als informelles Lernen. In der soeben beendeten Konsultationsphase hat der Rat für Nachhaltige Entwicklung eine Stellungnahme zum Bericht abgegeben. Doch auch darin ist kein Hinweis auf die Bedeutung der Umweltbildung enthalten. In der Strategie kreiste die Bildungsdiskussion um den demografischen Wandel, sozialen Aufstieg und die Ausbildung von Technik-Studenten. Das ist sehr kurz gedacht, denn gerade die besonders wichtigen Themenfelder Klima und Energie, individueller Konsum und Lebensstil oder ehrenamtliches Engagement sind Kernaufgaben für die Umweltbildung. Dies muss viel stärker in den Blick von Politik und Öffentlichkeit gerückt werden.

- ▷ [www.dialog-nachhaltigkeit.de](http://www.dialog-nachhaltigkeit.de)
- ▷ [www.nachhaltigkeitsrat.de/?3646](http://www.nachhaltigkeitsrat.de/?3646)

**...und anderer Industrieländer**

□ Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hat einen Umweltausblick bis 2030 für die Bereiche Klimawandel, Biodiversität, Wasser, Luftqualität und Abfälle vorgelegt. In einer sechsseitigen Kurzfassung auf Deutsch zeigen Ampeln mit Grün-Gelb-Rot, wo der größte Handlungsbedarf besteht. Demnach drohen durch zunehmende Umweltbelastungen irreversible Schäden, die rasch unbezahlbar werden können. An einem „neuen Wirtschaftsmodell“ führe kein Weg vorbei. Bewusstseinsentwicklung durch BNE oder Umweltbildung wird nicht erwähnt.

▷ [www.oecd.org/dataoecd/30/41/40203598.pdf](http://www.oecd.org/dataoecd/30/41/40203598.pdf)

## Schweizer Instrument zur Qualitätsentwicklung in der Naturpädagogik

□ Was ist gute Naturpädagogik und wie kann man sie erfassen? Die Schweizer Stiftung Silviva hat sich im vergangenen Jahr im Auftrag des Bundesamtes für Umwelt in Bern mit der Frage beschäftigt, welche Kriterien die Qualität von Bildungsangeboten in der Natur beeinflussen. Entwickelt wurde ein Qualitätsentwicklungsinstrument für Anbieter der Naturpädagogik. Es erlaubt eine Selbstanalyse mit einem Stärken-Schwächen-Profil. Für Waldspielgruppen wurde eine Kurzfassung zusammengestellt.

▷ [www.silviva.ch/?Itemid=75](http://www.silviva.ch/?Itemid=75)

## Themenheft zur Qualitätsdiskussion in der BNE

□ Ist Nachhaltigkeit messbar? Diese Frage steht im Mittelpunkt von Heft 3/2007 von *umwelt & bildung*, der Zeitschrift des Forum Umweltbildung Wien. Die Diskussion spannt dabei einen Bogen vom Evaluierungsdiskurs zu einer Neudefinition der Bildung für nachhaltige Entwicklung.

▷ [www.umweltbildung.at](http://www.umweltbildung.at) (Publikationen)

### WEITERBILDUNG

## Mehr Umweltbildung für Betriebsräte

□ Das Bundesumweltministerium und der DGB wollen Arbeitnehmervertreter für eine energieeffiziente und ressourcenschonende Produktion begeistern. Das auf drei Jahre angelegte Bildungsprojekt „Ressourcen-Effizienz im Betrieb“ soll neue Technologien voranbringen und Arbeitsplätze schaffen. Im verarbeitenden Gewerbe entfallen derzeit fast 50 Prozent der Kosten auf Energie und Material und weniger als 25 Prozent auf Löhne. Für das Gemeinschaftsprojekt stellt das Bundesumweltministerium 500.000 Euro und das Bildungswerk des DGB Personal und Räumlichkeiten zur Verfügung.

▷ [www.dgb.de](http://www.dgb.de)

## Neuer Studiengang für Solaringenieure

□ Ab dem kommenden Wintersemester bietet die TU Berlin das Weiterbildungsstudium Global Production Engineering for Solar Technology an. Der englischsprachige Studiengang kombiniert ingenieur- und produktspezifische Kenntnisse mit Managementwissen. Die Studieninhalte sollen sämtliche Stufen der Wertschöpfungskette von Fotovoltaik und Solarthermie abdecken – von der Produktion der Komponenten über die Planung der Systeme bis hin zur Finanzierung und zum Marketing der Anlagen. Nach zwei Jahren können die Absolventen einen Master of Science erwerben. Ein sechsmonatiges Praktikum ist Bestandteil des Studiums.

▷ [www.gpe-solar.de](http://www.gpe-solar.de)

## Berufsbegleitende Weiterbildung Wildnispädagogik

□ Die Weiterbildung richtet sich an alle Menschen aus pädagogischen und grünen Berufen und vermittelt Weisheiten und Fertigkeiten der Naturvölker sowie eine tiefere und respektvolle Verbindung zur Natur und zu sich selbst.

▷ [www.natur-wildnis-schule.de](http://www.natur-wildnis-schule.de)

### UMWELTBILDUNG-TERMINKALENDER

Weitere aktuelle Termine: [www.umweltbildung.de](http://www.umweltbildung.de). Stellen Sie Ihre Termine dort selbst kostenlos ein!

#### 08.08., Sommerhausen bei Würzburg (D)

**Equinox Night Experience.** Fortbildungsseminar zur erlebnispädagogischen Nacharbeit  
▷ [www.umweltstation-wildpark.de](http://www.umweltstation-wildpark.de)

#### 14.–17.08., Rott/Westerwald (D)

**Grundlagen der Naturerlebnis-Pädagogik.** MultiplikatorInnen-Seminar  
▷ [www.crenatur.de](http://www.crenatur.de)

#### 16.08., Winterberg/Sauerland (D)

**Didaktik in der Kräuterpädagogik im Rahmen außerschulischer Umweltbildung**  
▷ [www.nua.nrw.de](http://www.nua.nrw.de), [www.k-i-w.info](http://www.k-i-w.info)

#### 18.–21.08., Nationalpark Gesäuse/Steiermark (A)

**Ökolog-Sommerakademie: Naturerfahrung**  
▷ [www.oekolog.at](http://www.oekolog.at)

#### 28.–31.08., Bonn (D)

**Kooperative Abenteuerspiele**  
▷ [www.crenatur.de](http://www.crenatur.de)

#### 02.–03.09., Krefeld (D)

**Schulgebäude und Schulgelände der Zukunft**  
▷ [www.nua.nrw.de](http://www.nua.nrw.de)

#### 09.09., Schneverdingen/Lüneburger Heide (D)

**Methodik und Didaktik von Führungen im Gelände**  
▷ [www.nna.niedersachsen.de](http://www.nna.niedersachsen.de)

#### 12.–14.09., Deggenhauseral/Bodenseekreis (D)

**Wildnisfestival 2008.** Treffen der Wildnisschulen aus Deutschland, Österreich, der Schweiz und Italien  
▷ [www.corvus-bodensee.de/724](http://www.corvus-bodensee.de/724)

#### 13.09., Biel (CH)

**Waldkindergarten-Tagung**  
▷ [www.silviva.ch/tagungen](http://www.silviva.ch/tagungen)

#### 17.09., Schwerte bei Dortmund (D)

**Biologische Freilandarbeit – praxisnah und vor Ort**  
▷ [www.nua.nrw.de](http://www.nua.nrw.de)

#### 19.–28.09., bundesweit (D)

**Aktionstage Bildung für nachhaltige Entwicklung 2008**  
▷ [www.bne-portal.de](http://www.bne-portal.de)

#### 22.09., Hannover (D)

**Wasser in der BNE.** Fachtagung  
▷ [www.bne-portal.de](http://www.bne-portal.de)

### Impressum **ökopädNEWS**

Herausgeber

# ANU

Arbeitsgemeinschaft  
NATUR- UND UMWELTBILDUNG  
Bundesverband e.V.

Redaktion

Jürgen Forkel-Schubert (verantwortlich),  
jfs@oekopaednews.de;  
Birgit Paulsen, Webmaster, [netzwerk@anu.de](mailto:netzwerk@anu.de)  
ANU-Bundesverband Deutschland e.V.,  
Philipp-August-Schleißner-Weg 2, D-63452 Hanau,  
Tel. +49 (0)6181 / 1804778, [bundesverband@anu.de](mailto:bundesverband@anu.de),  
[www.umweltbildung.de](http://www.umweltbildung.de)